alaska

Zeitschrift für Internationalismus

Ordentlicher Umgang

Übergänge im Postfaschismus

November 1997
Heft 216 DM 7,-

alaska 216 ◆ November 1997

INHALT

DEBATTE

KONTEXTE

THEMEN

Bildnachweis
- Cover unter Verwendung eines Bildes von PMB
- Seite 48: Walter Hamel; "Demaskierungen"; Karl Kerber Verlag.
- Seite 38-39: "Third Text: Black Phoenix"; Ausgabe Winter 1995-96

EDITORIAL

Geschätzter Durito!

Was für ein - unerwartetes Geschenk! Ein Originalkondom von Che. Ich muß gestehen, ich dachte bisher nicht, daß der Commandante so etwas überhaupt gekannt hätte. Aber ich muß der verwickelten und heißblütigen Geschichte, die du mir dazu erzählst (und auf die näher einzugehen, mir hier nicht der richtige Platz zu sein scheint), wohl glauben. Ich will darüber nachdenken, wie sich für dein Geschenk ein würdiger Ort finden läßt. (An die Wand hängen scheidet aus, sage ich.)

Es war vielleicht auch nicht ganz das Richtige, dir die CD mit "Candle in the Wind" zu schicken, das will ich einräumen. Ich dachte, du solltest wissen, was die Menschen auf dem alten Kontinent so bewegt zur Zeit. (Der Sub-Marcos hätte ruhig auch ein Telegramm schicken können.) Geschenke neigen wohl unweigerlich dazu, danebenzugehen. Das ist das einzige, was sie mit politischen Traktaten verbindet.

Ich bin einfach übersättigt mit Che. Ich bin ganz allgemein übersättigt mit Geschichte und Jahrestagen. Dreißigster Todestag Che. Zwanzig Jahre Deutscher Herbst. Zehn Jahre revolutionäre Fußballvereinigung in Wanne-Eickel. Sowieso Faschismus-Aufarbeitung die ganze Zeit. In zwei Jahren können wir dann fünfzig Jahre BRD und DDR um die Wette bewältigen. Das hält doch niemand aus. Wo bleibt da die Zukunft?

Ja, wenn man es umgekehrt machen könnte! Noch zehn Jahre bis zur Gründung der Intergalaktischen Opposition (IGO). Noch zwanzig Jahre bis zum Zusammenbruch des Neoliberalismus. Noch dreißig Jahre bis zur Geburt von Wilma Meier. Das wäre doch vorwärtsgewandter. Auch poetischer. Persönlich glaube ich, am meisten lernt man aus der Geschichte, die erst noch kommt.

Wir müssen unbedingt den Kreislauf origineller Gegengeschenke durchbrechen. Ich schenke dir meine Mütze. Sie ist hübsch und spendet Schatten, hier wie in Mexico. Ich finde, alle sollten so eine haben.

Herzlichst, in Ferne und Nähe

deine alaska

BUKO

SHORT CUTS

Renate Bitzan

Faschismus und Feminismus

Theoretische Überschneidungen und Widerstände in brüchigen Traditionen

"Die Verpflichtung beider Geschlechter auf (...) einander ausschließende angebliche Wesensgegensätze hat (...) die Frauen sich selbst tief entfremdet und verbogen, sie an ihrem Selbstsein gehindert und so ihre innere Freiheit zerstört (...). [Wir müssen uns] in Bezug auf Mann und Frau endgültig freimachen von einem dualistischen Denken in einander ausschließenden und wertverschiedenen Gegensätzen (...) [und die] Begriffe von 'männlich' und 'weiblich', die sich als falsch besetzt erwiesen haben, endgültig aus dem Verkehr ziehen."
- Zitat einer Rechtsextremistin[1]

"Wenn das weibliche Geschlecht Forderungen stellt, verlegt es sich allzu oft auf die Forderung nach Gleichheit der Rechte, die die Gefahr der Zerstörung seines Geschlechts in sich birgt."
- Zitat einer Feministin [2]

Die Zeiten eines "unschuldigen Feminismus" sind schon länger vorbei. In den 80er Jahren führten Debatten in der Frauenbewegung und -forschung dazu, die bisher vorherrschende Sicht auf Frauen als reine Opfer der Verhältnisse zu hinterfragen. Diese ausschließliche Opferperspektive hatte bis dahin ebenfalls den Blick auf die Rolle von Frauen im Faschismus bestimmt. (Lediglich die Frauen des Widerstandes wurden als aktive Subjekte wahrgenommen.) Nun aber ging es zum einen darum, das allgemeine Handeln von Frauen in der Gesellschaft auch unter dem Blickwinkel ihrer Mittäterschaft und Täterinnenschaft zu betrachten.[3]
Zum anderen setzte sich die feministische Forschung selbst einer Reflexion über ihre bisherigen "blinden Flecken" aus. Die Kritik Schwarzer Feministinnen und "women of colour" führte desweiteren zu Auseinandersetzungen über die Rassismen und Euro- (bzw. USA-)Zentrismen innerhalb der aktuellen Frauenbewegung.[4] Und auch die Mittäter(innen)schaft von Frauen im historischen Faschismus konnte nun thematisiert werden: Welchen Anteil hatten sie als Frauen - in ihren spezifischen Handlungsfeldern - an der Installierung und Aufrechterhaltung des faschistischen Systems? Wo waren sie nicht nur Diskriminierte, sondern aktiv beteiligte? [5]
Faschismus und Feminismus (als Ideologien bzw. Theorien) jedoch in einen Zusammenhang zu stellen, geht noch einen Schritt weiter. Dieser Schritt war und ist allerdings notwendig, wenn frau sich mit sowohl historischen als auch aktuellen sogenannten "nationalfeministischen"[6] Konzepten konfrontiert sieht. Sie mögen "randständig" sein - in den 30er Jahren konnten sie sich nicht durchsetzen, in den 80er und 90er Jahren bilden sie innerhalb des rechtsextremen Lagers eher eine Minderheit - allerdings eine geduldete. Obige Zitate dürften den Klärungsbedarf anschaulich machen.

Vereinbarkeit von faschistischer Seite?

Ausgehend davon, daß Faschismus sich dadurch kennzeichnet, daß Rassismus, Kapitalismus, Militarismus, Imperialismus, völkischer Nationalismus, Auslese und Ausmerze, usw. integrale Bestandteile sind, ist ein Feminismus, der sich per se gegen all diese Elemente richtet, selbstverständlich nicht kompatibel mit ihm. Ein "Feminismus" jedoch, der in der Hauptsache lediglich bestimmte sexistische Strukturen kritisiert, ist potentiell kompatibel mit faschistischen Ansätzen - vorausgesetzt wir betrachten Sexismus nicht als notwendigen Bestandteil faschistischer Entwürfe. Die historischen Beispiele durchgesetzter faschistischer bzw. nationalsozialistischer Modelle tragen eindeutig patriarchale und sexistische Züge. Auf der Ebene der Theorie und auf der Ebene künftig denkbarer Ausprägungen jedoch ist ein sexistischer Zuschnitt nicht zwingend. Diskussionen um diese Frage, wie sie in den vergangenen drei Jahren beispielsweise in feministisch-antifaschistischen Arbeitsgruppen geführt wurden, ließen Vorstellungen von einem "postpatriarchalen" oder "neopatriarchalen" Faschismus entstehen. (Mit "postpatriarchal" läßt sich hinweisen auf die patriarchalen Vorbedingungen in der historischen Entwicklung, ohne die Faschismus bislang nicht denkbar ist, auch wenn seine Ausformung selbst sich nicht mehr auf die direkte strukturelle Frauendiskriminierung stützen würde. "Neopatriarchal" dagegen meint eine Gesellschaftsform, die zwar im weiteren Sinne patriarchal strukturiert bleibt, aber auf wesentliche Elemente des bisher bekannten Sexismus verzichtet.) Das mag konstruiert anmuten, versucht aber, zumindest als Denkfigur, den antisexistischen Ansätzen im rechten Lager Rechnung zu tragen, und sie in ein Gesellschaftsmodell "hochzurechnen", mit dem wir uns möglicherweise auseinandersetzen müssen. Solche Überlegungen

sind in Hinblick auf einen sich modernisierenden Faschismus gedacht.[7]
Das Primat rassistischer oder "ethnopluralistischer" Trennlinien und nationalistischer Orientierungen in der deutschen rechtsextremen Szene kann als Voraussetzung dafür interpretiert werden, daß in Sachen Frauenbild in den vergangenen Jahren ein relativer Freiraum existierte. Auf eine einheitliche "Linie" wurde kein besonderer Wert gelegt und auch für die Mehrzahl der danach befragten Sympathisantinnen und weiblichen Mitglieder rechter Gruppen und Parteien bildete die jeweilige frauenpolitische Programmatik nicht das Entscheidungskriterium, ja, stand häufig sogar im Gegensatz zu ihren eigenen - tendenziell fortschrittlicheren - Auffassungen. Das gesamtgesellschaftlich inzwischen relativ etablierte Bekenntnis (zumindest Lippenbekenntnis) zur Geschlechter-Gleichberechtigung und die gelebten Erfahrungen von Frauen machen auch vor der rechten Szene nicht halt, sondern finden Eingang in Praxis und Ansprüche vieler dort aktiver Frauen (und einiger Männer). Aktuell sind somit verschiedenste Geschlechterkonzeptionen in der Rechten im Umlauf: sowohl auf der Ebene gelebter Praktiken als auch auf der Ebene propagierter Theorien. Am häufigsten ist zwar (zumindest bei den publizierten Positionen) die Auffassung von einer Geschlechterpolarität und die Postulierung einer Gleichwertigkeit (nicht Gleichartigkeit!) anzutreffen, aber auch Forderungen nach Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und Abschaffung jeglichen Sexismus' werden, wie gesagt, geäußert und toleriert. Ähnlich wie im feministischen Diskurs - allerdings ohne entsprechende ausgetragene kontroverse Debatte - existiert also auch unter rechten Frauen eine Positionenvielfalt im Spannungsfeld zwischen Gleichheit und Differenz.
Die künftige Entwicklung (Vereinheitlichung zu einer Norm? Wenn ja, zu welcher?) ist derzeit schwer einschätzbar. Denkbar - nicht nur als neo-faschistisches Modell, sondern auch als Modell, auf das sich die Gesellschaft im Rahmen der "bürgerlichen Demokratie" hinentwickeln kann - ist auch eine rassistisch, ökonomisch und eugenisch durchhierarchisierte Ordnung, in der Frauen auf jeder "Stufe" zu finden sind: die hochqualifizierte Frau in "Elitepositionen" von Staat und Wirtschaft, die gesunde weiße "Mehrfach-Nur-Mutter" zur "Arterhaltung" und die "minderwertige" Frau (nicht-weiß, "behindert", "krank" oder sozial marginalisiert) in mannigfachen Ausbeutungsrollen oder als eugenisch oder gentherapeutisch zu verhindernder, notfalls zu tötender "Ausschuß"...

Exkurs: Was macht Frau-sein aus?

Die Frage, nun eigentlich eine Frau ausmache - abgesehen von der "Außen-Definition" und ihren Folgen - erscheint heute unbeantwortbarer als je zuvor. In den in Teilen der Frauenbewegung und -forschung geführten Debatten um Transsexualität und um die Fragwürdigkeit der Zweigeschlechtlichkeit wird offensichtlich, wie schwer die vermeintlich eindeutige Selbstwahrnehmung als Frau intelektuell präzise und "politisch korrekt" benennbar ist. Die Differenzierung zwischen Sex und Gender gilt inzwischen als nicht weitreichend genug bzw. als irreführend: auch das "biologische Geschlecht" (sex) ist offenbar so eindeutig nicht und kann als ebenso gesellschaftlich konstruiert betrachtet werden wie die "sozialisierte Geschlechtsrolle" (gender).
Die unter dem Schlagwort Dekonstruktion diskutierten Ansätze stellen in radikaler Weise herkömmliche vermeintliche Gewißheiten darüber in Frage, daß es "Frauen" und "Männer" in eindeutiger Bestimmung gibt. Die anfänglichen Befürchtungen, daß mit dieser Perspektive die Kategorie Geschlecht insgesamt ad absurdum geführt würde und sich der Feminismus eigenhändig seiner Argumentationskraft beraube, sind inzwischen einer offeneren Rezeption gewichen. Nicht die Abschaffung der Kategorie Geschlecht ist gefordert, sondern vielmehr, den jeweiligen (historischen, sozialen, kulturellen, politischen, usw.) Kontext zu verdeutlichen, in dem sie benutzt wird, und sich ihrer prinzipiellen Veränderbarkeit bewußt zu sein. Gegenwärtig geht es darum, "der Spannung ihren Raum zu geben. Die Spannung, einerseits nicht mehr bestimmen zu können, was eine Frau ist, andererseits die Notwendigkeit, die Kategorie 'Frau' als einen analytischen Begriff anzuerkennen. Denn solange das Geschlechterverhältnis ein soziales Ungleichheitsverhältnis und immer auch ein potentielles Gewaltverhältnis ist, brauchen wir die Kategorie 'Frau' zur Erforschung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Um aber nicht im Status Quo verhaftet zu bleiben und Veränderungen denken zu können, brauchen wir die Perspektive der Dekonstruktion." [8]

Vom "antifaschistischen Nutzen" der Dekonstruktion

In jedem Fall beinhalten die dekonstruktivistischen Impulse eine verstärkte Wahrnehmung der Mehrdimensionalität von "Identität", die in dieser Logik nicht mehr als homogenes stabiles Gebilde betrachtet wird, sondern bestenfalls als multiple Einheit, als Ort sich verknüpfender Effekte verschiedenster Kontexte. Insofern rücken weitere soziale und sozial konstruierte Kategorien wie - um nur die derzeit am häufigsten zitierten zu nennen - Klasse beziehungsweise Schicht

und "Ethnizität" (im Englischen "race") wieder intensiver in das Blickfeld feministischer Forschung. In unserem Kontext, der die Zusammenhänge zwischen Feminismus und Faschismus untersuchen will, ist diese Orientierung sicher hilfreich, um den Blick von Feministinnen für nationalistische, rassistische und soziale Ein- und Ausschließungen im eigenen Denken und Handeln und im Denken und Handeln anderer zu schärfen.
Außerdem wendet sich eine dekonstruktivistische Perspektive nachdrücklich gegen vorschnelle vereinheitlichende Gruppen- oder Identitätsvorstellungen, gegen die Homogenisierung von Differentem, gegen das Klassifizieren, Formieren, Ordnen und Festlegen an sich. Differenzdenken tritt uns hier in anderem Sinne gegenüber als in dem oben besprochenen einer bipolaren Geschlechterdifferenz. Das hier gemeinte Differenzdenken geht von einer grundsätzlichen Nicht-Homogenität und Nicht-Identität innerhalb vermeintlicher Gruppen, zwischen Menschen generell, innerhalb des einzelnen Subjekts, auch zwischen Dingen und Begriffen, aus, wobei zugleich die Hierarchisierung von Differentem angegriffen wird. Die tendenziell unbegrenzte Vielheit trifft meiner Ansicht nach den Kern dieses Differenzdenkens, während die andere Differenzvorstellung Gefahr läuft als Ordnungsmodell zugleich durch Homogenisierung vermeintliche Einheiten zu bilden, die gegeneinander abgegrenzt und - als ein Merkmal der Dominanzkultur - hierarchisiert werden. Das permanente Anzweifeln von "Ganzheiten" birgt eine potentielle Widerständigkeit gegen faschistische Formierungsmodelle.[9]

Zweifel an antifaschistischen Bollwerken

Es ist bereits betont worden, daß der Mainstream rechter Frauenpositionen sich nach wie vor an einer polaren Auffassung des Geschlechterverhältnisses orientiert und damit die Differenzansätze in feministischen Entwürfen hier mehr Parallelen aufweisen als egalitäre Vorstellungen. Dennoch möchte ich nun noch einmal auf die "Tücken" des Gleichheitsansatzes eingehen. Es greift, wie wir sehen, zu kurz, ihn als das eindeutige Gegenstück zu jeglicher faschistoiden Einstellung zu rühmen. Dieser Ansatz ist, wenn er auf eine Egalitätsforderung zwischen den Geschlechtern innerhalb der "Volksgemeinschaft" bezogen wird, ebenso kompatibel mit faschistoiden Elementen wie der von einer Bipolarität der Geschlechter ausgehende Differenzansatz.
Um gegen Überschneidungen gefeit zu sein, muß die feministische Gleichheitsforderung nicht nur auf die Geschlechter innerhalb der als Nation konstruierten Gemeinschaft abzielen, sondern muß internationalistisch gedacht werden. Doch selbst unter dieser Voraussetzung können sich Vertreterinnen einer Gleichheitsorientierung nicht auf ungebrochen positive Traditionslinien beziehen, wie oben bereits angeschnitten wurde. Die mit der Aufklärung verknüpfte Subjekt-Vorstellung vom "autonomen Individuum" ist mit seinen als männlich und eurozentrisch identifizierten Prägungen und Auswirkungen von feministischer (und auch schwarzer oder indigener) Kritik nicht unhinterfragt geblieben. Denn im Windschatten dieses Ideals kann Beziehungsunfähigkeit und Rücksichtslosigkeit kaschiert und das notwendige Maß an zwischenmenschlichen Verbindlichkeiten und Verantwortlichkeiten geleugnet werden. Die Selbstimagination "des weißen Mannes" als unabhängig und frei und seine gleichzeitige fraglose Inanspruchnahme reproduktiver Leistungen jedweder Art sowie die schonungslose und zerstörerische Aneignung menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Ressourcen im globalen Maßstab, sind nur einige Gründe für eine kritische Distanz zu diesem Modell.
Doch gilt nicht gerade die in der Aufklärung entwickelte Vorstellung vom Menschen als freiem, gleichen, autonomen, vernunftbegabtem Individuum als Bollwerk gegen "den Faschismus"? Als sein Gegenteil quasi? Als Widerstandspotential gegen faschistische Irrationalismen, Mystiken, Unterwerfungen? Daß dies bestenfalls auf der Ebene philosophisch-politischer Orientierungen trägt, wird klar, wenn wir uns die faktische Entwicklung bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft vergegenwärtigen, die an die Aufklärung anschloß. Die integrale Verzahnung und Bedingtheit von Faschismus und Kapitalismus rückt damit in den Blick. Das Hand-in-Hand-gehen drückte sich konkret in etlichen Aspekten aus: Die Förderung faschistischer Bewegungen durch Industrielle; die Liquidierung klassenkämpferischer Kräfte durch den faschistischen Repressionsapparat; die wirtschaftspolitische Kooperation; die Profite, die aus Zwangsarbeit und "Vernichtung durch Arbeit" gezogen wurden; die ökonomischen Vorteile, die die Parole von der "Volks-" und "Betriebsgemeinschaft" mit sich brachte; der expansionistische Krieg und vieles mehr.
Ist Auschwitz somit zugleich Folge und Gegenteil von Aufklärung und bürgerlicher Revolution?[10] Christina Thürmer-Rohr legt den Akzent eindeutig in Richtung Folge: "Die Zerstörungsgreuel und Entmenschlichungen dieses Jahrhunderts (...) sind nicht als atavistische Rückfälle in ein vorzivilisatorisches Entwicklungsstadium zu verstehen, sondern als vollwertige Projekte der Moderne, die mit allen Mitteln modernster Wissenschaft, Bürokratie, Propaganda und einer entwickelten menschlichen Disziplin praktiziert worden sind."[11] Anders sieht es beispielsweise Reinhard

Dennoch möchte ich nun noch einmal auf die "Tücken" des Gleichheitsansatzes eingehen. ..., wenn er auf eine Egalitätsforderung zwischen den Geschlechtern innerhalb der "Volksgemeinschaft" bezogen wird, (ist er) ebenso kompatibel mit faschistoiden Elementen wie der ... Differenzansatz.

Kühnl: Für den historischen deutschen Faschismus beschreibt er, daß sich in diesem kapitalistischen Industriestaat ökonomische und militärische Effizienz und Modernität verknüpfte mit einer politischen und ideologischen Struktur, die an vorbürgerlichen und vordemokratischen, sogar vorhumanistischen Normen orientiert war.[12] Mit dieser Argumentation kann eine Trennung vollzogen werden zwischen den "politisch-ideologischen Normen" der bürgerlichen Revolution und der ökonomischen und militärischen Modernität, die sich in ihrem Gefolge entwickelt hat. So kann der "liberal-demokratische Verfassungsstaat" (als Resultat der Errungenschaften der bürgerlichen Revolution) im Mainstream kritischer Faschismus- und Rechtsextremismusforschung erstaunlich "verfassungspatriotisch" (Jürgen Habermas) als positive Bezugsgröße fungieren. Das läßt aufhorchen. Ist es nicht dieser "liberal-demokratische Verfassungsstaat", der von Etienne Balibar als "Apparat legaler Ein- und Ausschließungen" bezeichnet wird?[13] So sind das abstammungsgebundene Staatsbürgerschaftsverständnis, die Existenz des Ausländergesetzes (mit all seinen Einschränkungen der Bürgerrechte) und die staatlich organisierte massenhafte Deportation von Flüchtlingen mit dieser Verfassung offenbar vereinbar. Anti-faschistisch erscheint der liberal-demokratische Verfassungsstaat in die-

sem Lichte nicht gerade.
In anderen Fällen wird als Gegenstück zum Faschismus nicht auf den Verfassungsstaat, sondern auf "die Arbeiterbewegung" rekurriert, was in den Ohren von Feministinnen ebenfalls einen wenig verheißungsvollen Klang annimmt. Diese Arbeiterbewegung hat es immerhin fertiggebracht, jahrzehntelang weder die Belange der Arbeiter*innen* ernsthaft zu vertreten, noch ein Bewußtsein für die Dimension und Bedeutung unbezahlter Arbeit zu entwicklen.
Das Befremden über die diese Komplexe betreffende Kritiklosigkeit in den Beiträgen des jüngst erschienenen "Handbuch deutscher Rechtsextremismus" war ein wesentlicher Anlaß, solche Grundsatzfragen hier zumindest noch einmal anzureißen. Offenbar ist das notwendig, da die Mehrzahl der Herren Faschismusforscher feministischen Einwänden und Differenzierungen erstaunlich ignorant gegenüber steht.
"Antimodernismus" und Infragestellung des Postulats, daß allein die Ratio als handlungsleitende Größe akzeptabel sei, werden in dem im "Handbuch" wiedergegebenen Analysen pauschal als Ausdruck oder zumindest Nährboden rechtsextremer Haltungen vorgestellt.

Resümee

Ein "linksradikaler, antikapitalistischer, ökologischer, internationalistischer, antirassistischer, feministischer Antifaschismus" (wie ließe sich solch gruselige Begriffskette ersetzen?) kann sich auf die Werte der französischen Revolution nur als uneingelöstes, nicht genügend weitreichendes Modell beziehen. Dieser Antifaschismus sollte das Gleichheitspostulat im Sinne einer noch zu erkämpfenden sozialen, politischen und rechtlichen Gleichberechtigung begreifen (nicht als Assimilationsanspruch). Er müßte sich eine Subjektvorstellung zu eigen machen, die Abschied von Omnipotenz- und Machbarkeitswahn nimmt. Er müßte außerdem die Männerzentriertheit bekämpfen und den Anthropozentrismus (Menschzentriertheit) in Frage stellen.
Patriarchatskritische Vorbehalte gegen die zerstörerischen Seiten der Geschichte der Moderne sollten angesichts faschistischer antimodernistischer Argumentationen nicht verstummen. Ebensowenig sollten Egalitätsforderungen, die sich auf die Gleichheits- und Freiheitspostulate beziehen, zurückgenommen werden angesichts von partiellen, auf die Geschlechterordnung innerhalb der "Herrenrasse" bezogenen Egalitätskonzepten von rechts. Vielmehr geht es darum, zu verdeutlichen, aus welchen Motiven sich die jeweilige Kritik speist und welches die abgrenzbaren Alternativvorstellungen sind. Jedenfalls ist es mehr als fragwürdig, sich sowohl in der politischen Orientierung als auch im Abwehrkampf gegen rechts unkritisch auf "Vater Staat" oder "Großvater 1789" oder "Bruder Arbeiterbewegung" zu beziehen.
Es ist möglich, un-soziale Autonomie-Konzepte (bezogen auf Individuum und Subjekt) zu kritisieren - ohne der Demontage persönlicher Freiheitsrechte zuzustimmen. Es ist möglich, eine Tradition zu hinterfragen, die die zulässigen Dimensionen für menschliche Willensbildung und Handlungsleitung allein auf Vernunft und Rationalität reduziert - ohne diese Vernunft als nützliche Kompetenz zu entlassen und sich und andere zu entmündigen. Es ist möglich, Unterschiede zwischen Menschen wahrzunehmen - ohne daraus Festlegung, Ungleichwertigkeit oder Hierarchisierung abzuleiten.
Nicht Denkverbote sollten uns vor Übergängen zwischen Feminismus und Faschismus schützen, sondern Denkgebote: Bei Betreten eines (Denk-)Raumes, sollten wir uns darüber im klaren sein, daß auch andere Türen vorhanden

sind, um in diesen Raum zu gelangen, als die von uns benutzte. Das heißt, wir müssen damit rechnen, daß sich in ihm Menschen mit anderem Hintergrund einfinden, und berücksichtigen, daß von hier aus auch unser Weg Gefahr läuft, uns durch andere Türen in Räume zu führen, die wir gewiß nicht bewohnen wollen. Die "Türen" im Blick zu behalten und unseren Weg von Zeit zu Zeit kritisch zu prüfen, sollten wir uns als Mindestmaß abverlangen, wenn uns daran gelegen ist, Feminismus nicht faschistisch vereinnahmen oder umdeuten zu lassen.

Vorläufig kann außerdem festgehalten werden: Um die politisch-weltanschauliche Position einer Frau bzw. einer Strömung richtig einzuschätzen, gilt es, nicht von "geschlossenen Weltbildern' bekannter Prägung auszugehen, sondern von einer Mehrdimensionalität, innerhalb derer sich Versatzstücke unterschiedlichster Ideologien wiederfinden können, die entweder unvermittelt nebeneinander oder ineinander verschränkt Bedeutung für sie haben.

Feministische und faschistische Theorien und Praxen sind nicht prinzipiell inkompatibel. Es kommt darauf an, wie Feminismus und Faschismus jeweils definiert, begriffen und umgesetzt werden.

Sowohl Gleichheits- als auch Differenzansätze in der Geschlechterfrage können Gefahr laufen, mit faschistischen Orientierungen verknüpft zu werden. Beide Ansätze haben sich mit ihren jeweiligen fragwürdigen Traditionen auseinanderzusetzen.

Anmerkungen:

1 Hunke, Sigrid: "Die Zukunft unseres unvergänglichen Erbes in Mann und Frau", in: Elemente, 2. Ausg. 1987, Juni-Sept., S.27-34

2 Irigaray, Luce: Genealogie der Geschlechter. Freiburg 1989, S.185

3 vgl. z.B. Thürmer-Rohr, Christina: Vagabundinnen. Heyne, Claudia: Täterinnen. Offene und versteckte Agressionen von Frauen. Zürich 1993.

4 Joseph, Gloria I. (Hg.): Schwarzer Feminismus. Theorie und Politik afro-amerikanischer Frauen. Berlin 1993; King, Deborah: "Herrschaftsverhältnisse und schwarzer Feminismus", in: Perspektiven. Zeitschrift für Sozialistische Theorie, Heft 9, 1992

5 vgl. z.B. Windaus-Walser, Karin: "Gnade der weiblichen Geburt? Zum Umgang der Frauenforschung mit Nazionalsozialismus und Antisemitismus", in: Feministische Studien, Heft 1 1988, S.102-115.

6 Gemeint sind damit Ansätze, die Nationalismus und Rassismus verbinden mit Sexismuskritik, also Geschlechtergleichstellung und -berechtigung innerhalb eines völkischen Staates der "Herrenrasse" fordern. Der Begriff "Nationalfeministinnen" ist allerdings umstritten, da er einem Feminismus-Verständnis zuwider läuft, das Feminismus per definitionem als allgemein herrschaftskritisch begreift. Eine Alternative könnte "antisexistische Nationalistinnen/ Rassistinnen" sein. Mit dem Begriff "oppositionelle Faschistinnen" (für die historischen Vertreterinnen dieser Richtung) arbeitet Wittrock, Christine: Weiblichkeitsmythen. Das Frauenbild in faschistischen Texten und seine Vorläufer in der bürgerlichen Frauenbewegung der zwanziger Jahre, Frankfurt a.M. 1983.

7 In abgeschwächter Form können sie auch eine mögliche Entwicklung im Rahmen der "bürgerlichen Demokratie" bezeichnen: Rassistisch-nationalistische Ausgrenzungspolitik bei gleichzeitiger Geschlechter-Gleichstellungspolitik für die "InländerInnen"...

8 Wartenpfuhl, Birgit: "Destruktion - Konstruktion - Dekonstruktion. Perspektiven für die feministische Theorieentwicklung", in: Fischer, Ute Luise, u.a. (HG.): Kategorie: Geschlecht. Opladen 1996, S.207.

9 vgl. dazu auch Theweleit, Klaus: Männerphantasien. Basel/Frankfurt a.M. 1986.

10 Zu den widersprüchlichtsten Potentialen der Aufklärung - gerade auch vor dem Hintergrund der NS-Geschichte - vgl. den Klassiker: Tiedemann, Rolf (Hg.): Horkheimer/Adorno: Dialektik der Aufklärung: politische Fragmente, Frankfurt a. M. 1981.

11 Thürmer-Rohr, Christina: "Denken der Differenz. Feminismus und Postmoderne", in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 18.Jg. (1995), Heft 39, S. 93.

12 Kühnl, Reinhard: "Gesellschaftliche Grundlagen und Ideologie des deutschen Faschismus", in: Mecklenburg, Jens (HG.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 58.

13 vgl. Balibar, Etienne / Wallerstein, Immanuel: Rasse - Klasse - Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg / Berlin 1990.

Dieser Text ist die gekürzte und leicht überarbeitete Fassung des Aufsatzes "Variationen des Zweifels - Feminismus und Faschismus: Theoretische Überschneidungen und Widerstände in brüchigen Traditionen", aus: "Rechte Frauen: Skingirls, Walküren und feine Damen", hrg. von Renate Bitzan, Berlin, 1997

Klaus Thörner

Die Verstrickung mit dem Haus des Henkers

In Deutschland hat der Satz "Im Hause des Henkers spricht man nicht gerne vom Strick" eine besondere Bedeutung. Klaus Thörner untersucht, wie auch die Internationalismus-Bewegung den Nationalsozialismus und den Holocaust verdrängte.

Was hat die deutsche Internationalismusbewegung mit dem Thema Nationalsozialismus und Holocaust zu tun ? Gibt es für "DrittweltaktivistInnen" heute nicht wichtigere Fragen, etwa in Palästina, Kurdistan und dem mexikanischen Urwald oder die bedrohliche Globalisierung, als uns mit der deutschen Vergangenheit zu beschäftigen? Ich bin dagegen der Überzeugung, daß die fehlende Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen deutschen Volksgemeinschaft vom 1933-45 die deutsche Linke im Allgemeinen und die Internationalismus-Bewegung im Besonderen geprägt hat.
Die deutsche Linke hat ihr Verständnis von Links-Sein auf die Weigerung gestützt, dem Volk der gewöhnlichen VollstreckerInnen tatsächlich ins Gesicht zu sehen und sich von ihm abzugrenzen. Die Singularität der Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden ausblendend, hat sie den Traum, die ganz normale Linke eines ganz normalen Landes sein zu können, zu ihrem Selbstverständnis gemacht. Dies war nur durch Verdrängung und Verleugnung möglich.
Die nationalsozialistische Vergangenheit, die im Holocaust kulminierte, wirkt jedoch nach; besonders dann, wenn sie im Unbewußten bleibt. Die Kontinuitäten erschöpfen sich nicht allein in dem Tatbestand, daß die gesellschaftlichen Strukturen, die Auschwitz zeitigten, bis heute im wesentlichem fortbestehen. Die Vergangenheit wirkt ebenso nach über familiäre Zusammenhänge (da eine Auseinandersetzung mit der Elterngeneration nicht stattgefunden hat), sie wirkt nach in wahnhaften Projektionen, sie wirkt nach in der außenpolitischen Wunschvorstellung einer "deutschen Mission" in der Welt und sie wirkt nach in latenten und heute immer offener zu Tage tretenten Vernichtungsphantasien gegenüber Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Asylsuchenden, Menschen aus Ost-und Südosteuropa und allen Dunkelhäutigen. Das fortlaufende Bemühen um eine erhöhte Sensibilität für das Wirken der Vergangenheit in der Gegenwart muß deshalb eine Grundvoraussetzung linker Analyse in Deutschland sein.
Ende der 60er Jahre war es die französische Staatsbürgerin Beate Klarsfeld, die mit ihrer Ohrfeige für Bundeskanzler Kiesinger (NSDAP-Mitglied seit 1933, später Nazi-Propagandist unter NS-Außenminister Ribbentrop) die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus voranzutreiben suchte, während für die StudentInnenbewegung der Kampf gegen die USA der Entscheidende war. Ende der 70er Jahre fand in Düsseldorf der Majdanek-Prozeß statt, für den sich die internationale Öffentlichkeit interessierte, nicht aber die deutsche Linke, die vor Fabriktoren und Atomkraftwerken nach den revolutionären deutschen Massen suchte und deren militanter Teil sich vereinzelt sogar in palästinensischen Ausbildungslagern befand oder sich am palästinensischen Befreiungskampf gegen den Feind Israel beteiligte. Und als 1985 Kanzler Kohl gemeinsam mit US-Präsident Reagan auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg SS-Soldaten ehrte und damit gegen weltweite Proteste die Versöhnung der BRD mit der Nazi-Vergangenheit besiegelte, überließ es die deutsche Linke 1200 aus allen Teilen Europas angereisten Jüdinnen und Juden, in Bitburg zu demonstrieren. Sie demonstrierte derweil in Bonn gegen den Weltwirtschaftsgipfel und forderte "Yankees raus aus Nicaragua und El Salvador"(1). In der Hafenstraße, einer der damaligen Hochburgen der autonomen Bewegung wurde Ende der 80er Jahre zum Boykott von Waren aus Israel aufgerufen.
Die Interesselosigkeit der deutschen Linken an einer Auseinandersetzung mit den gewöhnlichen deutschen VollstreckerInnen und die fehlende Solidarisierung mit ihren Opfern war und ist evident. So konnten und können generationsübergreifende Bindungen und unbewußte Loyalitäten, meist unerkannt und unreflektiert, weiterwirken. An der Geschichte der westdeutschen Linken seit 1967 ist dies deutlich abzulesen.

Kampf gegen Israel und die USA

Die linke Parole "Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muß weg" implizierte in ihrer Vereinfachung geradezu die Ausklammerung des Holocaust und die Versöhnung mit dem Volk, das nicht als Träger, sondern als

Opfer des Faschismus wahrgenommen worden ist. Nicht um die geschichtliche Wahrheit ging es der deutschen Linken, sondern um die effektivste Form, diese Wahrheit abzuwehren. Im antisemitischen Jargon wurde z.B. wiederholt das angebliche "Geschäft mit dem Schuldgefühl" angeprangert. Die Nazi-Verbrechen seien ein "spezieller Trumpf des Zionismus bei der Beeinflussung der westdeutschen Massen" behauptete etwa 1973 der Kommunistische Bund in seiner Zeitschrift *Arbeiterkampf* (ak), denn die Verbrechen ermöglichten "die Einimpfung des Schuldkomplexes gegenüber den Juden ('die Verbrechen des deutschen Volkes an den Juden'), so daß jeder Deutsche schon vor Antritt einer Israelreise automatisch "mit einem...schlechten Gewissen ausgerüstet" sei. (2)

Das hier gezeichnete Zerrbild von Zionismus ist an die alten Bilder des Antisemitismus angelehnt. Der Zionismus wurde nicht als ein schlechtes oder zu bekämpfendes politisches Programm kritisiert, sondern als eine sehr mächtige, kaum faßbare und dabei heimtückische Macht, die es verstehe, ihren Opfern eine Krankheit namens Schuldkomplex "einzuimpfen", um jene für ihre böswilligen Zwecke zu instrumentalisieren. Mit dieser wahnhaften Argumentation sind deutsche Linke im übrigen noch vergangenes Jahr Daniel Jonah Goldhagen entgegengetreten. (3)

Zudem brach sich die Abwehr der nationalsozialistischen Vergangenheit in vielfältigen Projektionen der deutschen Linken Bahn. Mit dem Pathos eines doppelt reinen Gewissens, das sich - nachgeboren und links - jeder selbstkritischen Reflexion auf die eigenen Beweggründe enthoben wähnte, wurde der Nationalsozialismus insbesondere auf Israel projiziert. Darin äußerte sich, "nicht nur das Bedürfnis" so Haury, sich an der Seite der PalästinenserInnen "als 'revolutionär' und 'links' im antifaschistischen Kampf phantasieren zu wollen, sondern zugleich der Wunsch, endlich 'normal' und unbelastet von der Geschichte des eigenen Kollektivs zu leben."(4) Die Jüdinnen und Juden wurden seit dem Sechstagekrieg von 1967 als die Nazis identifiziert und die PalästinenserInnen, mit denen man sich bedingungslos identifizierte als die Opfer, also als die Jüdinnen und Juden. Am 9.Juni 1967 sprengte die SDS erfolgreich eine Veranstaltung mit dem israelischen Botschafter und feierte dies als "Sieg der Al Fatah". Kurz darauf betrat die deutsche Stadtguerilla mit einer antisemitischen Aktion die Szene. Am 10.November 1967 mißglückte ein Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in West-Berlin, für den eine "Palästina-Front" der Tupamaros West-Berlin die Verantwortung übernahm. In der APO-Postille *Agit 883* hatte am 13.November 1969 Dieter Kunzelmann den dahinterstehenden Politikansatz zusammengefaßt: "Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie Zionismus zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit Al Fatah, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von gestern und heute und seine Folgen aufgenommen hat."(5) Derartige Aussagen, die im Rahmen der APO so gut wie keinen Widerspruch provozierten, bringen "ein

Die Abwehr der nationalsozialistischen Vergangenheit brach sich in vielfältigen Projektionen der deutschen Linken Bahn.

Maß an Blindheit zum Ausdruck", schrieb später Moishe Postone, "das seinerseits nur bestätigt, wie weitgehend die fundamentale Verdrängung im Kern des nachkriegsdeutschen sozialen Bewußtseins die Gegenwart durchdrungen hat und an eine neue Generation übertragen worden ist." (6)

Die antiimperialistische Linke setzte diese Tradition auch nach der StudentInnenbewegung fort. 1972 bejubelten die TheoretikerInnen der Roten Armee Fraktion (RAF) den Mordanschlag eines palästinensischen Kommandos auf die israelische Olympiamannschaft. Unter der Hauptüberschrift "Den antiimperialistischen Kampf führen! Die Rote Armee aufbauen!"
schrieb die RAF: "Die Aktion des Schwarzen Septembers in München hat das Wesen imperialistischer Herrschaft und des antiimperialistischen Kampfes auf eine Weise durchschaubar und erkenntlich gemacht, wie noch keine revolutionäre Aktion in Westdeutschland und Westberlin." (7) Daß die als Revolutionäre vorgestellten Mörder beim Eindringen in das Haus drei israelische Sportler mit Maschinenpistolen niedermetzelten, paßte nicht in die Argumentation und wurde verschwiegen. Die restliche radikale Linke der damaligen BRD stand dem Antisemitismus der RAF kaum nach. Und auch die übrigen militanten antiimperialistischen Organisationen wie die *Bewegung 2.Juni* und die *Revolutionären Zellen* (RZ) distanzierten sich in diesem Punkt nicht von der RAF. Sie sahen sich vielmehr als die noch authentischeren Vertreter des deutschen Volkes und warfen der

RAF vor, ihre Parole "Dem Volke dienen" nicht ernst genug zu nehmen. Und der Antisemitismus wurde von ihnen noch weiter auf die Spitze getrieben. So schrieb z.B. Bommy Baumann, Mitglied der *Bewegung 2.Juni*: "Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen." (8) Die RZ ließ den antizionistischen Kampf als erste antiimperialistische Organisation der deutschen Linken praktisch werden. Im Juni 1976 beteiligte sie sich neben einer palästinensischen Organisation mit zwei Mitgliedern an der Entführung eines Flugzeugs der Air France, das sich auf dem Flug von Tel Aviv nach Paris befunden hatte. Die Maschine wurde von den GeiselnehmerInnen nach Entebbe in Uganda umdirigiert. An Bord befanden sich über 250 Passagiere, unter ihnen ca. 100 israelische Staatsbürger oder Juden und Jüdinnen anderer Nationalität. Die deutschen "Antiimperialisten" nahmen in Entebbe eine Selektion vor. Die nicht-jüdischen Passagiere wurden innerhalb weniger Tage freigelassen, die Jüdinnen und Juden dagegen weiter gefangen gehalten. Die Geiselnahme endete am 4.Juli 1976 mit der Erstürmung der Maschine durch eine israelische Spezialeinheit. Offene Kritik und Selbstkritik blieb danach (bis auf eine kurze Episode Anfang der neunziger Jahre) (9) in der antiimperialistischen Linken aus.

Stillschweigend wandten sich jedoch weite Teile der Internationalismus-Bewegung von der PalästinaSolidarität ab und suchten sich neue Projektionsflächen. Bis 1989 pflegten sie in erster Linie ihr Feindbild USA. Die mörderischen Auswirkungen des US-Imperialismus in Vietnam, Nicaragua, El Salvador und anderswo sind unbestritten, doch keineswegs mit dem Holocaust gleichzusetzen. Auf den Demonstrationen der Internationalismus-Bewegung ertönte in den siebziger und achtziger Jahren jedoch immer wieder der Ruf "USA-SS-SA". Dies zeigt deutlich die Abkehr der Linken vom Blick in den deutschen Abgrund und ihr ständiges Bemühen um eine Einebnung des Nationalsozialismus und des Holocaust. Zu fragen bleibt auch, warum der deutsche Imperialismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen, z.B. den Waffen-und Giftgas!-Lieferungen an beide Kriegsparteien während des Krieges zwischen dem Iran und dem Irak in den achtziger Jahren oder die Unterstützung und Beratung lateinamerikanischer Militärdiktaturen durch alte Nazis nie so im Mittelpunkt der

Unreflektiert übernommen hat die Internationalismus-Bewegung auch den deutschen Volksbegriff, der das Denken und Verhalten der deutschen VollstreckerInnen bestimmte.

Analyse und Agitation der Internationalismus-Bewegung stand. Besonders fatal wird diese Leerstelle seit 1989. Die neue deutsche Großmacht, nunmehr befreit von den Fesseln der Geschichte und der Alliierten versucht seitdem u.a. mit allen Mitteln und überaus erfolgreich ihre alte Hegemonie in Ost-und Südosteuropa wiederzuerlangen. Doch anstatt mit Kampagnen und Demonstrationen die deutsche Verantwortung für die Zerschlagung Jugoslawiens und die Eskalation des Krieges in Bosnien-Herzegowina anzuprangern, fand die deutsche Linke in Serbien ein neues altes Feindbild und phantasierte über serbischen Herrenvölkerwahn, Wiedergänger Hitlers, Konzentrationslager und einen neuen Holocaust. Blieben solche auf einer Verdrängung der deutschen Geschichte beruhenden Wahnvorstellungen vor 1989 noch weitgehend ohne realpolitische Auswirkungen, so führten sie jetzt zum nahezu einhelligen schweigen, wenn nicht sogar Zustimmung der hiesigen Linken zu deutschen Militäreinsätzen in aller Welt.

Die Charakterisierung der deutschen Linken, die Postone 1985 vornahm, gilt deshalb heute mehr denn je: Es scheint, "als ob - unterschwellig - die Mehrheit derer, die von sich glauben, in Opposition zur herrschenden Ordnung zu stehen, diese Ordnung in einer Hinsicht, nämlich durch ihre Unfähigkeit, mit der Vergangenheit umzugehen, reproduzieren. Ich spreche von dem Ausmaß, indem Proteste gegen Imperialismus, Unterdrückung und Ungerechtigkeit unwissentlich als ein Mittel instrumentalisiert worden sind, einer Konfrontation mit der Vergangenheit der vorangegangenen deutschen Generation aus dem Weg zu gehen, oder schlimmer noch, als ein impliziter Beweis dafür, daß die Nazis nicht die einzigen gewesen seien."(10)

Das Volksideal der Internationalismus-Bewegung

Unreflektiert übernommen hat die Internationalismus-Bewegung auch den deutschen Volksbegriff, der das Denken und Verhalten der deutschen VollstreckerInnen bestimmte. "Die Vorstellung vom `Volk`", schrieb 1942 ein us-amerikanisches Autorenteam um Raymond E.Murphy, "steht in Wechselbeziehung mit den Auffassungen über deutsche Rassenüberlegenheit und deutschen Imperialismus...Es handelt sich um etwas völlig anderes als unsere Idee vom >people<...Volk (...) ist eine obskure, zwangsweise und natürlich bestehende Seinseinheit, die durch Blut und gemeinsame Kultur zusammengehalten wird." (11) Hinzu kommt der Gedanke von "Reinheit", Authentizität und

Homogenität, die in ihrer Idealform nie besteht und durch die Eliminierung alles Fremden und Nichtauthentischen zu erreichen versucht wird. Da die deutsche Linke, trotz all ihrer Anbiederungsversuche von ihrem Volk nie geliebt wurde, suchte sie sich zwecks Identifizierung Ersatzvölker, die sowohl ihren völkischen wie auch nationalrevolutionären Idealen entsprachen, eben Indianer, Basken, Iren, Rote Khmer, Palästinenser, Kurden, mexikanischen Zapatistas u.a. Emanzipatorische Inhalte waren dabei oft zweitrangig, Hauptsache, es gab einen nationalen Befreiungskampf. Die Volkskultur in Form von Pali-Tüchern, Ponchos und anderen folkloristischen Insignien wurde dabei gerne von deutschen Linken zur Schau gestellt. In diesem Zusammenhang steht auch die weitgehend kritiklose Übernahme der Forderung nach dem "Selbstbestimmungsrecht der Völker" durch die Linke. Diese Vorstellung hat in Deutschland eine bestimmte Tradition und wird seit 1989 nochmals verstärkt aus revanchistischen Kreisen erhoben wird, um einen autonomen Status für "Sudetendeutsche", "Schlesier", "Wolgadeutsche", u.a. durchzusetzen und damit die Position des deutschen Imperialismus in Ost-und Südosteuropa zu stärken. Ebenso diente und dient diese Forderung dazu, bestehende "Vielvölkerstaaten", wie Jugoslawien, die CSSR, die UdSSR aufzuspalten. Das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" kann schon vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit keine emanzipatorische Forderung sein. Es bleibt nur die Dekonstruktion und Bekämpfung alles Völkischen und die weltweite, grenzensprengende, d.h. antinationale Revolution.

Antisemitische Codes in der Globalisierungsdebatte

Auch die aktuell in der deutschen Linken breit geführte Globalisierungsdebatte sollte vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und Ideologie kritisch beleuchtet werden. Teil der deutschen antisemitischen Vorstellungswelt ist die Trennung zwischen raffenden, betrügenden (jüdischen) Kapital und schaffenden, ehrlichen (deutschen) Kapitals und die Wahnvorstellung von einer Verschwörung des internationalen Weltfinanzjudentums. Wenn in der Globalisierungsdebatte das Verschwinden nationaler Besonderheiten beklagt wird, wenn behauptet wird, Wirtschaftsbosse und PolitikerInnen müßten sich den Sachzwängen eines Molochs namens Globalisierung unterwerfen, wenn zwischen den bösen, weil multinationalen Konzernen und dem weltweit umherschweifenden, spekulativen Finanzkapital der global player einerseits und den guten deutschen ArbeiterInnen, MittelständlerInnen und KleinstunternehmerInnen unterschieden, wird, dann wird diese Diskussion von antisemitischen Grundmustern bestimmt, auch ohne sich immer explizit gegen Jüdinnen und Juden zu richten. Die unreflektierte deutsche Vergangenheit wirkt so und anders auch in der Internationalismus-Szene fort, solange eine wirkliche Auseinandersetzung nicht stattfindet.

Anmerkungen:
1) Um nicht mißverstanden zu werden: Ich will nicht die gesamte Nicaragua-und El Salvador-Solidarität verdammen. Aber die alleinige Fixierung auf dieses Politikfeld und das Feindbild USA zur Zeit von Bitburg gibt zu denken.
2) zit. nach Goldhagen und die deutsche Linke, Berlin 1997, S.110 (vgl. auch die Rezenion in dieser *alaska*.).
3) vgl. Goldhagen und die deutsche Linke, a.a.O., 1997, S.45f.
4) Haury, Thomas, Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus, in: Poliakov, Leon, Vom Antisemitismus zum Antizionismus, Freiburg, 1992, S.153f
5) zit. nach Kraushaar, Wolfgang, Philosemitismus unsd Antisemitismus. Zum Konflikt zwischen Horkheimer, Adorno und der Studentenbewegung, in: Schreier, Helmut/Heyl, Matthias, Das Echo des Holocaust. Pädagogische Aspekte des Erinnerns, Hamburg, 1992, S.96
6) Postone, Moishe. Ein Brief an die westdeutsche Linke von 1985, in: Bahamas, Nr.10, S.26f
7) zit. nach Krauß, Martin, Vom Schwarzen September zum Deutschen Herbst, in: jungle World, 4.9.1997
8) Baumann, Bommy, Wie alles anfing, Frankfurt/M., 1976, S.67f.
9) Die Diskussion entspann sich jedoch nicht aufgrund einer späten Einsicht in den Antisemitismus der RZ-Aktion, sondern nach der Hinrichtung eines deutschen Antiimperialisten durch palästinensische Mitkämpfer, nachdem er des Verrats bezichtigt worden war. (siehe RZ-Papier, Gerd Albartus ist tot)
10) Postone, a.a.O., S.28
11) zit. nach Minow, Hans-Rüdiger/Goldendach, Walter von, "Deutschtum erwache!" Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, Dietz-Verlag, Berlin, 1994, S.218

Klaus Thörner war von 1991-1996 Internationalismusreferent des AStA der Uni versität Oldenburg und ist heute in antinationalen Zusammenhängen organisiert. Er lebt in Oldenburg.

Christoph Spehr

Der postfaschistische Konsens und seine Radikalisierung

Nachdem die Taliban-Milizen November letzten Jahres Kabul erobert hatten, hing ein Mann erhängt von einer Straßenlaterne, den die internationale Öffentlichkeit schon seit acht Jahren für einen toten Mann angesehen hatte. Mohammed Nadschibullah war nach Beginn der sowjetischen Peristroika 1986 Präsident im sowjetisch besetzten Afghanistan geworden, überlebte wider aller Erwarten politisch den Abzug der sowjetischen Truppen 1989, bezeichnete die kommunistische Politik seit 1978 als falsch, bot mehrfach Wahlen unter UN-Aufsicht, Aufteilung des Landes in autonome Provinzen und seinen eigenen Rücktritt an, um den Bürgerkrieg zu beenden, was jedoch in Pakistan und den USA niemanden interessierte. Als 1992 die Mudschaheddin Kabul eroberten, blieb er, wieder gegen aller Erwarten, am Leben und weiter in Afghanistan, das er sich bis zum Ende weigerte zu verlassen. Den Sieg der Taliban überlebte er nur um wenige Stunden.

Die Ermordung Nadschibullahs symbolisierte, daß jene neue Ordnung in ganz Afghanistan herrschte, die die Taliban bereits seit 1995 in den von ihnen eroberten Gebieten demonstriert hatten. Alle afghanischen Frauen haben praktisch Hausverbot; wer in falscher Kleidung oder mit zu kurzem Bart auf der Straße angetroffen wird, wird verhaftet und ausgepeitscht; an politische Opposition ist nicht zu denken; und wer keine hinreichend paschtunische Abstammung hat, kann maximal noch aufs Land oder besser über die Grenze flüchten. Die Taliban führen öffentliche Hinrichtungen durch, bei denen ehebrüchige Frauen vor den Augen ihrer Kinder gesteinigt werden; der Gesundheitsminister der Taliban hackte eigenhändig Dieben Hände und Füße ab, darunter der 16jährigen afghanischen Nachwuchshoffnung im Fußball, weil dieser in einem Laden eine Mark gestohlen hatte.

Afghanistan 1997 ist ein faschistisches Land. Es ist ein drastisches Beispiel für die Aktualität faschistischer Regime am Ende des 20.Jahrhunderts; und es ist nicht das einzige.

Ein Begriff im Giftschrank

Einspruch, heißt es an dieser Stelle gewöhnlich. "Kann denn der Faschismus-Begriff von seiner Verbindung zum Kapitalismus gelöst werden?" (marxistischer Einwand) "Die Verwendung des Faschismus-Begriffs außerhalb der faschistischen Epoche, nämlich Europa in den 30er und 40er Jahren, ist eine plakative und unzulässige Ausweitung." (bürgerlich-demokratischer Einwand) "Wer vom Faschismus als weltweitem Phänomen spricht, relativiert die besondere Dimension des von Deutschland verübten Holocaust und will von der eigenen Geschichte und ihrer Kontinuität ablenken." (linksradikal-antideutscher Einwand) Usw.

Hinter all diesen Einwänden stehen Faschismus-Begriffe, die den Faschismus solange begrifflich einhegen und einmauern, bis er für die heutige Realität in der Welt nicht mehr taugt. Dies steht in genauem Gegensatz zu der Tatsache, daß Menschen überall auf der Welt von Faschismus sprechen und ihn als lebendiges Phänomen erleben. Nicht zuletzt sprechen die Einwände von einem latenten Rassismus und elitärem Denken: als der eigentliche Horror des Faschismus wird empfunden, daß etablierte, zivilisierte weiße Männer zu so etwas fähig sind bzw. plötzlich zu Opfern werden können. Wer nicht zum Volk der Dichter und Denker gehört, oder wer glaubt Faschismus nicht in Geschichtsbüchern, sondern auf dem Schulhof oder auf dem Sozialamt zu erfahren, soll das gefährliche Wort Faschismus dagegen erst gar nicht ausgehändigt bekommen.

Ein Faschismus-Begriff, der kein akademischer oder instrumenteller sein will, tut stattdessen gut daran, sich an dem zu orientieren, wie und wofür Menschen diesen Begriff verwenden. Es gibt ein Alltagsbewußtsein davon, was "faschistisch" ist, und diese aus gesellschaftlicher und historischer Erfahrung geronnene Vorstellung sollte man ernst nehmen. Der Begriff von Faschismus muß einerseits mindestens zu den historischen "Referenzfaschismen" in Deutschland, Italien und Spanien passen und andererseits so offen sein, die Artikulation und gesellschaftliche Erfahrung "das ist Faschismus" auch außerhalb dieser "Referenzfaschismen" zuzulassen. Der Faschismus-Begriff sollte auch nicht dadurch manipuliert werden, daß Behauptungen darüber, wieso und woraus Faschismus entsteht, in die Definition hineingemuddelt werden. Und er sollte seine Kriterien nicht vorrangig an formalen Strukturen der gesellschaftlichen Ordnung orientieren, sondern an der gesellschaftlichen Realität, wie sie die Menschen erfahren.

Zum Faschismus gehört demnach viererlei:

- Der Exzess und die Brutalität der Mittel. Im Faschismus herrscht nicht bloß Unterdrückung, sondern physische Liquidierung und Terror - gegenüber politischen Gegnern und gegenüber konkreten, definierten Gruppen (im eigenen Land und darüber hinaus, bis zum Völkermord). Die Auslöschung sowohl dieser Gruppen als auch des Widerstands folgt dabei einem schrankenlosen Effizienzdenken.

- Eine Ideologie, die für alle verpflichtend gemacht wird und von einem rassistischen Herrenmenschentum gekennzeichnet ist, d.h. Gruppen definiert, die qua Natur mindere Rechte haben. Diese Ideologie kultiviert männlich-soldatische Werte und das Prinzip von Befehl und Gehorsam.
- Die faktische Unterwerfung der gesellschaftlichen Praxis unter einen einheitlichen Willen. Das beinhaltet, daß Eigenständigkeit und Antagonismus zwischen Wirtschaft, Politik und Medien tendenziell aufgehoben werden, und daß dies auch innerhalb dieser Bereiche gilt - also eine Konzentration von Macht, die diese Bereiche totalitär kontrolliert und prinzipielle Abweichungen nicht zuläßt.
- Eine soziale Basis, die quer durch die Gesellschaft geht. Die Diktatur eines Apparats, so brutal sie auch sein mag, macht allein noch keinen Faschismus aus, es gehört eine bestimmte soziale Akzeptanz, eine Zustimmung von unten dazu. Faschismus integriert und privilegiert bestimmte Gruppen (und nicht nur eine enge Herrschaftsclique), so wie er andere ausgrenzt, ihnen minderen Status zuweist oder sie liquidiert. Er bedient sozial breitere Ansprüche auf Dominanz, Autorität und Sicherheit.

Faschismus als globales Phänomen

Eine solcher Faschismusbegriff, der darauf verzichtet, bestimmte politische und wirtschaftliche Ausgangssysteme von vorneherein per definition auszunehmen, entgeht eher dem Eurozentrismus und allzuschneller politischer Vereinnahmung. Die vier Punkte (systematische Liquidierung/organisierte Vernichtung, Nationalchauvinismus/Herrenmenschentum, totalitäre Öffentlichkeit und soziale Komplizenschaft) spannen einen Rahmen auf, innerhalb dessen unterschiedliche nationale und historische Faschismen möglich sind, die aber als gemeinsames Phänomen anzusehen sind.
Zunächst wird klar, daß Faschismus kein Phänomen einer abgeschlossenen Epoche ist. Europa selbst hat zwar in den 30er und 40er Jahren eine extreme Konjunktur faschistischer Staaten. Aber in Europa gibt es auch den "langen Faschismus", der in Spanien bis 1975 und in Portugal bis 1974 dauert, und die Militärputsche in Griechenland (1967) und in der Türkei (1980) haben ebenfalls faschistische gesellschaftliche Verhältnisse etabliert (die im Fall von Griechenland bis 1973 dauerten und in der Türkei nach wie vor nicht beendet sind).
Faschismus ist auch kein europäisches Phänomen. Der japanische Faschismus (1926-1945) ist das Pendant des italienischen und deutschen Faschismus, mit denen er verbündet war. Die 60er und 70er Jahre brachten eine Konjunktur des Faschismus in Lateinamerika, die mit der europäischen der 30er und 40er vergleichbar ist (Brasilien 1964-1985, Argentinien 1976-1983, Uruguay 1973-1984, Chile 1973 ff.) Faschismus läßt sich auch nicht auf kapitalistische Staaten einschränken. Die stalinistische Sowjetunion zwischen 1936 und 1953 ist genauso ein faschistisches Land, wie Kambodscha unter dem sich selbst als "sozialistisch" bezeichnenden Pol-Pot-Regime (1977-1979).
Nach der Befreiung Südafrikas vom weißen Faschismus (1948-1994) erlebt Afrika in den 90ern eine zugespitzte Auseinandersetzung um schwarzen Faschismus und Befreiung. Nigeria (1993) und der Sudan (1989) sind in den letzten Jahren zu faschistischen Regimes übergegangen. In Rwanda herrschten 1993-1994 faschistische Verhältnisse. Frühere Beispiele sind der weiße Terror in Algerien (1947-1962) und Uganda unter Idi Amin (1971-1979).
Die genannten faschistischen Staaten sind aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungssystemen heraus entstanden. Es gibt, so läßt sich schlußfolgern, keine Möglichkeit, eine Gesellschaft durch eine bestimmte Art und Weise, wie ihr Ordnungssystem konstruiert ist, "faschismussicher" zu machen. Auf die institutionelle Struktur, auf die Loyalität der Eliten zur bisherigen Ordnung, auf die Verzichtsbereitschaft derer, denen Einbußen in der Dominanzkultur abgerungen wurden, ist kein Verlaß.
Faschistische Regime enden auf unterschiedliche Weise: institutionelle Ablösung, erfolgreicher Aufstand, Befreiung von außen. Gemeinsam ist allen diesen Fällen jedoch, daß die Überwindung des Faschismus jeweils die Grundlage für eine gesellschaftliche Situation legt, die sich von der Situation vor dem Faschismus fundamental unterscheidet: den postfaschistischen Konsens.

Der postfaschistische Konsens

Der postfaschistische Konsens ist eine mehrheitliche gesellschaftliche Übereinkunft, daß es Faschismus nicht mehr geben soll. Diese gesellschaftliche Übereinkunft (und nicht etwa institutionelle "Sicherungen", die es nicht gibt, oder "Optionswechsel" der Eliten, die nie ohne gesellschaftlichen Druck vollzogen werden) ist die Grundlage dafür, daß in den meisten Staaten, die ein faschistisches Regime hinter sich haben, der Faschismus tatsächlich nicht wiederkehrt.
Der postfaschistische Konsens stellt sich nicht automatisch ein, er muß gesellschaftlich entwickelt werden. Er ist keineswegs mit dem Ende des Faschismus schon gegeben, sondern verfestigt sich erst wesentlich später. Bedingung dafür ist z.B. das öffentliche und verallgemeinerte Eingeständnis, daß es überhaupt Faschismus gegeben hat, und

die Aufklärung über das, was sich in dieser Zeit ereignet hat. Deshalb hat die Auseinandersetzung um die Wehrmachtsausstellung große Bedeutung für die Herausbildung eines postfaschistischen Konsenses in Deutschland, der in den 50ern und 60ern keineswegs existierte. Deshalb ist es keine Bagatelle, daß endlich straffrei formuliert werden darf (zumindest mit Bezug auf Tucholsky), daß der Beruf des Soldaten im Mord besteht. Deshalb ist die Frage der juristischen Verantwortung und der rückhaltlosen Aufklärung, über die jahrelang in Brasilien und Südafrika gestritten wurde, so wichtig.
Zum Eingeständnis und zur Aufklärung muß noch ein drittes Moment treten. Der postfaschistische Konsens muß getragen sein von gesellschaftlichen Bewegungen, die das auflösen, was unterhalb der Ebene faschistischer Staaten existiert: den Faschismus in der Gesellschaft.
Faschismus in der Gesellschaft ist etwas sehr viel allgemeineres. In praktisch jeder Gesellschaft sind soziale Strukturen, gesellschaftliche Mikroverhältnisse, persönliche Haltungen und institutionelle Machtverhältnisse vorhanden, die den Kriterien des Faschismus entsprechen. Ein leicht greibarer Teil des Faschismus in der Gesellschaft sind die direkten Kontinuitäten: personelle, institutionelle und ideologische Kontinuitäten. Hierzu gehört (neben faschistischen Funktionsträgern, die "weiterarbeiten") z.B. das deutsche Staatsbürgerrecht, das nach dem Bluts- und Abstammungsprizip funktioniert. Faschismus in der Gesellschaft sind auch die direkten Versatzstücke: Elemente faschistischer Gesellschaft und Sozialordnung, die auch außerhalb faschistischer Staaten auftreten (hierher gehören die Vorschläge zur "Arbeitspflicht", Tendenzen zur Eugenik, der Rassismus des AusländerInnen- und Asylrechts usw.)
Der schwierigste Teil des Faschismus in der Gesellschaft sind Strukturen, wo Verhaltens- und Denkmuster gelebt und reproduziert werden, die genau zum faschistischen Staat passen, ohne daß dies so offensichtlich ist wie bei den Kontinuitäten und Versatzstücken. Aber wir alle kennen diese Situationen.

Die Dr. Röppel-Experience

Nehmen wir Dr.Röppel. Dr.Röppel ist Lehrer an einem Schulzentrum; der Name ist geändert, den Dr. trägt er aber auch in Realität wie einen Schutzschild vor sich her. Dr.Röppel mag es gern kameradschaftlich. Er legt großen Wert auf das soziale Verhalten, genaugenommen, auf das sozial richtige Verhalten. Das Wort "Klassengemeinschaft" verwendet er häufig; Dr.Röppel assoziiert damit nicht etwa "Volksgemeinschaft", sondern Pädagogik. Er fühlt sich als moderner Pädagoge, und er war auch mal demonstrieren, damals in den 60ern. Er sieht sich nicht als Autoritätsperson, sondern spricht davon, daß sich in einer sozialen Gemeinschaft alle an bestimmte Regeln halten müssen.
Schwierig mit Dr.Röppel wird es, wenn sich jemand - XY, eines der Zwangsmitglieder der "Klassengemeinschaft"- nicht an diese Regeln hält. Dr.Röppel bemüht sich dann, das abzustellen. Zunächst mobilisiert er die Klassengemeinschaft selbst und läßt sie auf demokratischen Klassenversammlungen darüber sprechen, daß sich alle an bestimmte Regeln halten müssen, insbesondere auch XY. Dann spricht er mit den Eltern, damit die dafür sorgen, das Problem abzustellen. Mit XY spricht er nicht. Er verhängt ein paar Strafarbeiten, die er zu diesem Zeitpunkt noch nicht Strafarbeiten nennt, sondern "Gelegenheiten um nachzudenken".
Wenn all das nichts hilft, beginnt Dr.Röppel über "Lösungen" nachzudenken. Ihm fallen ein: Versetzung aus der Klasse, Versetzung von der Schule, schulpsychologischer Dienst, Therapie. XY führt Gespräche mit dem Schulpsychologen, die in den Augen Dr.Röppels aber nichts bringen: XY findet die Gespräche prima, verhält sich aber nach wie vor dysfunktional in der Gemeinschaft. Dr.Röppel will jetzt wirklich Lösungen, so oder so. Er kommt auf die Strafarbeiten zurück, die er jetzt auch so nennt, und dann auf Schulstrafen. Dr.Röppel hat von Anfang an unaufgefordert darauf hingewiesen, wie es weitergeht, wenn das Problem sich nicht von selbst löst: Klassenkonferenz, Verweis, Direktoratsverweis, Verweisung von der Schule, Verweisung von sämtlichen Bremer Schulen, Vertreibung aus Bremen, Deportation auf den Mond. Da XY immer noch nicht findet, daß er ein Problem ist, das gelöst werden muß, kann die Sache tatsächlich nur mit einem schleunigen Schulwechsel enden. An diesem Punkt stellt sich die Frage, ob Dr.Röppel auch auf XY schießen würde, wenn er ihn anders nicht davon abhalten kann, sich ungemeinschaftlich zu verhalten. Dr.Röppel selbst weist eine solche unglaubliche Unterstellung entrüstet zurück. Er ist schließlich kein Faschist!
Das ist halb wahr, aber auch halb falsch. Wahr ist, daß wir heute im Postfaschismus leben, der Disziplinarmaßnahmen mit der Waffe nicht akzeptiert (und das sollte man nicht geringschätzen). Wahr ist aber auch, daß es *nur* der postfaschistische Konsens ist, der hier eine Grenze zieht - die Sache hängt gewissermaßen am seidenen Faden. Auf jeden Fall bietet der aktuelle postfaschistische Konsens einem Denken in Endlösungen, einer kompromißlosen Durchsetzung von Dominanz und unreflektierten Machtpositionen, trotzdem breite Entfaltungsmöglichkeiten.
Der Faschismus in der Gesellschaft wird in den Institutionen produziert. Er tritt selten als komplett entwickeltes

Freie Theateranstalten Berlin

Ich bin's nicht, Adolf Hitler ist es gewesen

Uraufführung

von Hermann van Harten

Herrenmenschentum auf, sondern

- als verstaatlichte Identität, die unfähig ist zur Empathie, zur Anerkennung der Blickwinkel anderer;
- als Endlösungs-Denken, das nicht damit klarkommt, sich nicht durchzusetzen, und die endgültige Lösung um jeden Preis sucht - ohne Grenzen und Verhältnismäßigkeit;
- als fundamentale Konfliktunfähigkeit, die Widerspruch und andere Wertigkeiten nicht ertragen kann und auslöschen möchte;
- als Leugnung und Rationalisierung von struktureller Gewalt, indem Mächtigere sich als Opfer aufspielen, die sich zur Wehr setzen müßten;
- als Autoritäts- und Ordnungsdenken, für das die Vorstellung, daß Regeln sich ändern und sogar übertreten werden können, Majestätsbeleidigung oder Terrorismus ist.

Der Faschismus in der Gesellschaft trägt meist weder Parteibuch noch Baseballschläger, aber er greift gerne kalt und institutionell durch.

Den postfaschistischen Konsens radikalisieren

Welche Haltung der postfaschistische Konsens gegenüber dem Faschismus in der Gesellschaft bezieht, ist heftig umstritten. Der postfaschistische Konsens kann unterschiedlich weit gehen. In seiner Rohform besteht er zunächst nur in dem Gemeinplatz, daß es keinen faschistischen Staat mehr geben soll. Umkämpft ist an diesem Konsens, wieweit er auch einschließen soll, daß *jeder* Faschismus in der Gesellschaft abgeschafft werden soll. Die rechte Variante des Postfaschismus besteht gerade darin, der Option des faschistischen Staates öffentlichkeitswirksam abzuschwören, den Faschismus in der Gesellschaft aber zu schützen.

Den postfaschistischen Konsens zu radikalisieren, heißt, seine Erweiterung auf den Faschismus in der Gesellschaft einzufordern und durchzusetzen. Hieran zeigt sich die Schwäche des bisherigen Antifaschismus. Besessen von den Kontinuitäten und Versatzstücken, erreicht er die tiefergehenden Dimensionen des Faschismus in der Gesellschaft nicht und kann deshalb auch keine positiven Ziele vermitteln. Indem er sich weigert, den postfaschistischen Konsens zur Kenntnis zu nehmen, und darauf verzichtet, diesen Konsens zu radikalisieren, schneidet der bisherige politische Antifaschismus sich von den wichtigsten Zielgruppen einer solchen Radikalisierung ab - z. B. einer Jugend, die bereits unter postfaschistischen Bedingungen aufgewachsen ist.

Deshalb geht auch so wenig gesellschaftliche Beunruhigung von ihm aus. Nicht der politische Antifaschismus wurde Ziel des rechtsradikalen österreichischen Briefbomben-Attentäters, sondern Arabella Kiesbauer. Kiesbauer, eine der ersten Nicht-Weißen im deutschen Fernsehen, ist Chefin jener Talkshow, in der 14- bis 24jährige sich über lesbische Erfahrungen unterhalten; Punks erklären, wieso Arbeit Scheiße ist; Chauvis sich mit Frauen über Sex und Anmache streiten; die Vor- und Nachteile von Scheidungsfamilien diskutiert werden; pädagogische Übergriffe kritisiert werden usw. Eine Praxis gesellschaftlicher "Zersetzung" sozusagen - nur denkbar im Postfaschismus, aber eben auch ein Beitrag, den Postfaschismus zu radikalisieren.

Wer den postfaschistischen Konsens radikalisieren will, darf das MTV- und VIVA-Bewußtsein ("have fun, take care, no racism") nicht geringschätzen. Es ist ein weltweites Phänomen, daß Fragen von Kapitalismus und Sozialismus im allgemeinen Bewußtsein nicht als besonders drängend empfunden werden, daß hingegen das Bekenntnis zum Postfaschismus, die Haltung für oder gegen seine Radikalisierung, als wichtig gilt (ein Phänomen, das sich nur mit einem sehr alten Politikbegriff als "Entpolitisierung" beschreiben läßt).

Die Erfahrung des überwundenen Faschismus, der postfaschistische Konsens, stellt einen unfertigen Emanzipationsprozeß dar. Er findet seine Fortsetzung in der Vision einer nicht-faschistischen Gesellschaft. Empathie und Anerkennung; Denken in Verhandlungen; Konfliktfähigkeit; die Fähigkeit, "Ungelöstes" auszuhalten und die eigene Machtposition zu reflektieren; die Bereitschaft anzuerkennen, daß Regeln in Frage gestellt werden müssen und daß die Gesellschaft sich ändert: das sind wesentliche Bestandteile einer solchen Vision. Für eine solche Vision eintreten, sie in konkreten Auseinandersetzungen sichtbar machen und propagieren, gegen diejenigen "Visionen", die aus dem Faschismus in der Gesellschaft kommen und den Postfaschismus zurückdrehen wollen: das heißt Radikalisierung des postfaschistischen Konsens. Dies erfordert allerdings eine postfaschistische Linke, die überall auf der Welt nur zögernd angedacht wird. Eine Linke, die sich zutraut, den Feldherrenhügel zu verlassen und wieder in die Gesellschaft zurückzukehren.

Kum'a Ndumbe III.

Afrika - Parallelitäten von Kolonialismus und Faschismus

Der afrikanische Wissenschaftler Kum'a Ndumbe III. rückt in seinem Buch „Was wollte Hitler in Afrika?" die Nähe von europäischem Kolonialismus und Faschismus ins Zentrum. Ausgehend von der These, daß Hitler-Deutschland schon 1940 mit fertig ausgearbeiteten Plänen für ganz Afrika nur noch auf den Sieg wartete, um ein Großgermanisches Reich mit der tropischen Ergänzung Eurafrikas auszustatten. Unter anderem geht er folgenden Fragen in seinem Buch nach: Welche Aspekte des Kolonialismus sind faschistisch und folgen einer historischen Kontinuität? Inwieweit wurde in der Faschismusdiskussion in Deutschland sowohl in der historischen Forschung und in der Öffentlichkeit der Eurozentrismus fortgeschrieben?

Im Januar 1933 gelangte Hitler in Deutschland an die Macht. Sechs Jahre später brach der grausamste Krieg in der modernen Geschichte aus. Er sollte nahezu sechs Jahre dauern. (...) Mit der Geschichte Deutschlands beschäftigen sich nicht nur Historiker, Politologen, Ökonomen oder Militärs, sie fesselt ebenso die Nicht-Wissenschaftler, die sich mit jenen Jahren auseinandersetzen, die die zeitgenössische Welt tiefgreifend gezeichnet hat. Die Themen, die so von der Öffentlichkeit aufgegriffen werden, betreffen nicht nur den zweiten Weltkrieg in seinem Ablauf mit seinen Siegen und Niederlagen, sondern auch den Faschismus in der Form des Nationalsozialismus, die Judenprogrome, die Diktatur Hitlers, die ein ganzes Volk gleichgeschaltet hat, die maßlosen Expansionsbestrebungen Deutschlands usw.

Hitlerdeutschland - eine aktuelle Problematik

Das Interesse der Öffentlichkeit an einem mehr als viereinhalb Jahrzehnte zurückliegenden Geschehen wird an Publikationen verschiedenster Art deutlich.
(...) Wissenschaftler haben sich diesem Forschungsfeld mit weitreichenden Fragestellungen angenommen, ein Ende der Arbeiten auf diesem Gebiet ist nicht abzusehen. Die Themen, mit denen sie sich beschäftigen, sind äußerst vielfältig.
(...) Afrika aber wurde in diesen Arbeiten fast nicht beachtet. Ausgenommen sind Kriegshandlungen (vor allem in Nordafrika) oder die Organisation des französischen Widerstandes. Der Kontinent geriet so sehr aus dem Blickwinkel der historischen Forschungen, daß schließlich der Eindruck entstehen konnte, Nazi-Deutschland hätte sich für diesen Erdteil nie interessiert. Diesen Eindruck verstärkte die rassistische Nazi-Ideologie und die für Osteuropa geplante Politik der Kolonisation.
Erst 1960, nach dem viele afrikanische Staaten unabhängig geworden waren, erschien eine einzige Studie, die sich mit den Beziehungen zwischen Hitler-Deutschland und Afrika beschäftigte. Der Autor war Horst Kühne, ein Historiker in der Deutschen Demokratischen Republik. (...)

Alle Arbeiten[1] (...) behandeln das koloniale Problem grundsätzlich. Anders ausgedrückt, sie beschäftigen sich ausschließlich mit dem Kolonialismus Hitler-Deutschlands. Nicht selten sind sie dadurch begrenzt, daß sie das koloniale Problem allein als ein Problem der Außenpolitik betrachten. Aus diesem Grunde bleibt die Notwendigkeit bestehen, die koloniale Vorbereitung des Reiches gründlich zu untersuchen. Wie wollte Deutschland sein zukünftiges Kolonialreich organisieren? Was sagten dazu die politischen, ideologischen, ökonomischen und juristischen Experten des Dritten Reiches? Ihre Äußerungen liegen vor und es geht nicht darum, Behauptungen aufzustellen oder einige Beispiele anzuführen, sondern um eine grundsätzliche Analyse dieser Vorarbeiten und ihrer Auswirkungen.
Aber daneben drängt sich eine andere, viel wichtigere Aufgabe auf. Afrika war in jenen Jahren ein kolonisierter Kontinent, aber hätte Deutschland allein das gesamte Afrika in Besitz nehmen können? Die bisherigen Untersuchungen behandeln ausschließlich Schwarzafrika. Nun besteht der Kontinent aus Nord-, Zentral- und Äquatorial- sowie aus dem von Weißen beherrschten Südafrika. Hatte Hitler-Deutschland auch ein in diesen Zonen aufgeteiltes Afrika entworfen? Was wäre geschehen , was hätte aus Afrika werden können, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte? (...)
Manche Historiker behaupten heute, dreißig Jahre nach dem Krieg, daß „der Nationalsozialismus keine koloniale Politik betrieben habe und sein Appetit in diesem Bereich sehr begrenzt war", daß „Hitlers Desinteresse an der kolonialen Frage sich in der Kriegsführung selbst manifestiert" habe[2]. Wir werden versuchen zu zeigen, wie das von Hitler

geführte Deutsche Reich koloniale Ziele verfolgte, um daran anschließend, die Kriegsziele Deutschlands in Nord-, Schwarz- und Südafrika deutlich zu machen.

Hitler, der deutsche Kapitalismus und die koloniale Frage

Schon in seinen vor der Machtübertragung geschriebenen Büchern legte Hitler deutlich seine Haltung zur kolonialen Frage dar: „Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft."[3] Bereits in Band 1 hatte er formuliert: „Allerdings eine solche Bodenpolitik kann nicht etwa in Kamerun ihre Erfüllung finden, sondern heute fast ausschließlich nur mehr in Europa."[4]
Wer jedoch nur diese Äußerungen Hitlers zur Kenntnis nimmt - die noch dazu aus der Zeit vor der Machtergreifung herrühren - wird notwendigerweise in die Irre gehen. Dies um so mehr, als die Forderung der traditionellen Rechten nach Revision des Versailler Vertrags schon immer die ehemaligen deutschen Kolonien, die unter dem Mandat einiger Mitglieder des Völkerbundes standen, mit eingeschlossen hat. Während der gesamten Zeit der Weimarer Republik waren Vertreter der Wirtschaft darum bemüht, die koloniale Idee in Deutschland wachzuhalten und die wirtschaftlichen Beziehungen mit den ehemaligen Kolonien sowie anderen Ländern Afrikas nicht abreißen zu lassen. Es ist daher notwendig, diese Faktoren, die der Machtergreifung Hitlers vorausgingen, zu berücksichtigen, um die Kriegsziele Deutschlands in Afrika nach 1939 besser einschätzen zu können.

(...) lange Zeit vor Hitlers Machtübernahme (hatten) die deutschen Eliten aus Politik, Industrie und Banken sich aktiv für eine Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien eingesetzt (...) Als dann die nationalsozialistische Bewegung an Bedeutung gewann, konnte sie sich darauf stützen.
Nach 1933 verloren die Kolonialen Verbände Stück für Stück ihre Autonomie und wurden „gleichgeschaltet". Ihre Führer integrierten sich in die Nazibewegung oder wurden entlassen. (...)

Die Kriegsziele des Dritten Reiches in Afrika formulierten Gruppen, die die Interessen der deutschen Wirtschaft vertraten. Das waren dieselben Kräfte, die Hitlers Aufstieg zur Macht finanziert und kaum Schwierigkeiten gehabt hatten, ihn von der Notwendigkeit einer kolonialen Rückkehr nach Afrika zu überzeugen. Aus diesen Gründen veränderte Hitler nach dem Machtantritt schrittweise seine in „Mein Kampf" dargelegte Ansicht zur Kolonisation in Afrika, bis zur offiziellen und definitiven Lossagung am 7. März 1936, als deutsche Truppen in die entmilitarisierte Rheinlandzone einmarschierten. In seiner Rede vor dem Reichstag an diesem Tage trug er einen sieben-Punkte-Plan zur Erhaltung des Friedens in Europa vor. Unter Punkt sieben hieß es: „Nach der nunmehr erreichten endlichen Gleichberechtigung Deutschlands und der Wiederherstellung der vollen Souveränität über das gesamte deutsche Reichsgebiet sieht die deutsche Reichsregierung den Hauptgrund für den seinerzeitigen Austritt aus dem Völkerbund als behoben an. Sie ist daher bereit, wieder in den Völkerbund einzutreten. Sie spricht dabei die Erwartungen aus, daß im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Weg freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Völkerbundstatuts von seiner Versailler Grundlage geklärt wird."[5] Von diesem Datum an begannen die deutschen Forderungen nach Kolonien auf internationaler Ebene offiziellen Charakter anzunehmen. Nur drei Jahre später, 1939, wurde der Zweite Weltkrieg begonnen. Die 1940 ausgearbeiteten Pläne zeigen sehr deutlich die Bedeutung Afrikas in diesem die ganze Welt berührenden Konflikt. Die deutschen Forderungen hatten zu dieser Zeit längst aufgehört, sich auf die ehemaligen Kolonien zu beschränken, sie zielten nunmehr auf die Neuverteilung des gesamten afrikanischen Kontinents.

Anmerkungen:
1) u. a. Horst Kühne: „Faschistische Kolonialideologie und Zweiter Weltkrieg", 1962; Wolfe Schmokel: „Dream of Empire: German Colonialsm 1919-1945", 1964; Richard Lakowsky: „Die Kriegsziele des faschistischen Deutschland im transsaharischen Afrika", 1969; Klaus Hildebrand: „Vom Reich zum Weltreich - Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945", 1969
2) P. Guillaume, Le monde colonial (XIX e-XXe siecles), Paris 1974, S. 55f
3) A. Hitler, Mein Kampf, München 1939, S. 742
4) ebd., 1. Band München 1933, S. 152
5) E. Klöss (Hg.), Reden des Führers. Politik und Propaganda Adolf Hitlers 1922-1945, München 1967, s. 176f

aus: Kum`a Ndumbe III.: "Was wollte Hitler in Afrika? NS-Planungen für eine faschistische Neugestaltung Afrikas." Frankfurt 1993; zu bestellen bei: Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Postfach 900 965, 60449 Frankfurt

Jean Cremet

"Die Dialektik von Zentralität und Subsidiarität"

Anmerkungen zu den aktuellen Europakonzeptionen der intellektuellen "Neuen" Rechten

Unter den wenigen deutschen Hochschullehrern, die sich mit der extremen Rechten beschäftigen, ist es nahezu guter Brauch geworden, jeden in diesem politischen Spektrum, der weiter als bis drei zählen kann und den Begriff Konservative Revolution bereits einmal gehört hat, als "Neuen Rechten" zu kennzeichnen. Ideologisches Hauptmerkmal dieser Strömung, so z.B. der in den Medien und in Sammelbänden allgegenwärtige Wolfgang Gessenharter, soll ein "völkischer Nationalismus" sein. Eines haben die Herren Professoren seit ihrer Studienzeit nicht vergessen: Max Webers Forderung nach idealtypischen Charakterisierungen.

Aus dem Blick geraten ist ihnen dabei allerdings ein fundamentaler wissenschaftlicher Grundsatz. Der nämlich, daß nur gleiches auch gleich bezeichnet werden darf. Zwar soll an dieser Stelle weder bestritten werden, daß es einen völkischen Nationalismus gibt, noch daß dieser eine konkrete politische Gefahr darstellt, doch trifft auf die sich seit den sechziger Jahren herausbildende europäische "Neue" Rechte ein Charakteristikum mit Sicherheit nicht zu: das des Nationalismus. Alain de Benoist, der "Papst der Nouvelle Droite" (Robert Steuckers), urteilt über sie kurz und vernichtend: "Zu groß, um die kleinen Probleme zu lösen, zu klein, um die großen zu lösen, ist sie insbesondere unfähig zur Kontrolle der staatsübergreifenden Expansion des ökonomischen Bereichs, der weltweites Ausmaß angenommen hat." (unveröffentlichtes Interview mit "Le Monde" aus dem Mai 1992). Im Interview mit Dieter Stein und seinem alten Freund Armin Mohler spitzt er ein Jahr später diese Geringschätzung noch zu. "Ein Slogan wie 'zuerst Deutschland, dann erst Europa' paßt nicht zu meiner Sicht der Dinge. Persönlich verstehe ich mich zunächst als Europäer, dann als 'Normand' (aus der Normandie stammend), und dann erst als Franzose." Völkischer Nationalismus?

Szenenwechsel. Moskau im März 1992. Das realsozialistische Lager hat sich aufgelöst, die Sowjetunion ist zerfallen. Strategiedebatte ist angesagt. In den Räumen des Wochenmagazins "Djen" trifft sich auf Einladung von Alexander Prochanow, dem Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbandes und Herausgeber des Blattes, und von Alexander Dugin, der seine politische Karriere im antisemitischen Pamjat begann und sich inzwischen als Nationalbolschewist in der Tradition von Ernst Niekisch versteht, eine illustre Runde zu einer Podiumsdiskussion. Aus Westeuropa angereist sind Alain de Benoist und sein belgisches Pendant Robert Steuckers, die einheimischen Partner sind Gennadij Sjuganow, der Chef der "Neuen" Kommunisten, und Eduard Volodin, politischer Redakteur der diesen nahestehenden Tageszeitung "Sowjetskaja Rossja". Hauptthema der Diskutanten: Europa.

Denn die Welt hat sich wieder einmal verändert. Inzwischen macht es nur noch wenig Sinn, einen "dritten Weg" jenseits von Sozialismus und Kapitalismus zu propagieren, oder eine Äquidistanz zu den beiden gleichartigen Hauptfeinden, dem "Wodka-Cola-Imperialismus", da dem zuckrigen Getränk inzwischen die alkoholische Beigabe fehlt. Die eine Hälfte des Doppelfeindes ist verschwunden, geblieben ist der gefährlichere Teil: die USA. Deren Plänen für eine "Neue Weltordnung", ihrem "One-World-Denken", ihrem "Mondialismus" gelte es nunmehr den vereinten Widerstand aller Anti-Systemkräfte entgegenzustemmen. Benoist spricht in diesem Zusammenhang vom Kampf der Peripherie gegen das (Macht-)Zentrum, wobei diese Auseinandersetzung sowohl im nationalstaatlichen Rahmen als auch auf internationaler Ebene stattfindet. Im Bereich der Nation müssen sich demnach alle Kräfte zusammenschließen, die sich als Gegner der liberalen Demokratie und des Kapitalismus verstehen. International geht es um die Schaffung größerer Einheiten, die in der ökonomischen Konkurrenz mit den USA bestehen und sich so aus ihrer politischen und militärischen Abhängigkeit von diesen lösen können. Europa - das ist ein Teil der Peripherie. Imperialismus - das sind allein die USA!

In einem solchen Szenario wird die ehemalige Sowjetunion zum natürlichen Bündnispartner, zählt bei den dortigen Kommunisten nur, daß sie entschiedene Gegner Jelzins - des Handlangers der Wallstreet - sind. Auch für Alexander Prochanow ist die Sachlage klar. In einer programmatischen Rede beim Gründungskongreß der "Nationalen Rettungsfront" im Oktober 1992 erklärt er, daß die Zukunft Rußlands in einer sinnvollen Allianz von Anhängern der sozialen Gerechtigkeit und der nationalen Tradition liege. Beide seien numehr vereint im Kampf gegen den "Mondialismus und

Kosmopolitismus", gegen den amerikanischen Kapitalismus, gegen den "sozialen, nationalen und geopolitischen Verrat von Jelzin und Gorbatschow" (DESG-inform 12/92, S.5). Der Saal tobt. Er hat die Stimmung des Publikums getroffen. Bleiben nur noch zwei Fragen zu beantworten: Wo liegen die Grenzen Europas? und: Welches ist die dafür geeignete politische Konstruktion?

Eines ist sicher: das Maastricht-Europa kann es nicht sein! Während es die traditionelle extreme Rechte ablehnt, da sie auf ihrer Forderung eines "Europa der Vaterländer" (eigentlich ein gaullistisches Konzept) verharrt, das die Nation im Mittelpunkt belässt, und während es die neoliberalen Kräfte verwerfen, da sie eine Dominanz der Bürokratie und ein unzulässiges Eingreifen der Politik in das "freie Spiel der Wirtschaft" befürchten, geht Maastricht der "Neuen" Rechten nicht weit genug. Schon das Schachern bei der Währungsunion um Zehntelprozente demonstriere, daß es hier nicht primär um politische Gestaltung gehe, sondern daß ein Europa der Krämer am Entstehen sei. Unversöhnlich prallen die Gegensätze aufeinander: Großraumdenken gegen Nationalstaat einerseits, Primat der Politik gegen Primat der Ökonomie andererseits. Kein Kompromiß ist möglich. Dort, wo die Maastricht-Verträge einen Staatenbund anstreben, aus dem vielleicht einmal ein Bundesstaat wird, orientiert sich die "Neue" Rechte am alten Reichsmodell. Nicht am Dritten Reich selbstverständlich, das in ihren Augen eine Perversion des Reichsgedankens darstellte, da Hitler ein deutsches Europa wollte und nicht ein europäisches (Pierre Drieu La Rochelle). Sondern am Römischen Reich und am Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. In beiden habe es eine Dialektik von Zentralität und Subsidiarität gegeben, sei eine Idee das einigende Band gewesen und nicht die Zugehörigkeit zu einer Nation, einem Volk oder einer Rasse.

Daß mit diesen historischen Bezugspunkten die Probleme der konkreten Ausgestaltung einer künftigen politischen Einheit Europa noch nicht gelöst sind, versteht sich von selbst. Denn natürlich geht es nicht um ein Zurück zu den historischen Vorbildern, sondern um deren Adaption an die Erfordernisse der Zukunft. Robert Steuckers bringt dies im Interview mit der "Jungen Freiheit" (12/97, S.3) auf folgenden Nenner: "Die Schlüsselbegriffe der Zukunft lauten: Symbiotik, Kybernetik, Synergien, Gemeinschaft, Kommunitarismus, Körperschaft, Bioregionalismus, Ortsgebundenheit und so weiter." All dies könne im Reich zum Leben erweckt werden, nicht jedoch in der überholten Organisationsform der Nation, die ein typisches Produkt der Moderne (und also der Französischen Revolution und der Ideen der Aufklärung) gewesen sei. Die magische Jahreszahl 1989 markiere jedoch zugleich einen Epochenbruch: das Ende eben dieser Moderne. Postmoderne Zeiten jedoch erfordern postmoderne Lösungen, eben das Reichsmodell für Europa, ein "Imperium ohne Imperialismus", denn selbstverständlich werde anderen Großräumen mit anderen kulturellen, religiösen, politischen etc. Traditionen ein eigenständiger Entwicklungsweg zugestanden. Homogenisierung sei ein Kennzeichen der Nation, der weltweite Anspruch der USA deren konsequentester Ausdruck.

Eines aber ist allen Ansätzen gemeinsam: die USA sind der zu bekämpfende Hauptfeind, die Mächte des Landes (Europa) müssen sich gegen die der See (USA) zusammenschließen.

Föderale und regionale Ansätze, die den Menschen einen identitären Bezug liefern, seien dagegen dem Reich eigen.

Hier unterscheidet sich die "Neue" Rechte von traditionellen Ansätzen, die aus der Konservativen Revolution übernommen wurden und noch in der Nachkriegszeit weiterwirkten. So hatte der belgische Nationalbolschewist Jean Thiriart im Föderalismus stets nur einen Störfaktor gesehen. Andere Ansätze dagegen werden aufgegriffen und den aktuellen Erfordernissen angepaßt. Dies gilt besonders für die durch Karl Haushofer geprägte Geopolitik und sein Modell eines "eurasiatischen Kontinentalblocks". Bezeichnenderweise gehört zu den wenigen Büchern der deutschsprachigen extremen Rechte, die durch die Nouvelle Droite übersetzt wurden, auch das Werk des durch Haushofer geprägten österreichischen Generals Heinrich Jordis von Lohausen "Mut zur Macht. Denken in Kontinenten", das 1996 in einer überarbeiteten und aktualisierten Fassung im Hausverlag des GRECE erschien. Auch das zweite in diesem Zusammenhang zu nennende Werk hat Europa zum Thema. Sigrid Hunkes "Europas eigene Religion" sieht die Spiritualität als einen wichtigen Faktor für eine europäische Identitätsbildung.

Als von ungebrochener Aktualität erweist sich auch die Großraumtheorie des Staatsrechtlers Carl Schmitt, der bereits in der NS-Zeit an einer Entsprechung zur US-amerikanischen Monroe-Doktrin arbeitete und ein "Interventionsverbot für raumfremde Mächte" forderte. Im Klartext: Wir Europäer regeln unsere Angelegenheiten selbst. Und was unsere Angelegenheiten sind, das bestimmen wir. Und nur wir. Dieser Ansatz hat auch Ausstrahlungskraft über die "Neue" Rechte hinaus. So referierte der Frankfurter Günter Maschke, ein Überläufer aus der Linken, im Juni 1993 in Rom zu diesem Thema beim 4. Symposium der Zeitschrift "Pagine Libere" der MSI-nahen gelben Gewerkschaft CISNAL. Armin Mohler, einer der intellektuellen Lehrmeister der "Neuen" Rechten unterstreicht, daß die Nation bei Schmitt nur eine untergeordnete Rolle gespielt habe, sein Großraumdenken vielmehr eine Zwischenstufe zwischen Staat und Reich dargestellt habe. Was einen Teil seiner heutigen Aktualität ausmacht.

Noch ist die "Neue" Rechte weit von einer einheitlichen, kohärenten Europakonzeption entfernt. Während Robert Steukers aus geopolitischen und geostrategischen Gründen von einer "europäischen Polyarchie einschließlich Rußlands bis zur Beringstraße" ("Nouvelles de Synergies Européennes Nr.18, 1996, S.24) träumt, schwankt sein russischer Freund Dugin zwischen einen Europa mit Rußland als Hegemonialmacht und einem rein russischen Weg, der gegen die ideologischen Bazillen des Abendlands immunisieren soll. Dies sind nur zwei der gegenwärtigen zahlreichen Bruchlinien in Bezug auf die Europakonzeptionen. Eines aber ist allen Ansätzen gemeinsam: die USA sind der zu bekämpfende Hauptfeind, die Mächte des Landes (Europa) müssen sich gegen die der See (USA) zusammenschließen. So wie es Alain de Benoist bereits 1982 in seinem Bändchen "Die entscheidenden Jahre" in Anlehnung an Carl Schmitt zum Ausdruck brachte: "Als Europäer befinden wir uns auf der Seite der Kontinentalmacht, auf Seiten des Herrn des Festlandes gegen den des Meeres. Wir sind die natürlichen Gegner der Seemacht, der amerikanischen Seemacht. Amerika ist kein neues Rom, sondern ein neues Karthago. Wir werden immer für Rom und gegen Karthago sein." (S.82) Das "Dritte Rom" (Moskau) hat inzwischen seine Macht verloren, ist zu einem riesigen Wurmfortsatz Europas herabgesunken. Die Zielsetzung kann deshalb neu bestimmt werden: Vorwärts zur Weltmacht Europa!

Lars Maischak

"Eine Verschwörung gegen amerikanische Familien"

Autoritarisierungstendenzen in den USA

Autoritäres Gedankengut kommt in den USA mit einem ungewohnt freundlichen, freiheitsliebenden Gesicht daher. Der „freundliche Faschismus"[1] ist widersprüchlich. Der kompromißlose, individualistische Freiheitsdrang der ländlichen Milizbewegungen geht Hand in Hand mit der selbstverständlichen Forderung nach Repression gegen „Andersartige". Die Betonung der Solidarität in der eigenen Gemeinschaft, sei sie durch Hautfarbe, durch Sprache oder durch Religion begründet, geht einher mit der Forderung nach uneingeschränkter Konkurrenz in der Gesellschaft als ganzer. Die Ablehnung der Staatsgewalt wird begleitet von einem enthusiastischen Bekenntnis zur privaten Gewalt. Der Zerfall der Gesellschaft in „rackets", bewaffnete Banden, wie ihn schon Adorno und Horkheimer beschrieben, scheint sich neuerlich zu bestätigen[2]. Eine Gegenbewegung, die ihren Ausgang in den 60er Jahren nahm, kommt damit zum Ende. Ironischerweise hat sie der jüngsten Entwicklung manche Stichworte geliefert, vor allem das der "Differenz".

Familienwerte und Sozialstaatsabbau

Die Betonung traditioneller Identitäten hat Konjunktur. Während in den 60er Jahren das Prinizip der juristischen Gleichheit von Männern und Frauen, Schwarzen und Weißen durchgesetzt wurde, steht heute die Rückbesinnung auf Besonderheit und Eigenart auf der Tagesordnung. Die „Promise Keepers", eine protestantische Männerbewegung, sind die neuste Erscheinung dieser Art. Ihre öffentlichen Versammlungen sind Festivals der Sensibilität: Männer weinen, bekunden ihre Liebe zueinander, und üben Reue für ihre Verfehlungen gegen ihre Frauen und Kinder. Diese männerbewegten Elemente sind jedoch nur ein zeitgemäßes Sahnehäubchen auf einem Bodensatz ganz traditoneller patriarchalischer Vorstellungen. Der Zweck der Übung nämlich, ist die „Schaffung starker Ehen und Familien durch Liebe, Schutz und biblische Werte."[3] Die Mitgliederschaft dieser Bewegung, deren Kern männerbündische Brüdergemeinschaften bilden, ist innerhalb der letzten sechs Jahre von 4.200 auf 1,1 Mio. angewachsen. Die Bestätigung der traditionellen Männerrolle ist Teil des „Backlashes"[4] gegen die Errungenschaften der Frauenbewegung.

Der Siegeszug des Postfordismus in den USA scheint ungebrochen: „Downsizing", der Euphemismus für Massenentlassungen, ist in aller Munde. Zugleich jedoch herrscht im ganzen Lande ein Arbeitskräftemangel, insbesondere in den blühenden Zentren der Hochtechnik-Industrie und im Dienstleistungsbereich. Die Zeit der männlichen, weißen Facharbeiter ist jedoch vorüber. Die Arbeitnehmerschaft im Dienstleistungsbereich ist überwiegend weiblich und nichtweiß[5]. Insgesamt sind die Reallöhne der amerikanischen Beschäftigten in den vergangenen zwanzig Jahren gesunken. Viele Arbeitnehmer haben sich mit dieser Lage notgedrungen abgefunden. Manche arbeiten in zwei oder drei Beschäftigungsverhältnissen, um sich und ihre Familien zu ernähren. Ein „family wage", ein Einkommen, mit dem ein männlicher Haushaltsvorstand seine Familie versorgen kann, läeßt sich mit einem Job kaum noch verdienen. Die ökonomische Basis des Patriarchats ist gefährdet. Da liegt es nahe, seine ideologische Basis verstärken zu wollen.

Die Republikaner verkünden die Wiederbelebung der amerikanischen Familie spätestens seit ihrem überraschenden Wahlsieg bei den Kongreßwahlen im Herbst 1994, die sie zur Mehrheitspartei im Parlament und Newt Gingrich zum Srecher des Repräsentantenhauses machten. In ihrer Polemik gegen „Big Government", die zu groß und mächtig gewordene Regierung, sprechen sie für Deregulierung und einen Abbau des Wohlfahrtsstaates. Die Popularität dieser Propaganda unter weißen Wählern beruht weniger auf der Unpopularität staatlicher Transferleistungen wie Agrarsubventionen oder Katastrophenhilfe, als vielmehr auf der deutlich rassischen Einfärbung der republikanischen Positionen. In der Sprache der Rechten sind es alleinerziehende Mütter, die Sozialleistungen „mißbrauchen". Der durchschnittliche Weiße denkt an „Schwarze", wennn er „Alleinerziehende" hört. Die Zuschreibung von Immoralität gehört fest zu den klassischen Rassestereoptypen. „Familie" ist immer weiß. Rassismus und religiöser Fanatismus gehen hier eine besonders unheilige Allianz ein.

Unter den Republikanern im Kongreß befindet sich derzeit nur noch ein Schwarzer. J.C. Watts aus Oklahoma hatte im Februar diesen Jahres die ehrenvolle Aufgabe, die Antwort der Opposition auf die Rede des Präsidenten zur Lage der Nation zu geben. In wenigen Worten beschreibt er die Klammer, die die Rechte, schwarz wie weiß, zusammenhält: „Es ist unsere Mission, Euch zu Hause die Macht zurückzu-

geben, wo Mütter und Väter sie in Übereinstimmung mit ihrem Glauben ausüben können."[6] In diesem prägnanten Satz ist alles enthalten, was von den schwarzen Nationalisten über die rechtsradikalen Milizen bis zur republikanischen Kongreßfraktion allen heilig ist: Glaube, Familie und Mißtrauen gegen den Staat.

„Unsere Nation hat 5 Billionen US-Dollar ausgegeben, um die Armut zu bekämpfen. Stattdessen haben wir sie nur noch weiter verbreitet: Wir haben die Selbstachtung von Millionen Menschen zerstört, haben sie zermalmt, mit einer Sozialbürokratie die Mütter bestraft, wenn sie den Mann ihrer Kinder heiraten."[7] Dass „Almosen" der Selbstachtung abträglich sind, weil Selbstachtung sowohl Ergebnis als auch Bedingung einer eigenständigen, wenn nicht selbständigen ökonomischen Existenz ist, ist ein tief verwurzelter Glaube in den strikt protestantischen Schichten, schwarz wie weiß. Der Stolz der Siedler, die ohne die Hilfe staatlicher Strukturen ihre Gemeinden aufgebaut haben, die sich „ihren" Staat überhaupt erst gegen die Briten erkämpft haben, ist in dieser Auffassung aufgehoben. Zugleich ist es das sozialdarwinistische Bild des Unternehmers, und damit das Selbstbild vieler Angehöriger der Mittelschichten. In der Praxis ist diese Ideologie die Legitimation für die völlige Aufgabe des mageren Sozialstaates. Durch Lebensmittelmarken, Heilfürsorge und Kindergeld glich der Staat bislang wenigstens zum Teil noch aus, was die fortdauernde Diskriminierung von Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt an Ungleichheiten erzeugt. Durch die Sozialhilfereform ist dieses Stück Verantwortung aufgegeben worden. Der Kern dieser Politik ist die feindselige Vernachlässigung der Randständigen durch die gesellschaftliche Mehrheit. Laut einer aktuellen Umfrage wenden sich sechzig Prozent der weißen Amerikaner gegen staatliche Programme zur Minderheitenförderung[8]. Wer für eine anständige Familie sorgt, der braucht auch keinen Sozialstaat.

Auch die Rücknahme der Antidiskriminierungsgesetzgebung der 60er Jahre (affirmative action) entspringt einer Parzellierung und Abgrenzung der gesellschaftlichen Gruppen, die sich "auf sich selbst besinnen". Höhere Bildungsanstalten und Leitungspositionen in Wirtschaft und Politik begannen in den vergangenen dreißig Jahren für Frauen und Schwarze zugänglicher zu werden. Nun kehrt sich der Trend um. Die Vorreiterrolle für diesen Aspekt des Backlash hat der Staat Kalifornien inne. Dort haben die Wähler seit 1994 eine Reihe reaktionärer Volksbegehren zugestimmt, die Frauen- und Minderheitenrechte einschränken. Den Anfang machte das Volksbegehren No. 187 im Jahre 1994, das vorsah, illegalen Einwanderern staatliche Gesundheits- und Sozialleistungen vorzuenthalten. Hier schob der Oberste Gerichtshof zunächst einen Riegel vor. Im vergangenen Jahr siegte dann die „Kalifornische Bürgerrechtsinitiative"[9] mit ihrem Volksbegehren No. 209. Vierundfünfzig Prozent der Wähler stimmten für dieses Gesetz, das staatlichen Stellen jede „positive Diskriminierung" auf der Basis von Rasse oder Geschlecht verbietet. An die Stelle der Förderprogramme soll erneut das reine „Leistungsprinzip" treten. Schulnoten reflektieren jedoch nur den Stand der sozialen Ungleichheit zwischen den ethnischen Gruppen. Der Notenschnitt nicht-Weißer Schulabgänger liegt um zwei Punkte unter dem der Weißen[10]. Wo Schulen vom Steueraufkommen der Kommune abhängen, und die armen Kommunen die der Minderheiten sind, überrascht diese Statistik nicht.

Als Folge veränderte sich beispielsweise das Gesicht der Studentenschaft an der Juristischen Fakultät der Universität von Kalifornien zu Berkeley dramatisch. Die Zahl neu zugelassener Schwarzer sank von 1995 auf 1996 um achtzig Prozent[11]. Bei den spanischsprachigen Amerikanern ging die Zahl um fünfzig Prozent zurück[12]. Doch auch Privatunternehmen sind betroffen, da Bundesstaaten oft auch hier kostenunabhängige Auftragsquoten an Betriebe vergeben, die im Besitz von Minderheitenangehörigen sind.

Paranoia im Wilden Westen

Der Kampf um Quoten und Förderprogramme hat einen konkreten Kern. Die weiße Wählerschaft schafft mit dem Stimmzettel Fakten im Konkurrenzkampf um Jobs und Chancen. Weniger konkret ist der Gegenstand der verschiedenen rechtsradikalen Milizbewegungen. Ein beständiges Thema der amerikanischen Politik in einem strukturellen Sinne ist die Paranoia,. Es ist nicht nur die „Angst, daß irgendwer, irgendwo, irgendwie Spaß hat", wie sie der Puritanismus hegt, sondern die Angst, jemand habe Macht über das eigene Leben, und man könne nichts dagegen unternehmen[13]. Diese Angst ist natürlich insofern nicht unberechtigt, als in der Tat in der bürgerlichen Gesellschaft Menschen jederzeit anonymen Abstraktionen ausgesetzt

sind, denen sie individuell nicht entgegensetzen könne - insbesondere Markt, Wert und Staat[14]. Insofern sie dies nicht erkennen, richtet sich ihre projektive Energie auf andere Objekte. Im weiten Westen der USA gehört das meiste Land der Regierung, und zwar seit sie es von den Indianern erobert hat. Der Interessenkonflikt zwischen lokalen Farmern und Bergbauunternehmen und den Bundesbehörden um Berg- und Weiderechte, zwischen Umweltschutz und Nutzung, wird zunehmend unter dem Banner von Verschwörungstheoretikern ausgetragen[15]. So kämpft man zwar gegen den Staat, doch sieht man hinter dem Staat eine Weltverschwörung aus Juden oder Freimaurern agieren, die sich mittels der Vereinten Nationen die Kontrolle über die Bundesregierung angeeignet haben. Und nicht nur im Wilden Westen gilt den Milizen der Staat als Agent fremder Mächte. So führte der Attentäter von Oklahoma City, Timothy McVeigh, ein Kultbuch der Szene mit sich, in dem es heißt: „Wir haben zugelassen, daß teuflisch schlaue, fremde Minderheiten unseren Geist und unsere Seelen in Ketten legen."[16] Immer wieder in den vergangenen Jahren verschanzten sich Angehörige rechtsradikaler „Milizen" in abgelegenen Gehöften, die sie zu „befreiten Gebieten" erklären. In Montana wurde eine Gruppe von „Freeman", die in verschiedenen Bundesstaaten aktiv sind, tagelang vom FBI belagert, bevor sie sich schließlich ergab. Neben geplanten Attacken gegen Bundesbedienstete wurde ihnen vor allem Scheckbetrug vorgeworfen. Der antisemitische und verschwörungstheoretische Hintergrund der Freeman wurde noch einmal zu Beginn des Gerichtsverfahrens im vergangenen März deutlich. Einer fragte den Richter „Wo halten Sie Ihre Blutopfer ab?"[17] Nicht immer kommt es jedoch zur Konfrontation mit der Staatsmacht. In den meisten Fällen sind die Gruppen schlau genug, sich diese Auseinandersetzung zu ersparen. Seit dem Bombenanschlag von Oklahoma City im April 1995 hat die Zahl der rechtsradikalen Milizgruppen um sechs Prozent zugenommen und liegt nun bei über dreihundertundachtzig[18].

Schwarzer Nationalismus

Am 16. Oktober 1995 mobilisierte die schwarze Nationalistengruppe „Nation of Islam" Hunderttausende schwarze Männer zu einem „Marsch auf Washington". Im Gegensatz zu den großen Bürgerrechtsdemonstrationen der 60er Jahre war dies jedoch keine politische Demonstration, sondern ein „Tag der Besinnung". Keine politische Demonstration? Louis Farrakhan, der geistliche Kopf der Nation of Islam (NOI), sieht seine Organisation als religiöse und soziale Gemeinschaft. Sein Programm ist ein Aufruf an die schwarzen Männer, Verantwortung für sich und ihre Familien zu übernehmen. Das Bild wirkt vertraut. Das Programm der weißen Täter reproduziert sich spiegelbildlich auf Seiten der Opfer.

Jüngere Tendenzen lassen den Schluß zu, daß die Zeit der Hegemonie des integrationistischen Liberalismus in der schwarzen Bevölkerung vorüber ist[19]. Das Revival des schwarzen Nationalismus, unter den Vorzeichen des Antisemitismus und der „Familienwerte", ist unübersehbar. So nahm sich etwa im März vergangenen Jahres das lokale „Marsch-Komitee" von Denver des Problems schwarzer Jugendbanden-Krimininalität an. Jamal Muhammed, der örtliche Repräsentant der NOI, hielt den Gästen einer öffentlichen Versammlung eine Standpauke: „Unsere Kinder bringen einander um. Ihr könnt nicht den weißen Mann dafür verantwortlich machen. Es ist Zeit Verantwortung zu übernehmen, schwarzer Mann!" Joe Rogers, ein Anwalt, der zu einer neuen Generation schwarzer Politiker bei den Republikanern gehört, pflichtete ihm bei: „Wir müssen vorausblicken und gemeinsame Werte betonen: Harte Arbeit, Verantwortung für die Familie und Verantwortung für die Gesellschaft."[20] Mit ausdrücklicher Zustimmung der Marsch-Aktivisten verstärkte die Polizei in Denver ihre Kontrollen schwarzer Jugendlicher auf der Straße. Der Rückgang von Überfällen und Brandstiftungen wurde vom schwarzen Bürgertum als positiver Effekt der moralischen Appelle, aber auch des harten Durchgreifens der Behörden gewertet.

Die Durchsetzung von Recht und Ordnung überläßt die NOI nicht immer der Polizei. Manchmal faßt sie auch selber an. So betreibt die Organisation Wachdienste unter verschiedenen Namen. Nicht selten gelang es der NOI in der Vergangenheit, ihre Mannschaften als offiziellen Wachdienst in schwarzen Sozialbauten verpflichten zu lassen. Solche Wachverträge sind mitunter lukrativ. Im New Yorker Sozialwohnungs-Ghetto Ocean Towers belief sich der Umfang des Vertrages auf 360.000 US-Dollar im Jahr. Auch hier erweist sich die NOI als bereitwilliger Erfüllungsgehilfe einer autoritären Politik der Ruhigstellung der schwarzen Bevölkerung. Einen Teil der Jugendlichen holt sie von der Straße, steckt sie in Anzüge, unterweist sie im legalen Waffengebrauch und bringt ihnen Manieren bei; den verbleibenden Teil überwacht sie dann. Als sich auf Druck jüdischer Politiker der Gouverneur des Staates New York, der Republikaner Pataki, dazu entschloß, den Vertrag mit Farrakhans Anhängern in Ocean Towers zu kündigen, erntete er einen haßerfüllten Kommentar des NOI-Vertreter Conrad Muhammeds: „Polonetsky (der Abgeordnete, der den Wahlkreis vertritt, in dem sich Ocean Towers befindet) ist ein schnottennasiger jüdischer Politiker. Der Gouverneur hat sich dem Willen dieser Lobby gebeugt."[21] Die Bewohner von Ocean Towers konnte er sicher zum Teil hinter sich wissen, denn ihnen gefiel zunächst der Zuwachs an „Sicherheit".

Für die meisten Schwarzen ist dabei die neue Betonung der Eigenart plausibel. Heute besuchen weniger schwarze Kinder Schulen, in denen eine Mehrheit weiß ist, als in den 60er Jahren. Die Stadtflucht der Weißen hat längst zu einer effektiveren Segregation geführt, als es staatliche Gesetze im alten Süden vermochten[22]. Es liegt nahe, sich auf die eigenen Ressourcen zu besinnen, wenn die dominante gesellschaftliche Gruppe einem so deutliche Signale der Zurückweisung gibt.

Der neue nationale Konsens ?

Gerade in der Betonung der Eigenart nähert sich der schwarze Nationalismus, paradoxerweise, dem weißen Rassediskurs wieder an. Für ihre Betonung von harter Arbeit und Verantwortung kann sich die NOI des Beifalls der Republikaner sicher sein. Während des Präsidentschaftswahlkampfes im Herbst vergangenen Jahres nannte der republikanische Vizepräsidentschaftskandidat Jack Kemp die Positionen des NOI-Führers Farrakhan „wundervoll". „Es ist bemerkenswert, daß immer mehr schwarze Pfarrer die Männer auffordern, verantwortungsvolle Väter zu sein und ihre Gattinnen und Frauen zu respektieren."[23] Es ist ein weiteres Paradox, daß politische Formen der Neuen Linken - befreite Räume, ein "Graswurzel"-Ansatz, und kulturelle Formen der politischen Artikulation - nun von der Neuen Rechten erfolgreich angewandt werden.

In ihren Widersprüchen ist die amerikanische Variante des

Autoritarismus die Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer puren Form. Seine Widersprüche sind ihre Widersprüche. Ein Begriff der individuellen Freiheit, der auf Repression hinausläuft, ist der Begriff der bürgerlichen Freiheit, in der der Staat es den Individuen erlaubt, sich ohne seine Einmischung im alltäglichen Konkurrenzkampf Gewalt anzutun. Ein Begriff der Gemeinschaft, der auf Ungleichheit hinausläuft, ist der Begriff des Volkszugehörigen, der dem bürgerlichen Subjekt seine notwendige Form verpaßt. In einem nach wie vor aktuellen Aufsatz bemerkte Wolf Wagner schon 1977, daß die wirkliche Vergesellschaftungsinstanz dieser fragmentierten Gesellschaft der Markt ist. Der Konkurrenzkampf zwischen rassisch und religiös konstituierten Kollektiven vermittelt die reale kapitalistische Konkurrenz[24]. Solange dieser Mechanismus nicht durchschaut wird, wird die amerikanische Gesellschaft verdammt sein, in regelmäßigen Abständen die Rituale des Kulturkonfliktes durchzuspielen - mit gelegentlich blutigen Konsequenzen. Im Gegensatz zu Deutschland, gibt es in den USA immerhin eine relevante progressive Position die gegen das Konkurrenzprinzip als solches argumentiert. Sie hat in den größten Gewerkschaften prominente Vorkämpfer. Der jüngste Streik der Transportarbeiter, der „Teamsters", wurde in diesem Geiste ausgefochten. Hier mag diese Erwähnung genügen, um zu vermeiden, daß sich das deutsche Klischee über die USA, es gäbe dort keine Linken, allzu bequem macht.

Anmerkungen:

1 Vgl. Bertram M. Gross, Friendly Fascism. The new Face of Power in America, New York 1980.

2 Vgl. Horkheimer/Adorno, "Elemente des Antisemitismus", These VII, in: Dies., Dialektik der Aufklärung, New York 1944.

3 Time, 07.10.97, 34-40.

4 Vgl. Susan Faludi, Backlash. The undeclared War against American Women, New York 1991.

5 Vgl. Boy Lüthje und Christoph Scherrer, Zwischen Rassismus und Solidarität, Münster 1997.

6 New York Times (NYT), 05.02.97, A 1:4 und A 18:1.

7 NYT, 05.02.97, A 1:4 und A 18:1. Watts sprach von „trillion dollars", also tatsächlich Billionen. „Billion" im am. Engl. hingegen = Milliarde.

8 Time, 23.06.97, 35.

9 Dieser Name ist natürlich Etikettenschwindel. Mit den Bürgerrechten, die in den 60ern erkämpft wurden, hat diese Gruppe nur zu tun, insoweit sie sie zurücknehmen will. Vgl. Time, 23.06.97, 32-36.

10 Time, 21.07.97, 39.

11 Time, 02.06.97, 48.

12 Time, 23.06.97, 34.

13 Richard Hofstadter, „The Paranoid Style in American Politics", in: ders., The Paranoid Style in American Politics and Other Essays, New York 1965, S. 3-40.

14 Vgl. Karl Marx, Die Deutsche Ideologie.

15 Time, 07.07.97, 89-91.

16 William Pierce, The Turner Diaries. Dieses Buch, das sich unter den Milizionären großer Verbreitung erfreut, liefert einen kondensierten Aufguß der geschilderten Weltsicht. Es wurde nach dem Anschlag von Oklahoma City auch bei McVeigh gefunden und spielt eine wichtige Rolle im derzeitigen Indizienprozeß gegen ihn.

17 NYT, 26.03.97, A 18:1.

18 NYT, 05.03.97, A 15:1.

19 Vgl. Ulrike Heider, Schwarzer Zorn und Weiße Angst. Reisen durch Afroamerika, Frankfurt 1996.

20 NYT, 25.03.96, A 12:1.

21 NYT, 22.09.96, I 42:4.

22 Time, 21.07.97, 39.

23 NYT, 10.09.96, A 24:1.

24 Wolf Wagner, „USA - ein Land der Gleichheit und Happiness. Ein Erklärungsversuch zur Langlebigkeit der amerikanischen Alltagsideologie", in: Leviathan 1/1977, 100-114.

Katharina Vogelmann

rage against the machine

Verschiedene Versuche der Vergangenheitsbewältigung

Was bedeutet es für eine Nation, ihre Vergangenheit aufzuarbeiten? Wahrheitskommissionen in Ruanda, Südafrika und auf dem Balkan sollen Täter und Opfer eines blutigen Bürgerkrieges feststellen. In Brasilien sind es die Angehörigen der „Verschwundenen", Gefolterten, Hingerichteten, die selbst Kommissionen bilden, um die Wahrheit zu erfahren und sie hören nicht auf, Wiedergutmachung zu fordern. Das Hamburger Institut für Sozialgeschichte initiiert in Zusammenarbeit mit Klaus Dörner ein großangelegtes Projekt, alle Dokumente der Nürnberger Folgeprozesse zusammenzutragen und zu veröffentlichen. Die Nachforschungen in den Gemeinden, den psychiatrischen Einrichtungen rühren auf, stören das Bedürfnis zu schweigen und es gibt viele Gründe der Täter und der Opfer weshalb sie lieber schweigen wollen. Das Entscheidende der verschiedenen Versuche der Vergangenheitsbewältigung ist die Hoffnung auf Aussöhnung, Genugtuung durch eine gemeinsame Wahrheitsfindung, verbunden mit dem Wunsch, daß dadurch der Greuel ein Ende haben möge. Sämtliche Versuche scheinen sinnlos angesichts der Wirklichkeit, daß Täter im Amt bleiben, juristische und exekutive Institutionen weitermachen wie gehabt. Hier scheint die Crux zu liegen. Auf welche Weise gelingt es, die institutionalisierte Gewalt umzustrukturieren, neuzugestalten, um eine systematische Weiterführung zu unterbrechen. Wie schafft es eine Gesellschaft, die ja nicht Großteile ihrer Bevölkerung hinter Gitter bringen kann, mit den Verantwortlichen und den Befehlserfüllern weiterzuleben. Das Anliegen der Opfer bleibt noch über Generationen erhalten, befördert Fragen, Opfer und Tätermythen aber auch gesellschaftliche Kräfte des Wandels.

Deutschland, das große Schweigen

Die wichtigste Rolle von Kriegsverbrecherprozessen ist die Individualisierung von Schuld. Karl Jaspers drückte dies 1946 anläßlich der Nürnberger Prozesse so aus, daß die besonderen Verbrechen der Führung deutlich werden und nicht alle Deutschen kollektiv verurteilt werden. In Analogie zu Nürnberg sollen die Prozesse in Den Haag also nicht Serben, Muslime oder Kroaten auf die Anklagebank setzten, sondern vielmehr die Verbrechen von der Bevölkerung trennen und die Schuld dorthin verteilen, wo sie hingehört, auf die Schultern der Einzelnen. Dennoch müssen die Prozesse versagen, weil nicht alle Schuld ihre Abnehmer findet. Die Kleinen zahlen für die Verbrechen der Großen. Leider löst sich durch die Prozesse die Verbindung von Individuum und Nation nicht auf, Nürnberg hat es nicht zustandegebracht, die Welt hält die Deutschen für kollektiv verantwortlich und die Deutschen selbst auch. Die Ansprüche an einen solchen Prozess sollten also nicht allzu hoch gesteckt werden. Der Gewinn aus den gerichtlichen Vorgehen liegt am ehesten darin, daß Beweismaterial dadurch Legitimität bekommt, eine Verleugnung und Abwehr dadurch erschwert wird. Der Aufwand, Täter zu benennen blieb erhalten, auf Nürnberg folgten die Kriegsverbrecherprozesse in den sechziger Jahren. Es gab viele weitere Konfrontationen mit dem Holocaust, tausende von Büchern, millionenfache Schülerbesuche in den Konzentrationslagern, die nächsten Generationen haben die Auseinandersetzung aufgenommen. Ein weiteres Projekt zur Vergangenheitsbewältigung ist die „Edition der Quellen des Nürnberger Ärzteprozesses"der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts auf Initiative von Klaus Dörner. Das Ziel ist die Gesamtedition der Quellen des Nürnberger Ärzteprozesses. Es war der erste der Nachfolgeprozesse, er wurde von den Amerikanern geführt und richtete sich gegen 23 leitende Persönlichkeiten des nationalsozialistischen Gesundheitswesens. Die Angeklagten waren an Menschenversuchen und an der Eutanasie-Aktion beteiligt. Im Rahmen der deutschen Psychiatriegeschichte wurde bereits über die Machenschaften der Psychiater im Nationalsozialismus geschrieben und exemplarisch darauf hingewiesen, wie wenig es in den Einrichtungen nach dem Krieg an Auseinandersetzung und Konsequenzen gab. Der Hebel, sich nun doch etwas eingehender mit dieser Vergangenheit zu befassen, wurde über die Frage der Finanzierung angesetzt. Die Bundesärztekammer wurde angesprochen, doch trotz einer Reihe positiver Gutachten der Medizinhistoriker scheiterte das Vorhaben. Der nächste Versuch galt der ärztlichen Basis, und es gelang tatsächlich, das Projekt zu realisieren, weil etwa 5% der Aufrufe an 320.000 Ärzte mit einer Spende beantwortet wurde.

Die Edition wird 28.000 bis 30.000 Seiten umfassen, weshalb sie auf Microfiche erscheint. Sie läßt sich in drei Haupt-

komplexe untergliedern: das Wortprotokoll des Prozesses, das die Dynamik und Entwicklung des Prozesses wiedergespiegelt, alles fand auf englisch und deutsch statt. Der zweite Teil besteht aus 570 Anklagedokumenten der Nürnberger Aktenserien, die sich aus Einzelakten aus nationalsozialistischen Originalbeständen zusammensetzen, wie z. B. dem Persönlichen Stab des Reichsführers SS. Der dritte Hauptteil bildet die Materialien der Verteidigung, Dokumente mit dem entlastenden Material, z. B. eidesstattliche Erklärungen von ehemaligen Kollegen der Angeklagten. Um diese umfangreiche Material benutzbar zu machen, werden eine Reihe von Registern angelegt, diese werden zusammen mit der Einleitung in Buchform erscheinen. Das Entscheidende bei dem Projekt ist möglicherweise der Prozeß der Suche nach dem Material, das an keiner Stelle komplett vorliegt. Viele Einzelne und ganze Institutionen werden involviert sein, Stellung nehmen, Rechenschaft ablegen. Der andere Aspekt betrifft die Diskussionen und Forschungen der bundesdeutschen Historikern. Im Sinn der Wahrheitssuche erschien es ihnen sinnvoll, möglichst Dokumente im Original herauszugeben.

Brasilien, die Kontinuität der Gewalt

Man geht davon aus, daß Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung verknüpft sind. Es stellt sich allerdings die Frage, inwiefern das möglich ist. Selbst wenn die Wahrheit bestimmbar ist, ist sie nicht gleichzeitig quälend und wird es nicht fragwürdig, daß dadurch, daß man es geschafft hat, sie aufzudecken, Wahrheit die Fähigkeit zu Heilung und Versöhnung beinhaltet. Die lateinamerikanischen Mütter bestehen darauf, daß es keine Heilung gibt, die Toten werden nicht mehr lebendig, ihre Leichname bevölkern als Untote die Wirklichkeit der Lebenden. Die Gefolterten tragen die furchtbaren Bilder der Vergangenheit täglich in die Gegenwart, die Vergangenheit ist keineswegs vergangen. Was also ist Wahrheit? Man sollte unterscheiden zwischen der Wahrheit der Tatsachen und der moralischen Wahrheit, zwischen Geschichten, in denen berichtet wird, was geschah und Geschichten, die zu erklären versuchen, warum etwas geschah und wer verantwortlich ist. Fakten aufzuklären über Verschwinden, Folter und Mord Tausender ist vergleichsweise einfach. Es macht Sinn, denn es gibt den Angehörigen und Freunden den Trost, zu wissen, was mit denen, die aus ihrem Leben verschwunden sind geschehen ist, nicht mehr und nicht weniger. Die Menschen haben das Bedürfnis zu erfahren, was war und ziehen die Grausamkeit der Tatsachen dem falschen Trost des Nichtwissens vor. In diesen Zusammenhang gehören die brasilianischen Angehörigen, die in Kommissionen Informationen über Verschwundene und aus politischen Gründen Getötete sammeln. Sie haben keine offizielle Unterstützung seitens des Staates nach dem Militärregime, obwohl seit 1985 eine Zivilregierung an der Macht ist. Mehr als 20 Jahre nach dem „Verschwinden" wollen die Familien immer noch die Wahrheit über das Schicksal ihrer Verwandten erfahren. Die Amnestie der Regierung ohne volle Enthüllung oder Entschädigung für die Opfer stellte keine Lösung dar, es wurde vermieden, die Vergangenheit zu untersuchen und so ging die Suche nach der Wahrheit durch die Kommissionen weiter. Sie beschränken sich nicht auf die Aufdeckung der vergangenen Verbrechen sondern fordern eine Entschuldigung, konkret oder symbolisch und die Verfolgung der Menschenrechtsverletzungen durch die Gerichte. Sie lehnen rein finanzielle Entschädigungen für Einzelfälle ab, sie hatten den Eindruck, daß die

Regierung versucht, sich ihr Schweigen zu erkaufen, einfach zu zahlen, um das nächste mal wieder zahlen zu können und das Buch der Geschichte zu schließen, bevor die Fakten, was während der Militärdiktatur geschah, öffentlich werden. Sich nicht auf die Entschädigungen einzulassen und nicht bereit zu sein, einen „Schlußstrich“ zu ziehen, macht diese Gruppen in manchen Kreisen unbeliebt. Viele Brasilianer haben diese Mütter, die sich nicht beruhigen können und nicht vergessen können, satt. Sie machen weiter, selbst wenn sie keine Hoffnung mehr auf eine tatsächliche Strafverfolgung haben. Zum Beispiel arbeitet die Gruppe „Tortura Nunca Mais“, (Nie wieder Folter) in Rio de Janeiro mit Ärztevereinigungen und Anwälten zusammen, um Ärzte, die an Folterungen während der Militärdiktatur beteiligt waren, aus den Berufsverbänden auszuschließen. Im Grunde genommen geht es dabei um mehr als Vergangenheitsbewältigung. Die Nichtbestrafung der Verbrechen der Vergangenheit hat Konsequenzen für die jetzige brasilianische Gesellschaft. Die Gewalt ist geblieben und die Nichtbestrafung ebenfalls. Die Angehörigen und Unterstützergruppen machen darauf aufmerksam, daß sie ihren Kampf auch weiter führen müssen. In Brasilien ist die Wahrheit nicht damit verbunden, daß irgendjemand Verantwortung für die Vergangenheit übernahm, oder eine Institution verändert wurde. Es gab kein öffenliches Schuldgeständnis, von den Folterern blieben im großen und ganzen die meisten in ihren Positionen in Regierung und anderen Institutionen. Gewaltverbrechen der Vergangenheit durch einzelne und Institutionen müssen in Verbindung zur Gewalt der Gegenwart gebracht werden. Die Militärpolizei tötete 1992 in Sao Paulo 1.470 Menschen, vergleichsweise wurde von 27 ähnlichen Fällen in New York City berichtet. Menschenrechtsverletzungen und Todesfälle in Polizeigewahrsam sind an der Tagesordnung. Während der Mehrzahl der Polizeiverhöre wird gefoltert. Erschiessßungen im Schnellverfahren durch die Polizei sind besonders bei jugendlichen Kriminellen weit verbreitet. In den letzten Jahren sind Lynchmorde und Fälle, in denen Personen die Justiz selbst in die hand nahmen, dramatisch angestiegen.
Verschiedene Aktivisten, Akademikerinnen und Autoren glauben, daß die Demokratisierung nicht umfassend genug war, um die willkürliche Gewaltanwendung der staatlichen Sicherheitsorgane zu unterbinden. Sie sehen die ehemalige Nichtstrafverfolgung in einem Zusammenhang zu dem Phänomen des „sozial begründeten Autoritarismus“. Dabei geht es nicht nur um solche, die von ihrem Beruf als Folterer nicht lassen können und angeheuert werden, um die Straßen von Brasilien zu säubern, sondern um eine Fortführung der Spirale der Gewalt durch solche die Opfer gewesen waren und nun selbst Täter werden. Der sogenannte Kampf gegen das Verbrechen, massive Polizeipräsens und hartes Durchgreifen funktioniert nicht, um das Verbrechen zu reduzieren, da das Problem nicht an den Wurzeln gepackt wird. Die Lösungswege werden benannt in der Verantwortungsübernahme, der Anerkennung der Opfer und kollektiven Strategien der Rehabilitierung, strukturellen Veränderungen der Institutionen, angefangen mit der Regierung, über die Menschenrechtsorganisationen, durch die ganze Zivilgesellschaft.

Das Vorbild Südafrika

In Südafrika sammelt die Wahrheitskommission des ehemaligen Erzbischof Tutu Zeugnisse von Opfern und Tätern der Apartheid. Tutu selbst verband damit das Ziel, „der Förderung der nationalen Einheit und Versöhnung, der Heilung eines zerrissenen, verletzten und gespaltenen Volkes.“ Die Idee der institutionell verordneten Wahrheitskommission, die gesellschaftlich getragen werden muß, macht in Afrika die Runde. Auch hier gilt, die Ansprüche nicht zu hoch zu hängen, eine Kommission der Wahrheit kann die Spaltung innerhalb der Gesellschaft nicht aufheben. Zwei Jahre sind veranschlagt, in denen Opfer von Menschenrechtsverletzungen sich von der Last ihrer Erinnerungen befreien können. Die Täter können, wenn sie ein glaubwürdiges Geständnis ablegen, einen Freispruch erreichen. Es stellt sich die Frage, inwiefern das Ziel so löblich es auch ist, damit zu erreichen ist. In dem Bild des verletzten und zerrissenen Volkes wird damit gearbeitet, daß es in der Nation eine Spaltung gibt, es bleibt die Aufteilung, in Täter und Opfer und damit die Frage, wie beide Seiten mit ihren unterschiedlichen Wirklichkeiten eine Wandlung vollziehen können. Es ging in Südafrika weniger um Minderheiten oder die Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppe, sondern um Massaker an Menschen, die nicht die gleichen Rechte hatten. Apartheid abgeleitet von einem rassistischen, sexistischen und sozial definierten Gefälle von Macht und deren struktureller Durchsetzung stellt wohl eines der schwersten Felder für so etwas wie Täter-Opfer-Ausgleich dar. Versöhnung ist die Devise, nicht Rache. Manche Täter reden von einer Hexenjagd, während viele Opfer befürchten, daß die Kommission nur Persilscheine ausstellt. Die Arbeit der Kommission wäre nicht möglich ohne das Netzwerk von Unterstützergruppen wie die Khulumani Support Group (Khulumani ist Zulu und bedeutet so viel wie „Sprich es aus“). Diese Organisation mit Sitz in Johannisburg ist getragen von Folterüberlebenden im Sinn der Selbsthilfe. Sie unterstützen einander, auch bei Zeugenaussagen vor der TRC (South African Truth and Reconciliation Commission).

Khulumani bringt als Lobby die Bedürfnisse der Opfer in das Programm der Wahrheitskommission und des nationalen Wiederaufbaus ein. Wie der Name sagt, ermuntert sie die Opfer, über vergangene Folter zu sprechen und als Organisation stellt sie eine kollektive Stimme dar. Einige erfahren erst bei Khulumani von der Möglichkeit zur Wahrheitskommission zu gehen.
Es bleibt die Frage, ob die Opfer nicht Opfer bleiben. Frederik de Klerk, der die Rassentrennung zur Staatsdoktrin erhoben hatte, spricht von der Apartheid als Irrtum. Am 2. Februar 1990 verkündete er ihr Ende. Er übernahm die Verantwortung für die Politik seiner Partei, bestreitet aber nachdrücklich jegliche Verwicklungen in Menschenrechtsverletzungen, behauptet, von Verbrechen der Nationalen Partei nichts gewußt zu haben und kündigt schließlich jegliche Zusammenarbeit mit der Wahrheitskommission auf. Angesichts der Unfähigkeit, Reue zu zeigen und Schuld zu bekennen, wurde in den Townships die Forderung laut, er solle den Friedensnobelpreis, den er zusammen mit Nelson Mandela bekommen hatte zurückgeben. Die Kleinen zahlen für die Verbrechen der Großen. Es bleibt die Hoffnung, daß die Wahrheitskommission dort tatsächlich gesellschaftlichen Erfolg haben kann, weil es bereits einen starken politischen Konsens zur Versöhnung in Südafrika gibt.

Jugoslawien, Mythen von verfeindeten Lagern

Schwieriger ist die Situation in Ländern wie dem ehemaligen Jugoslawien, in dem sich verfeindete Bevölkerungsgruppen jahrelang gegenseitig gefoltert und ermordet haben. In der afrikanischen Stadt Arusha sammelt ein Tribunal Beweismaterial zum Genozid in Ruanda. Die Schwierigkeiten sind offensichtlich, selbst im Ausland gehen die Anfeindungen der Hutus und Tutsis weiter, obwohl alle wissen, daß diese merkwürdige ethnisierende Konstruktion ein Produkt kolonisatorischer Aufteilung gewesen war, das wenig mit der eigenen gesellschaftlichen Wirklichkeit zu tun hatte. Die Konstruktion wurde zum Mythos, die Idendität wurde verknüpft mit dem Negativbild der anderen.
Das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag sammelt Beweismaterial für die Verbrechen in Exjugoslawien, nicht nur, weil solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit bestraft werden müssen, sondern weil die juristische Feststellung der Wahrheit über die Verbrechen als Schlüsselereignis für die Völker auf dem Balkan gilt. Wenn man davon ausgeht, das der Balkankrieg von 1991 bis 95 die Fortsetzung des Bürgerkriegs von 1941 bis 45 war, erscheint die Suche nach Wahrheit schwer, es existieren verschiedene Versionen, die serbische, die kroatische, die muslimische. Wiederstand gegen historische Wahrheiten ist eine Funtion von Gruppenidendität. Alle haben ihre Geschichten und ihre Helden und die Entdeckung, daß ihre Integrationsfiguren sich als Kriegsverbrecher schuldig gemacht haben, bedeutet, daß das, was man glaubte, vergiftet ist. Kein Wunder gibt es ein großes Zögern, die Kriegsverbrecher auszuliefern. Der Weg von der Wahrheit zur Versöhnung bleibt versperrt, wenn es nicht möglich wird, individuell und institutionell demokratisch genug zu sein, konkurrierende Wahrheiten überhaupt zur Diskussion zuzulassen. Es scheint fast unmöglich, daß nach Kriegen gegen die Bevölkerung, bei denen Frauen in besonderer Weise zur Zielscheibe von Mißhandlungen wurden, nach dem soldatischen Motto „rape and kill" gerade die Frauen vernichtet oder gebrochen werden, um ihre Gebärfähigkeit und Reproduktion ihrer Bevölkerungsgruppe zu zerstören, daß gerade sie irgenwelche Gedanken an Versöhnung äußern könnten. Beeindruckenderweise begegneten mir schwer traumatisierte kriegsüberlebende Frauen, die entweder pragmatisch oder öffentlich sagten, sie würden keinen anderen Weg sehen, als mit den ehemaligen Nachbarinnen wieder zu reden, mit denen sie damals unabhängig von Religion und Zugehörigkeit zusammengelebt und gearbeitet hatten, alles andere hätte keinen Sinn, weil sonst der Krieg niemals aufhört. Es ist die Auffassung von gemeinsamem Leid, das sie jeweil bei den anderen anerkennen. Über die Ursachen darf bei diesem Lösunsversuch nicht geredet werden, sie distanzierten sich von allen Parteien und Nationalismen.Das formulierten Frauen aus Ruanda und Bosnien, in Deutschland auf der Flucht, mit ihren Kindern, die sie durchbringen mußten, von den Männern wissen sie nichts, die meisten sind tot. Sie denken mit Grauen an ihre Abschiebungen in Länder voll von Tätern. Die bosnischen Frauen überlegten, sich an den Prozessen in Den Haag zu beteiligen. Verständlich fand ich ihre Bedenken, dort wieder zu Opfern zu werden; wenn die alten Wunden wieder aufgerissen werden, sie haben Angst, kaum daß sie sich halbwegs stabilisiert haben, wieder in die Konfrontation mit den verfeindeten Lagern zu begeben...

Literatur:
Leben mit dem Erbe der Straflosigkeit, Umbrüche Nr. 17/18 Okt. Nov. 1997

Die Demokratie der Toten, Michael Ignatieff, Die Tageszeitung 25. Sept. 1996

Im Kopf schlägt die Trommel, Bartholomäus Grill, Die Zeit26. Juli 1996

Projekt Edition der quellen des Nürnberger Ärzteprozesses, Angelika Ebbinghaus,1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 1, 1997

GewerkschafterInnen der IAO

Globalisierung mit der Brechstange

Die Geheimverhandlungen um das geplante "Multinational Agreement on Investment" (MAI)

Die Wölfe sind traurig. Wenn die lokalen Hyänen und Schakale es zu toll mit der Schafsherde treiben, verscheuchen die Farmer sie mit ein paar Steinwürfen. Aber wenn die Wölfe kommen, greifen die Farmer gleich zum Gewehr; sie lassen sie nur auf genau bestimmten Wegen durch die Herde und kontrollieren ihre Bäuche, wenn sie wieder gehen - ein erniedrigendes Verfahren! Und das nur, weil die Wölfe dazu neigen, gleich die ganze Herde nebst Feld und Farmer einzusaugen und woanders wieder auszuspucken. Ist das ein Grund, Wölfe zu diskriminieren? Schließlich lassen sie nicht nur leere Felder zurück; sie spucken dir auch mal eine Schafherde hin, die sie woanders eingesaugt haben. Also bitte! Gleiches Recht für alle. Bewegungsfreiheit für Wölfe.

Diese vollkommen logische Überlegung liegt dem geplanten Multilateralen Investitionsabkommen (Multilateral Agreement on Investment) zugrunde: jeder Multi soll überall auf der Welt dürfen, was jedes lokale Unternehmen darf. Das hat nicht nur arbeitsrechtliche Konsequenzen. Es bedeutet zum Beispiel den Zugang zur nationalen Forschung und zu den nationalen Ressourcen, einschließlich den natürlichen (und, dürfen wir ergänzen, genetischen). Es beinhaltet, daß es keine Handelsschranken gibt, um Multis daran zu hindern, einheimische Produktion zu unterbieten und zu zerstören. Es beinhaltet, daß Multis Kredite vergeben und damit die lokale Finanzstruktur unterhöhlen dürfen; daß Verträge, die den Erhalt von Arbeitsplätzen oder Reinvestition im Land vorschreiben, hinfällig sind. Und wo Gleichheit herrscht, sind immer einige gleicher als andere: Multis sollen zwar nach dem geplanten MAI-Vertrag in keiner Weise gegenüber lokalen Unternehmen "benachteiligt" werden, sie dürfen aber sehr wohl bevorzugt werden, ja sollten es sogar, um ihnen "gleiche Wettbewerbschancen einzuräumen". Und schließlich geht es dann gar nicht mehr um Gleichheit, sondern um eine Charta politisch-ökonomischer Rechte für multinationale Unternehmen: zu diesen Rechten soll gehören, daß die Aktivität der Multis keinen "Bedingungen" seitens nationaler Regierungen (Umweltschutz, Technologietransfer, Importquoten, lokale Zulieferer etc.) unterliegen, selbst wenn nationale Unternehmen diesen Bedingungen unterliegen.

Die Multis und die OECD-Staaten, die an diesem Abkommen arbeiten, fügen damit der bisherigen Tradition der Menschenrechte ein hübsches Kapitel hinzu, das man die "vierte Generation" nennen könnte: Nach den politischen, den sozialen und den kollektiven Menschenrechten kommen jetzt die Menschenrechte für Transnationale Wirtschaftsunternehmen. Auch wenn diese Rechte zunächst nur für die unterzeichnenden OECD-Staaten gelten würden, würden sie ganz schnell zu universalen Menschen-, pardon: Unternehmensrechten gemacht: der Beitritt eines Landes zum MAI-Vertrag wäre über kurz oder lang Bedingung für die Teilnahme am Weltmarkt in jeder Form.

Wir drucken im Folgenden die Stellungnahme von GewerkschafterInnen aus 39 Ländern Afrikas, Amerikas, Asiens und Europas, die am Rande der IAO verabschiedet wurde (auch wenn sie ein bißchen stark auf die Dimension der ArbeitnehmerInnen-Rechte fixiert ist, was bei weitem nicht die einzige Dimension ist). Uns liegt neben einem Artikelpaket eine 12seitige Stellungnahme des Canadian Centre for Policy Alternatives vor, das zuerst in den Besitz des Vertragsentwurf kam. Beides kann bezogen werden über das ITPS, August-Bebel-Str. 16, 33602 Bielefeld, 0521/67692 (T+F), oder über uns. Über eine Mitteilung von Websites, auf denen Infos zum MAI getauscht werden, würden wir uns freuen und sie weitergeben.

Wir, politisch und gewerkschaftlich organisierte KollegInnen, haben uns auf Initiative der Internationalen Arbeitnehmerverbindung anläßlich der 85.Jahrestagung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) versammelt und über die Probleme diskutiert, mit denen die ArbeitnehmerInnen in der ganzen Welt konfrontiert sind. Im Laufe unserer Debatten erhielten wir eine Information, die uns äußerst schwerwiegend zu sein scheint. Wir halten es für unsere Verantwortung, sämtliche Delegierten darüber zu informieren, die

an der IAO-Konferenz teilnehmen, sowie alle Gewerkschaftsverantwortlichen, Gewerkschaftsmitglieder und ArbeitnehmerInnen in der ganzen Welt. Denn zur gleichen Zeit, wo die ArbeitnehmerInnen weltweit mit Angriffen der Deregulierung, Privatisierung, Zerstörung der öffentlichen Dienste, mit Angriffen auf ihre Rechte, Tarifverträge und kollektiven Garantien konfrontiert sind, erfahren wir soeben, daß Verhandlungen für den Abschluß eines internationalen Vertrages im Gange sind, der im Falle der Unterzeichnung in einem nie dagewesenen Ausmaße die Rechte, Standards, Garantien, alle demokratischen Rechte und Freiheiten sowie sogar die Existenz souveränder Nationen infrage stellen würde.
Worum geht es dabei?

Geheimverhandlungen seit Anfang 1996

Seit nunmehr 18 Monaten sind Geheimverhandlungen zwischen den reichsten Ländern der Welt in der OECD im Gange: sie betreffen einen Vertrag, der den Aktivitäten der multinationalen Konzerne unbegrenzte Freiheit zusichern würde.
Diese Verhandlungen wurden begonnen auf Initiative des US Council for Internationale Business. Sie werden eigentlich im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO organisiert, finden aus Geheimhaltungsgründen jedoch nicht am WTO-Sitz, sondern in Paris statt. Das Ziel dieser Verhandlungen ist die Ausarbeitung eines Vertrags mit Namen "Multinational Agreement on Investment" (MAI):
Nach den eigenen Worten des WTO-Generaldirektors Renato Ruggiero als Verhandlungsleiter lautet das Ziel, "die Verfassung einer einheitlichen Weltwirtschaft aufzusetzen". Der Kern des Vertrags besteht darin zu erreichen, daß jede Investition aus einem Unterzeichnerland in einem anderen Unterzeichnerland durchgeführt werden kann, ohne daß sie durch irgendwelche Regeln, Zwänge und nationalen Gesetze behindert wird. Im Vertrag steht z.B., daß jeder Investor aus einem Unterzeichnerland automatisch in den Genuß "der günstigsten Bedingungen gelangt, die das betreffende Land jedem Investor gewährt", ob aus dem In- oder Ausland.
Das Dokument präzisiert, daß unter "Investor" sowohl "natürliche wie auch juristische Personen" verstanden werden, "unabhängig davon, ob sie zur Gewinnerzielung dienen oder nicht, ob sie privat oder staatlich, Konzerne oder andere Körperschaften sind". Das Dokument präzisiert: unter "Investition" muß "jedes beliebige Guthaben" verstanden werden. So kann man laut dem MAI-Vertrag zu den Investitionen zählen: "Firmen, Aktien oder alle Beteiligungsformen an Firmen, Obligationen oder jede Form von Krediten oder Forderungen, unabhängig von den Kreditgebern und Schuldnern; jedes beliebige, vertraglich gewährte Recht; jede Form von Urheberrechten, und allgemeiner jedwedes materielles oder immaterielles, mobiles oder immobiles Eigentum."
Eine solche Definition stellt jeden legalen und illegalen Geldtransfer einschließlich der Summen, die aus der Wäsche von Drogengeldern oder Geldern aus dem Waffenhandel stammen könnten, auf eine Stufe mit allen anderen Investitionen. Doch bohren wir weiter nach. Es soll also als rechtliche Garantie für derartige "Investitionen" systematisch die "Meistbegünstigungsklausel für Investoren" an solche aus den Unterzeichnerländern gewährt werden. Kapitel III des MAI-Vertrags enthält ein Unterkapitel "Transparenz". Darin heißt es, daß sofort nach Vertragsunterzeichnung jeder beteiligte Staat verpflichtet sein werde, eine "öffentliche Zusammenstellung aller seiner Gesetze, Regulierungen, Verfahren, Verwaltungsvorgänge und Gerichtsbeschlüsse zur Verfügung zu stellen, die in der einen oder anderen Weise die Umsetzung des Vertrags behindern könnten." Genauso werde jeder Staat gezwungen, "sämtliche Fragen eines anderen Vertragspartners zu beantworten", d.h. eines anderen Staates, was diesen oder jenen Aspekt seiner nationalen Regulierungen betrifft, die im Widerspruch zum neuen Vertrag stehen. Soll dies das Ende der nationalen Souveränität einläuten?

Enteignung ist nicht so schlimm, wenn sie ein gutes Geschäft ist

Kapitel IV behandelt Enteignung und Nationalisierung. Darin wird festgelegt: Jedem Unterzeichner wird verboten, "direkt oder indirekt zu enteignen oder zu verstaatlichen ..., mit Ausnahme von Fällen im öffentlichen Interesse", die aber "von sofortiger, angemessener und realer Entschädigung begleitet sein müßten". Mehrere Vertragsartikel behandeln denn auch alle Formen von Entschädigungen. Sie müssen gezahlt werden "unverzüglich in Höhe des tatsächlichen

Marktwerts", die Schätzung "darf nicht vom Enteignungsbeschluß beeinflußt werden", "sie muß zu den Bedingungen von sofort in andere Länder transferierbaren Währungen geschehen".
Wo bleibt dabei die Demokratie? Wo die souveräne Entscheidung eines Volkes über seine Zukunft? Hat nicht zumindest eine Regierung, die das will, das Recht auf Vertragskündigung? Nein! Die sog. Klausel zu den "Bedingungen der Vertragskündigung" sieht vor, daß ein Staat das nur tun kann "unter der Bedingung, daß mindestens 5 Jahre seit Inkrafttreten des Vertrags verstrichen sind".
Außerdem, selbst wenn ein Vertragspartner kündigt, bleibt der Vertrag für alle Partner "15 Jahre lang wirksam", folglich ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung für eine Mindestdauer von insgesamt 20 Jahren. Dadurch erhalten die multinationalen Konzerne eine außergewöhnliche "Lebensversicherung", denn die Regierungen und der politische Wandel können kommen und gehen - sie selbst erhalten eine 20jährige Garantie, um das fortzusetzen, was man unverblümt eine schrankenlose Plünderung der natürlichen Ressourcen, der Arbeitskraft und des ganzen Planeten nennen muß.
Das Kapitel über den "Geldtransfer" legt die Verpflichtung nach Vertragsunterzeichnung fest, daß "alle Zahlungen im Zusammenhang mit laufenden Investitionen in einem bestimmten Land unverzüglich in- und außerhalb des Territoriums transferiert werden können" ohne Kontrolle und Restriktionen.
Das soll gelten für "das anfängliche Investitionskapital, weitere Investitionen, alle Gewinne aus Krediten im Zusammenhang mit dieser Investitiion, alle Produkte aus Verkauf oder Liquidierung er gesamten Investition oder Teilen davon, alle erlösten Summen im Rahmen von Kompensationen und Entschädigungen, die vorher erwähnt wurden, alle erlösten Summen nach Gerichtsverfahren". Der Vertrag weist besonders darauf hin, daß alle Geschäfte "in einer frei konvertierbaren Währung abgewickelt werden müssen."
Er fügt hinzu: es muß eine Währung sein, "die auf den internationalen Handels- und Devisenmärkten sehr verbreitet ist und für internationale Transaktionen stark genutzt wird."

Kahlschlag in der nationalen Wirtschaftsgesetzgebung

Das Dokument sieht vor, daß jeder unterzeichnende multinationale Konzern oder jedes unterzeichnende Land das Recht hat, wenn sie meinen, daß Hindernisse für die Vertragsanwendung bestehen, sofort einen "internationalen Gerichtshof" anzurufen, und daß die Urteile dieses internationalen Gerichtshofs für das betroffene Land bindend sind.
Dadurch würden die "Fesseln", die noch in jedem Land aufgrund der Arbeitsgesetze und demokratischen Rechte existieren und die die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft bremsen, morgen sang- und klanglos untergehen.
Die absolute Freiheit für jeden Multi, sein Kapital unverzüglich, unkontrolliert und ohne Restriktion zu transferieren, wäre seine Freiheit, von heute auf morgen jeden beliebigen Betrieb zu schließen, ohne vor irgendwelchen nationalen Gesetzgebern Rechenschaft abzulegen. Wenn man ihm dennoch die nationalen Gesetze entgegenhalten würde, würde durch Anrufung des internationalen Gerichtshofs das schuldig gewordene Land verurteilt.
Würde dieser Vertrag unterzeichnet, würde er die Existenz der Nationalstaaten angreifen. Daraus entstünde weltweit die ungeteilte und schrankenlose Herrschaft der multinationalen Konzerne.

Corporate Rule über die Welt

Die wenigen Zeitungen, die einen Zipfel des Schleiers über diesem Vertragsentwurf gelüftet haben, schlagen in deutlichen Worten Alarm.
Das "Journal of Commerce" schreibt, daß mit diesem Vertrag "die wirtschaftlichen Tentakeln der Multis sich noch mehr um die ganze Welt schlingen werden". Die "Globe and Mail" in Kanada schreibt: "Keine Regierung könnte mehr von einer Auslandsfirma verlangen, daß sie einheimische Arbeitskräfte einstellt, Ziele für Arbeitsplätze berücksichtigt, an Ort und Stelle Büros der Geschäftsleitung einrichtet, oder daß sie ein bestimmtes Niveau der Forschung und Entwicklung als Voraussetzung für das Recht zu investieren erreicht."
Das "Telegraph Journal" von New Brunswick (New Jersey, USA) schreibt: "Dieser Vertrag bedeutet nichts weniger, als unkontrollierbaren Instrumenten des Privatkapitals einen legalen Regierungsstatus zu geben."
Das trifft dermaßen zu, daß in Wahrheit die Umsetzung dieses multilateralen Investitionsvertrags dahin führen würde, den Begriff der Nation zum alten Eisen zu werfen - zumindest in dem Sinne einer souveränen Nation, die beansprucht, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.
Von den 500 größten Multis in der Welt haben 477 ihren Hauptsitz in einem der 29 OECD-Länder. Und laut den internationalen Statistiken sind von den 100 größten Wirtschaftsmächten der Welt 51 Multis, 49 sind Staaten. General Motors etwa hat einen größeren Umsatz als das Brutto-

sozialprodukt Dänemarks.
Diese Wirtschaftsmächte also, die oft viel größer als die Staaten selbst sind, würden durch den Vertrag berechtigt, alle Aspekte und alle Dimensionen des Lebens von Milliarden Menschen zu bestimmen, ohne daß sie durch irgendeine Regulierung daran gehindert werden könnten. Wenn die Staaten den Vertrag unterzeichnen, verzichten sie in bestimmter Weise auf das Vorrecht souveräner Nationen, ihre eigenen Gesetze zu machen.

Dadurch würden die "Fesseln", die noch in jedem Land aufgrund der Arbeitsgesetze und demokratischen Rechte existieren und die die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft bremsen, morgen sang- und klanglos untergehen.

Die britische Zeitung "The Guardian" schreibt: "Die Multis würden von allen Gesetzen über Mindestlöhne verschont". Der US Council for International Business als Initiator des Vertrags nennt offen seine Ziele: "Der MAI ist ein Vertrag zwischen Regierungen zum Schutz internationaler Investoren und ihrer Investitionen. Wir wenden uns gegen jede Maßnahme, die seitens der Regierungen bindende Verpflichtungen auf den Gebieten der Arbeit und des Umweltschutzes schaffen oder auch nur nahelegen würden."

Staaten? Wozu?

Wenn ein solcher Vertrag verabschiedet würde, würde er die letzte Stufe, den absoluten Höhepunkt der weltweiten Deregulierung bilden. Ein ganzes Gebäude von Jahrhunderten der Regulierung zum Vorteil der Arbeiterschaft und darüber hinaus der sozialen Regulierung, deren Formen von der geschichtlichen Entwicklung jeder Nation geprägt sind, d.h. ein ganzer Geschichtsabschnitt der Menschheit, droht durch die Vertragsunterschrift mit einem Federstrich getilgt zu werden. Das würde jeder Nation, egal welcher, jede Möglichkeit rauben, auf demokratischem Wege ihre eigene Zukunft zu ändern. Dahinter lauert die Gefahr, daß der ganze Planet in Chaos, Kriege und Zerstückelung getrieben wird, wie sie in Afrika bereits die Folge der Zerschlagung der Staaten sind. Sollen etwa die Entwicklungen seit einigen Jahren in Somalia, Zaire, Ruanda ... die Zukunft vorzeichnen, zu der alle Staaten, alle Nationen, alle Völker der Welt verurteilt wären?
Nein, das kann nicht sein.
Jeder kann verstehen, daß nach Unterzeichnung dieses Vertrags die gesamte Menschheit der Destabilisierung ausgeliefert würde. Eine faktische Regierung der Multis würde die souveränen Regierungen und Staaten verdrängen. Mit dem Vertrag wollen die Multis sich die Mittel geben, um stärkeren Druck auf die Staaten auszuüben, damit diese wiederum eine verschärfte Ausbeutung der Arbeit ermöglichen. Der MAI-Vertrag würde die gesamte Menschheit einer endlosen, schrankenlosen Ausbeutung unterwerfen.
Nach geheimen Verhandlungen unter WTO-Leitung zwischen den 29 OECD-Ländern stellt dieser Vertrag eine tödliche Gefahr für die Demokratie und den Frieden dar. Es ist offenkundig, daß die Ratifizierung eines solchen Vertrags das Ende der IAO-Übereinkommen und der IAO selbst einläuten würde.

Dokument vom 08.06.1997. Die Liste der UnterzeichnerInnen kann auf Wunsch angefordert werden.

Dorothea Piermont

SozialistInnen sind keine Dinosaurier sondern die Spezies der Zukunft.

Die Internationale Che-Konferenz am 27. und 28. September 1997

Bescheiden hatten die Träger der Che-Konferenz: Kuba Si, der ReferentInnen-Rat (anderswo AStA genannt) der Humboldt-Uni und die Zeitung „junge Welt" nur 500 Teilnehmer-Buttons hergestellt. Bereits gegen Ende des Vormittags waren sie ausverkauft. Denn mehr als 1200 Teilnehmer drängten sich an den beiden Tagen auf Stühlen, Fensterbrettern und Fußboden im Audi-Max. Mit angespannter Aufmerksamkeit - man hätte die berühmte Stecknadel fallen hören können - verfolgten sie Reden und Diskussionen. In ihrer übergroßen Mehrheit waren die Teilnehmer sehr jung, um die 20 - 25 Jahre. Das allein war schon eine Sensation. Weder der Eintrittspreis von 25,- / 15,- DM noch die z. T. weite Anreise aus so extrem westlichen Städten wie z. B. Trier hatten sie abgeschreckt. Damit straften sie das gängige Stereotyp der „unpolitischen", „egoistischen", „hedonistischen", ausschließlich „karriereorientierten" Jugend in überwältigender Weise Lügen.
Mit Parteien und parteiorientierter Arbeit hatten die meisten Zuhörer, die zum großen Teil aus Antifa-, autonomen und Dritte-Welt-Zusammenhängen kamen, wohl wenig am Hut, umso mehr mit Protest und Kampf gegen die herrschenden Ungerechtigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse hier und weltweit. Die linken Sektenscharmützel vergangener Jahre und Jahrzehnte waren ihnen fremd wie ein Kapitel der Vor- und Frühgeschichte, Marx und Engels vermutlich nicht vertrauter als Goethe und Schiller und der „lange Marsch durch die Institutionen" abgestandenes Kauderwelsch. Aber Worte wie „ Sozialisten und Sozialistinnen, die eine andere, Menschen und Natur gerecht werdende Weltordnung wollen, sind keine Dinosaurier sondern die Spezies der Zukunft", überzeugten (Eröffnungsrede D. Piermont). Was sie bewegte, war der Wunsch, gemeinsam für die gerechtere, bessere Welt zu kämpfen, trotz aller Unterschiede hinsichtlich sozialer und geographischer Herkunft, Erfahrung, politischer Bewußtheit etc. Vereinzelte Stimmen Älterer, die bedauernd, ja befremdet feststellten, daß die gängigen „Führungsköpfe" der 68er Generation fehlten - was sie offenbar als Manko der Konferenz nicht der Anwesenden, vielleicht als fehlenden Stallgeruch empfanden - bestätigten nur, daß sich hier Neues ankündigt.
48 eingeschriebene Medienvertreter, vom ZDF über Deutschlandfunk bis zu regionalen und überregionalen Tageszeitungen, ließen Organisatoren und Referenten auf großes Presseecho hoffen. Vergeblich. Da Erwartungen auf Kommerzialisierung und Mumifizierung des Che, also auf seine „Entschärfung", oder auf Munition gegen Fidel Catro, oder beides gleichzeitig, unerfüllt blieben, herrschte danach penetrantes Schweigen (was natürlich beileibe nichts mit Zensur zu tun hat!), das nur „junge Welt" und „Neues Deutschland" sehr informativ unterbrachen.
Weder zu einem rührseligen Erinnerungsspektakel noch zur akademischen Würdigung einer „verdienstvollen Persönlichkeit" waren die 1200 ja zusammen gekommen, sondern zum Nachdenken darüber, wie Ernesto „Che" Guevara de la Serna die Ausbeutungsverhältnisse in der Welt analysierte; welche Konsequenzen er daraus zog; wie er mit Beidem, Denken und Handeln, Unzählige beeinflußte und (beeinflußt), die sich mit Elend, Ausbeutung und Ungerechtigkeit in der kapitalistischen Welt nicht abfinden können; was davon auch unter den Bedingungen des weltweit vorläufig siegreichen Kapitalismus noch brauchbar ist. Zur Debatte standen kurz gesagt die seit Guevaras Zeiten veränderten Bedingungen, die Zukunft der Linken und die Frage eines neuen historischen Projektes. Erweitert um AStA und „junge Welt" war die Konferenz-Konzeption von dem „Kern" (Heinz Dieterich, Reinhard Thiele von „Cuba Si" und mir) entworfen worden, der schon 1992 den Bonner Cuba-Kongreß inhaltlich gestaltet hatte.

Zur Debatte standen kurz gesagt die seit Guevaras Zeiten veränderten Bedingungen, die Zukunft der Linken und die Frage eines neuen historischen Projektes.

Um niemand in Unklarheit über eine gleichbleibende „Bedingung" zu lassen, sprach Philipp Agee, vor langen Jahren als CIA-Mitarbeiter zuständig für die Bekämpfung nicht nur der cubanischen Revolution sondern aller lateinamerikanischen Befreiungsversuche. Die Zuhörer vernahmen ihrer Jungend wegen häufig zum ersten Male, von einem „Kronzeugen", wie gnaden- und skrupellos die USA sich bemühten, führende Revolutionäre wie Fidel Castro (erfolglos) oder Che Guevara (leider erfolgreich) auszumerzen, Organisationen durch Desinformationen zu zerstören, in Wahlen oder durch den bewaffneten Kampf siegreiche fortschrittliche Bewegungen durch militärische Invasionen

(Schweinebucht, Grenada) oder Militärputsche (Chile, Haiti) in einem Blutbad untergehen zu lassen. „Nur ein toter Revolutionär ist ein guter Revolutionär" faßte er die Devise Washingtons zusammen.
Inge Viett sprach davon, daß sie mit der Bewegung 2. Juni versucht hätten, die von Che eingeforderte Solidarität Europas mit Vietnam konkret zu machen, daß sie aber einen wichtigen Satz des Che nicht ernst genug genommen hätten: „Aber Che Guevara hat auch gesagt: `Èin Partisanenkrieg ohne die Unterstützung der Bevölkerung ist der Auftakt zu einer unvermeidlichen Katastrophe.´ Diese Wahrheit haben wir bitter erfahren müssen."
Denis Goldberg unterstrich, daß der ANC durch einen verwurzelten Widerstand gegen den bewaffneten Kampf gekennzeichnet gewesen sei, weswegen Ches Idee vom Guerilla-Kampf ihnen als „romantisch", ja als gefährlich erschienen sei. Andererseits habe Guevara praktisch-taktisch eine Menge nützlicher Ratschläge gegeben, wie sich z. B. eine unbewaffnete Bevölkerung gepanzerter Fahrzeuge erwehren könne, wie politische und bewaffnete Kämpfe sich gegenseitig stärken könnten.
Asssata Shakur, führendes Mitglied der Black Panther in den USA, die nach ihrer Entführung aus einem amerikanischen Gefängnis seit 1984 im cubanischen Exil lebt, sieht Ches Bedeutung (in einem eigens für die Konferenz hergestellten Video) weniger auf militärischem Gebiet: „ Ich denke, mehr denn je sehen wir heute, daß es im revolutionären Kampf nicht allein um die Veränderung von Strukturen, um das Wechseln von Institutionen geht, sondern vor allem um eine Veränderung des geistigen Zentrums des Menschen. Und Che repräsentiert für mich dieses revolutionäre Modell in jeder Hinsicht: Liebe, Kreativität, eine Haltung des Gebens, der Offenheit jeder Herausforderung gegenüber. Die Erfahrungen Ches sind äußerst relevant für das Ende der 90er Jahre und weiter für das nächste Jahrhundert."
Luis Javier Garrido, Berater der Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) in Chiapas (Mexiko) bei den Verhandlungen von San Andrés, sah im „Dialog, den die Zapatisten nicht nur mit intellektuellen und politischen Kräften, sondern mit allen gesellschaftlichen Sektoren begannen", eine Parallele ihrer Kampfstrategie mit der von Che Guevara, der es „verstanden habe zuzuhören und zu diskutieren" und nicht beanspruchte „im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein". Ohne Ches politisch-militärische Strategie übernommen zu haben, bezögen sie sich „wegen vieler zentraler Aspekte seiner politischen und ideologischen Botschaft" auf ihn. Ebenso deutlich benannte Garrido die Unterschiede. In der EZLN flössen „das kritische marxistische Denken mit der indigenen Weltanschauung des Widerstandes und den traditionellen Formen des Kampfes der Landbevölkerung von Mexiko" zusammen, was sie als ein „spezifisch mexikanisches Aufstandskonzept in bedeutendem Maße von der Avantgarde-Konzeption Che Guevaras" unterscheide. „Sie strebt nicht die Übernahme der politischen Macht an, sondern die Beendigung der gegenwärtigen Macht, und sie will die Formen der Machtausübung verändern." Die Zapatisten definierten ihre Bewegung als „Kampf der vom Neoliberalismus Ausgeschlossenen, die dem Dialog mit der ZivilgesellschaftPriorität einräumen, mit dem Ziel, die gegenwärtigen, vom neoliberalen Modell gestützten Strukturen beenden." Da dem „globalen" Neoliberalismus allein auf nationaler Ebene nicht beizukommen ist, richten sie ihre Anstrengungen gleichzeitig darauf, eine weltumspannende Front aller gegen den Neoliberalismus Kämpfenden aufzubauen, durch Botschaften im Internet ebenso wie durch umfassen-

de Treffen im Wald von Lacandona bzw. kürzlich in Madrid. Waffen (die nach zwei kurzen Kampfphasen seit längerem ruhen) und Verhandlungen als zwei Seiten einer Strategie.
Uwe-Eckhard Holtz vom Lateinamerikazentrum Rostock beschäftigte sich mit Guevaras Konzeption vom „neuen Menschen", ihrer Entwicklung und ihren Widersprüchlichkeiten. An seine Darstellung, wie und warum Che den moralischen Hebeln gegenüber den materiellen beim Aufbau des Sozialismus Vorrang einräumte, schloß er eine bemerkenswerte Überlegung an: „die Praxis (ist) das Kriterium der Wahrheit: das sozialistische Kuba existiert noch, während der europäische Sozialismus wie ein Kartenhaus zusammengefallen ist. Das muß doch wohl auch etwas mit unterschiedlichen Bewußtseinniveaus zu tun haben , denn in materieller Hinsicht war Kuba den europäischen sozialistischen Ländern eindeutig unterlegen."
Die sich jeweils anschließenden Diskussionen spitzten sich neben Detailpunkten auf die Frage zu, ob die „Machtfrage" notwendig gestellt werden müsse oder nicht, und auf die anthropologische Möglichkeit, einen „neuen Menschen" herauszubilden. Wer wie mit wem in welcher Form unter den heute gegebenen Umständen kämpfen könnte, trat dagegen noch in den Hintergrund.
Diese Fragen bildeten jedoch den Mittelpunkt in Heinz Dieterich Steffans Referat. Die Voraussetzungen von Ches Projekt seien heute entfallen, nämlich eine tripolare Welt, gekennzeichnet durch „ein kapitalistisches und ein sozialistisches Lager und eine sich entkolonialisierende Welt als Zünglein an der Waage". Konsequenz: „ Das Medium der Weltpolitik und sozialistischer Veränderung ist erneut, wie 1848, der Weltkapitalismus, in dem es keine befreiten Inseln oder Gebiete gibt, wie während der Existenz der UDSSR." Damit seien „die Weltsubjekte nicht-kapitalistischer Veränderung noch vor das Niveau (des kommunistischen Manifestes) zurückgefallen", verfügten weder über ein Bewußtsein von sich als „Klasse" noch über ein „historisches Projekt ... in welchem die Protagonisten struktureller geschichtlicher Veränderung sich selbst erkennen könnten." Doch bevor angesichts solch desolater Lage Depression sich breitmachen konnte, zeigte Dieterich einen Ausweg: „Che für die globale Gesellschaft zu retten, heißt ..., eine neue historische Alternative zu eröffnen, das neue historische Projekt", von dem er auf Nachfrage vermutete, es sei in 1-2 Jahren zu erarbeiten ... Es müsse enthalten, so seine summarische Formel, „die bekannten - aber nicht realisierten - Inhalte der beiden Projekte der Modernität: 1789 und Marx/Engels; neue Inhalte, die aus der veränderten gesellschaftlichen Wirklichkeit hervorgehen; Formen ihrer Realisierung". Als Diskussionsgrundlage empfahl er das Äquivalenzprinzip" des Bremer Professors Arno Peters.
Diese konkret-politische-Arbeitsperspektiven-Stimmung (Ärmel aufkrempeln, zupacken) hielt nicht lange vor. Es wurde verabredet, daß dieselben Träger am 10. Januar 1998 ebenfalls in Berlin als „Rosa-Luxemburg-Konferenz" eine erste, umfassende Diskussion über das neue historische Projekt vorbereiten und organisieren.
Es gibt also genug zu tun. Packen wir's an! Denn: Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. (B. Brecht)

Nota bene: Die Reden und Diskussionen auf der Che-Konferenz erscheinen Ende dieses Jahres als Buch im Verlag 8. Mai GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin

Hiroko Hagiwara

Der Traum der Füchse

Taeko Tomiyama und der japanische Faschismus

Bertolucci behandelt in "Der letzte Kaiser" die japanische Unterwerfung der Mandschurei als Episode im Leben des letzten Kaisers von China, der sich als japanische Marionette zum Regenten von Mandschuko machen ließ und später als Kriegsverbrecher verurteilt wurde. Der koloniale Traum vom Großraum, die Mandschurei als Objekt faschistischer Expansion, ist das Thema der jüngsten Arbeit der japanischen Künstlerin Taeko Tomiyama, die sich in ihren Werken immer wieder mit dem japanischen Faschismus auseinandersetzt. Dabei steht für sie die Identifikation der japanischen Bevölkerung, die aktive Beteiligung an der Eroberung und Unterwerfung des Großraums, im Vordergrund ihres Interesses, das zugleich ihre eigene biographische Verwobenheit in das koloniale Abenteuer Mandschuko einbezieht.

Japans Kriegsverbrechen sind das Thema der wichtigsten Arbeiten der japanischen Künstlerin Taeko Tomiyama. *Geht auf, Balsam-Samen!* (1984), ein Zyklus von Lithographien und Ölbildern, schildert das Schicksal der koreanischen ZwangsarbeiterInnen, die ab den 30er Jahren in japanischen Kohlenbergwerken eingesetzt wurden. *In Erinnerung des Meeres* (1986), ebenfalls eine Litho- und Öl-Serie, handelt von den "militärischen Liebesdienerinnen", Koreanerinnen, die während des Krieges in den Bordellen der japanischen Armee zur Prostitution gezwungen wurden. Ihr jüngster Zyklus Der *Bahnhof von Harbin - Ein Requiem für das 20.Jahrhundert* (1994-1995) setzt ihre Auseinandersetzung mit den Kriegsverbrechen fort, die von der japanischen Regierung und von der japanischen Bevölkerung begangen wurden. Der Zyklus besteht aus über vierzig Bildern, die in acht Stationen eingeteilt sind. 1995, als Tomiyama den Zyklus abschloß, war auch der fünfzigste Jahrestag des Kriegsendes - des Zweiten Weltkriegs, der in Japan "Pazifischer Krieg" heißt.

Mandschuko - der koloniale Ergänzungsraum

Der Bahnhof von Harbin beschäftigt sich mit dem japanischen Kolonialabenteuer in der Mandschurei. Harbin war eine Stadt in Mandschuko - jenem Staat, den die japanische Regierung 1932 ins Leben rief, und der den nordöstlichen Teil Chinas zwischen Korea und der Mongolei umfaßte, ein Gebiet größer als Japan. Im Russisch-Japanischen Krieg (1904-1905) hatte Japan die südliche Mandschurei besetzt, behielt sie als Protektorat und zwang Rußland, seine eigenen Besatzungstruppen aus der nördlichen Mandschurei abzuziehen. Japan nutzte die Spannung zwischen den Chinesen und den Mandschus, um endlich auf dem Kontinent Fuß fassen zu können, und besetzte 1932 die gesamte Mandschurei. Getarnt und legitimiert wurde das ganze damit, daß die Mandschurei zu einem unabhängigen Staat - Mandschuko - ausgerufen wurde, der von einem Marionettenkaiser regiert wurde.

In Wirklichkeit war der Staat Mandschuko ein gigantisches japanisches Kolonialunternehmen. Japanisches Kapital und japanische MigrantInnen waren bereits in den frühen 30er Jahren in die Mandschurei aufgebrochen. Die japanische Wirtschaft suchte und fand einen Durchbruch, der die Stagnation der Weltwirtschaftskrise für Japan beenden könnte. Der Marionettenstaat Mandschuko hatte kein Parlament, er wurde von Japan kontrolliert und verwaltet. Die Guandong-Armee, das japanische Besetzungsheer in der Mandschurei, führte faktisch die Regierungsgeschäfte Mandschukos. Politische Vereinigungen wurden verboten, eine offizielle "Partei der Versöhnung" ins Leben gerufen, die Regierungspropaganda betrieb und sowohl Mandschus als auch Chinesen überwachte.

Die Mandschurei sollte Japans militärische und industrielle Festung werden, in unmittelbarer Nähe zum Schlachtfeld des Japanisch-Chinesischen Kriegs, der 1937 begann. Die Mandschurei war das erste Ziel der japanischen Großraumpolitik, der angestrebten japanischen Herrschaft über den Pazifik, von der die faschistische Regierung ebenso träumte wie die Leute auf der Straße. Für das japanische Finanzkapital war die Mandschurei der kontinentale Ergänzungsraum, das "Neuland", auf dem eine expansive Schwerindustrie errichtet werden konnte. Die japanische Bevölkerung war fasziniert davon, das neue Land zu erschließen und dort sein Glück zu machen; es wurde Gegenstand romantischer Fantasien und galt als der "Königsweg zum Paradies".

Miss Übersee und andere zwielichtige Gestalten

Tomiyama kam 1933 mit ihrer Familie, die vorher in Kobe

gelebt hatte, in die Mandschurei, im Alter von 12 Jahren, als Tochter eines Buchhalters, der beim Dunlop-Konzern arbeitete. Sie verbrachte ihre Jugend in Dairen und in Harbin. *Der Bahnhof von Harbin* verarbeitet ihre persönliche Erfahrung, aber frei von jeder Nostalgie. Das Interesse der Künstlerin gilt dem, was von dem gigantischen Kolonialprojekt zerstört wurde; wie ganz normale Japaner und Japanerinnen sich aktiv an der Kolonialisierung beteiligten; dem, was von der offiziellen japanischen Geschichtsschreibung verschwiegen, ausradiert wurde. Tomiyamas Arbeit zeigt das Land als Objekt von Fantasien und von Nostalgie - Emotionen, die von der offiziellen japanischen Kunst jener Zeit gezielt geweckt und gefördert wurden.

Der Mittelteil des Zyklus beginnt mit vier Seidenmalereien mit dem Titel *Karayuki (Miss Übersee)*. Karayukis waren japanische Prostituierte, die seit dem späten 19.Jahrhundert in Bordelle in Südostasien und China verkauft wurden, um ihre verarmten Familien zuhause zu ernähren. In China waren Russen und Chinesen ihre Freier. Es gab berühmte Karayukis, die es zur Bordellbesitzerin brachten oder zur Mätresse lokaler Honoratioren und erfolgreicher Gangster. Gegen Ende des 19.Jahrhunderts war die Mandschurei ein Ort, wo Japanerinnen und Japaner die Chance hatten, schnell zu Geld zu kommen. Die Mandschurei war überschwemmt von zwielichtigen japanischen Exilanten, von illegalen Händlern, Geheimagenten und Bordellbesitzern. Tomiyamas Karayukis sind ebenfalls zwielichtig, sie wechseln ihre Farbe von Schwarz und Weiß zu leuchtendem Pink und Orange. Sie tragen die traditionelle Maske der Karayukis. Einige wirken düster, andere grell. Einige grinsen unterm Schutz der Macht, die im Hintergrund gezeigt wird: ohne Kopf, ein Bild für imperiale "Göttlichkeit" und Verantwortungslosigkeit. Die Karayukis in Tomiyamas Bildern sind keine armseligen Opfer: sie sind fragwürdige Phantome, potentielle Agenten der kolonialen Macht.

Der Teil *Der Bahnhof von Harbin: Chroniken* besteht aus einer Reihe von Fotocollagen, mit denen die historische Zeit zwischen 1901 und 1940 illustriert wird, einschließlich der dramatischen Ereignisse, die sich in Harbin ereigneten. Harbin wurde um 1890 von russischen KolonistInnen erbaut, als Rußland die Ostchinesische Eisenbahn baute, die 1935 an Mandschuko verkauft wurde. Der Bahnhof war ein Ort, wo Geschichte stattfand. Das erste Bild, *1901,* zeigt den Boxer-Aufstand: die Erhebung chinesischer Bauern, die die Fremden aus dem Land werfen wollten. In Harbin wurden tausende ChinesInnen von russischen Kosaken ermordet. *1909,* Titel des nächsten Bildes, ist das Jahr, in dem am Bahnhof von Harbin Itoh Hirobumi von einem koreanischen Nationalisten ermordet wurde. Itoh Hirobumi war General und japanischer Statthalter in Korea, das ebenfalls im Russisch-Japanischen Krieg besetzt und 1910 von Japan annektiert worden war, ein Jahr nach Itohs Ermordung.

Patriotische Frauenvereinigungen und andere Füchse

Im nächsten Teil des Zyklus stellen sieben Ölbilder die positive Haltung der japanischen Bevölkerung zur nationalen Kolonial- und Kriegspolitik dar. Die aktive Kollaboration der Bevölkerung kulminierte in der *Nationalbewegung für Geistigen Aufbruch*, die 1937 gegründet wurde. Tomiyama stellt die JapanerInnen als Füchse dar. Füchse stehen in Ostasien für Schlauheit und Unterwürfigkeit. Tomiyamas Füchse wirken irritierend und seltsam, und sie geben der scharfen Kritik am japanischen Imperialismus einen ironischen Touch. Japanische Füchse wandern durch das Sungari-Tal, unterzeichnen Schwindelverträge, um lokale Ressourcen zu monopolisieren, nehmen das Land in Beschlag und beuten die ansässige Bevölkerung aus - immer beschützt von der gelben Chrysantheme, dem Symbol der (japanischen) kaiserlichen Familie.

Die Fahnen feiern den vielversprechenden jungen Mann - und den vielversprechenden Krieg, der geführt wird für einen japanischen Großraum, die Erweiterte Ostasiatische Wohlstandszone unter japanischer Führung.

Der Soldaten-Fuchs in *Abschied eines Soldaten* ist frisch verheiratet und geht an die Front. Weibliche Füchse in den weißen Schürzen der *Patriotischen Frauenvereinigung* geben ihm das Geleit. Die Fahnen mit der aufgehenden Sonne, die Heeresflaggen und Banner flattern und feiern den vielversprechenden jungen Mann - und den vielversprechenden Krieg, der geführt wird für einen japanischen Großraum, die sogenannte *Erweiterte Ostasiatische Wohlstandszone* unter japanischer Führung. Vielleicht bekommt die Braut einen kleinen Babyfuchs, während ihr Mann in China Drachen tötet. Die ganze Szene ist gleichermaßen komisch wie tragisch. Es ist das Porträt verschlagener Füchse, leidenschaftlicher Anhänger des Eroberungskriegs. Das Bild *Gründung Mandschukos* zeigt die soziale Stratifikation des anrüchigen neuen Staates. Über dem Palast werden japanische Flaggen zusammen mit denen von

Mandschuko hochgezogen. Im Palast lebt der Kaiser von Mandschuko, eingeschlossen, bewacht und kontrolliert von Füchsen; daneben ist - wie auf vielen anderen Bildern - eine bizarr zusammengewürfelte große Gestalt oder Maschine zu sehen, das Bild der Macht. Unterhalb des Palastes leben Mandschus und Chinesen in erbärmlichen Umständen. Das Bild zeigt einen Betrunkenen, eine Prostituierte, einen blinden Bettler und einen heruntergekommenen Intellektuellen; das untere Ende der sozialen Leiter. Zwischen ihnen laufen Füchse herum und spähen nach verdächtigen kommunistischen Aktivitäten aus.

Nachdem Tomiyama jahrzehntelang in Öl gemalt hat, weigert sie sich jetzt, ihre Bilder in der konventionellen Art rahmen und ausstellen zu lassen. Sie sucht nach Wegen, ihre Kunst mobil zu machen: tragbar, leichter zugänglich. Das ist eine Frage der Politisierung von Kunst: die Art und Weise zu verändern, in der Kunst gezeigt und gesehen wird. Die Leinwände mit den Fuchs-Bildern sind auf Kleidungsstücke montiert (Erbstücke von Tomiyamas Mutter), so daß man das ganze aufrollen und herumtragen kann. Es erinnert an die Papierrollen, die früher in Asien verwendet wurden, zu Bildungs- und Unterhaltungszwecken.

Die Kriegsverbrechen als Trittbrett zum Wiederaufstieg

Während den Bildern dieses Teils des Zyklus fast etwas Festliches anhaftet, mit vielen symbolischen Bildern und leuchtenden Farben, stellt die Installation *Schutthalde - Einheit 731* nackten Horror dar. Die 731er, eine Armee-Einheit, die in Mandschuko stationiert war, war eine geheime militärische Abteilung, die auf biologische und chemische Kampfstoffe spezialisiert war. Als die japanische Armee sich gegen Ende des Krieges zurückziehen mußte, vernichtete die Einheit alle Beweise für ihre geheimen Operationen. Die Forschungen und Experimente der *Einheit 731*, einschließlich der Experimente an lebenden Menschen, sind noch immer nicht in ihren Einzelheiten aufgeklärt. Es gilt aber als ausgemacht, daß das Pentagon an diesen Forschungen äußerst interessiert war und daß die intellektuellen und technischen Fähigkeiten, die Japan auf diesem Gebiet errungen hatte, viel dazu beitrugen, die Haltung der USA zur Zukunft des besetzten Japans zu ändern. Japans Kriegsverbrechen wurden in ihrem vollen Umfang nie offiziell zugegeben, es fand auch keine Wiedergutmachung statt; sie gingen unter in den neuen Frontlinien der Nachkriegszeit und des Kalten Kriegs. In der Schutthalde der Installation sind keine Füchse zu sehen. Zerschlagene Glaskolben, Reagenzgläser und medizinische Flaschen sind verstreut zwischen Knochen und Asche.

Vor und nach diesen mittleren Teilen des Zyklus - die sehr deutlich, explizit, und erzählend sind - gibt es eine Reihe von Seidenmalereien, die auf eine zurückgenommenere, subtile Art die Wut und Betroffenheit der Künstlerin vermitteln. Diese beiden Teile des Zyklus, *Die Schwarzen Flüsse* und *Himmel und Erde*, sind voller Symbole und Zeichen - mythische Tiere, Fische und Pflanzen, skythische Piktogramme und taoistische Zeichnungen -, die für japanische BetrachterInnen unverständlich bleiben. In diesen Teilen wird die Distanz unterstrichen, in der die Kultur und Natur der Mandschurei zu der Japans stand. Das Land, das Japan besetzte, gehörte *anderen;* es waren *deren* Flüsse, die dort strömten, *deren* Blumen, die dort blüten, *ihre* Kultur und Geschichte, die sich dort entfaltete. Tomiyama selbst versucht nicht, sich in *deren* Geschichte einzuschreiben, während sie sich sehr deutlich einschreibt in die Bilder, die von Japans Kriegsverbrechen handeln. Sie nimmt nicht die Position eines äußeren Betrachters ein, sie porträtiert sich selbst mit den Zügen einer Füchsin. Es ist die Geschichte der Anderen, die von unserer Geschichte zum Schweigen

gebracht wird: das ist die Kritik, die die Bilder vorbringen. Tomiyama weiß aber um ihre kritische Position als Frau. Füchsinnen unterstützten den Krieg, und gleichzeitig wurden sie selbst zum Schweigen gebracht, erstickt mit dem Bild der staatstreuen Mutter unter patriarchalisch-faschistischer Führung.

Die unheimliche Macht der Bildbände

In ihrer Zeit in der Mandschurei beobachtete Tomiyama, wie die japanische Kolonialherrschaft sich auswirkte. Das System der Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse war vielfältiger und komplizierter als je zuvor: "Ich war die Tochter eines Möchtegern-Westlers, der von den Briten angestellt wurde, in einer untergeordneten Position für sie arbeitete, ihre Werte übernahm und selbst andere Asiaten ausbeutete. So sah es aus in Japan."
Dieser Kommentar der Künstlerin trifft genau die Sehnsüchte, die unter dem kolonialen Riesenprojekt Mandschuko lagen. Japan wollte eine Kolonialmacht erster Klasse werden, in die Liga der westlichen Mächte aufrücken, und dafür hatte Mandschuko einen ganz anderen Stellenwert als andere Kolonien, wie etwa Taiwan oder Korea.

Alte Fotos aus der Kolonialzeit, die japanische Fotografen in der Mandschurei machten, zeigen das. Sie richteten die Objektive mit Vorliebe auf russische Kirchen, russische Frauen und russische Stadtteile. Ein Land zu besitzen und zu erschließen, das einst zum russischen Einflußbereich gehörte, hieß auf gleicher Ebene mit dem Westen zu konkurrieren. Es erregte die Leute, sich die Mandschurei als den "Königsweg zum Paradies" vorzustellen, und diese Fantasien hatten eine westliche Färbung. Das koloniale Fantasiereich in der Mandschurei, das sich für das Leben und die Stimme der Menschen, die dort ansässig waren, überhaupt nicht interessiert, findet seinen nostalgischen Widerhall darin, wenn Menschen heute noch von "unserem geplatzten Traum Mandschuko" sprechen.
Tomiyama distanziert sich von dieser Nostalgie. Japans Kriegsverbrechen zu zeigen, heißt sich gegen diese Nostalgie stellen, die heute wieder Konjunktur hat. Historische Fotos aus der Mandschurei, mit der typischen Betonung russischer Aspekte, erfreuen sich wieder großer Beliebtheit bei Ausstellungen und Publikationen. Den Frauen dagegen, die zur Arbeit als "militärische Liebesdienerinnen" gezwungen wurden - einige von ihnen konnten in der Mandschurei desertieren -, wird von der japanischen Regierung Entschädigung verweigert. Wenn Tomiyama sich mit der Vergangenheit beschäftigt, zielt sie damit auch auf die heutigen Diskussionen über Japans Kriegsverbrechen, die immer noch nicht in vollem Umfang zugegeben werden, und brechen das Schweigen, das sich über das Verschwiegene breitet.

Kunst jenseits der sauberen Galerien

Vom Mainstream der Kunstkritik wird Tomiyama als Politkünstlerin abgestempelt und wenig gewürdigt. Sie ist bekannt, weil sie in politischen Features vorkommt, wo ihre Kunst nur am Rand eine Rolle spielt. In Japan gilt immer noch das Dogma, daß politische Parteinahme in der Kunst nichts zu suchen hat. Mit diesem Dogma werden die Galerien sauber gehalten, vor der Verschmutzung mit Politik bewahrt. Vor diesem Hintergrund sind die Bemühungen Tomiyamas zu verstehen, ihre Bilder tragbar und transportabel zu machen.
Tomiyamas Werk ist keine Bebilderung einer politischen Ideologie. Es ist eine Pionierarbeit, die Verbrechen und die Verantwortlichkeit darstellbar zu machen, welche die ganz normalen Leute durch ihre Komplizenschaft mit dem japanischen Eroberungskrieg tragen. Ihre Kunst handelt davon, daß diese ganz normalen Leute Aggressoren waren. Ich kenne keinen anderen Künstler und keine andere Künstlerin, die sich in derart selbstkritischer Weise mit ihrer eigenen Rolle als Aggressorin auseinandergesetzt hätte. Tomiyama zielt auf eine Politisierung von Kunst durch eine veränderte soziale Rolle von Kunst - eine, die um jeden Preis vermeiden will, heute wieder zu einem kolonialistischen Unterfangen zu werden.

WISDOM

Hiroko Hagiwara ist Kritikerin und hat mehrere Bücher über Kunst, Rasse und Geschlecht verfaßt. Einige ihrer Essays sind auf Englisch erschienen. Der Text stammt aus dem Katalog Von der Geschichte zum Schweigen gebracht - Das Werk Tomiyama Taekos *der Ausstellung, die 1995 in Tokio gezeigt wurde.*

Kai Kaschinski

In Contact with God?

Filmrezension

Als Science-Fiction-Fan habe ich mich auf ein großes Kinojahr gefreut. „Das fünfte Element", „MIB", „Alien 4", diverse andere Filme und dazwischen einer mit Anspruch: *Contact*. Im Kinosessel zeichnet sich dann jedoch allzu schnell ab, daß es unnötig ist, bei diesem Film bis zum Abspann mit dem Urteil zu warten. Dem Film, der seinen Anspruch u.a. mit dem Ausbleiben schleimiger grüner Männchen begründet, hätten ein paar Dutzend dieser skurrilen Gestalten ganz gut getan.
Regisseur Zemeckis hat mit seiner Verfilmung der Story des bekannten Astronomen Carl Sagan versucht, ein beliebtes Thema des Genres, den Widerstreit zwischen Wissenschaft und Spiritualität bei der Suche nach Gott und der universellen Wahrheit, umzusetzen. Anders als jedoch bei Startrek 5, *Am Rande des Universums*, wo die Suche nach dem Gottesbeweis als Irrweg entlarvt wird und sich das göttliche Wesen als hinterhältiges Monster entpuppt, versucht Zemeckis in seinem Film moderne Spiritualität, sprich New-Age-Ideologie, und Wissenschaft miteinander auszusöhnen. So wird der Film als oberflächliche Studie über Religiösität in den USA angelegt und die Science-Fiction-Elemente zum illustren Beiwerk. Eine Orientierung, die ich zugegebener Weise nicht erwartet habe und die mich zu einer gequälten Menge an Selbstironie veranlaßte, da ich gerade einige ziemlich aufreibende politische Auseinandersetzungen um den Bremer New-Age-Kongreß „Visionen menschlicher Zukunft" hinter mir hatte und mich eigentlich u.a. davon im Kino erholen wollte. Ich beschloß also den Film mehr oder minder als eine Art Studienobjekt zu betrachten und meine Anwesenheit im Kino als eine nachträgliche Bestätigung für die Notwendigkeit unserer New-Age-Kritik zu verstehen.
Das Umfeld, in dem die Religionsstudie angesiedelt ist, ist, soweit es sich um die Geschichte der von Jodie Foster gespielten Astronomin, Ellie Arroway, handelt, an die wahre Geschichte der Astronomin und Direktorin des privaten *Seti Institute (auf der Suche nach extraterrestrischer Intelligenz)*, Jill Tarter, angelehnt. Beide, sowohl die Film- als auch die Reality-Astronomin, sind auf der Suche nach außerirdischer Intelligenz, beiden werden die Mittel für ihre Vorhaben beschnitten, so daß sie sich an private Geldgeber wenden müssen. Anders als im wirklichen Leben hat Ellie Arroway Erfolg und nimmt tatsächlich Kontakt auf. Kaum ist die Sensation bekannt, wird sie aber durch die vorher ihre Arbeit ablehnenden Eminenzen der Politik um ihre Lorbeeren gebracht. Sie erscheint als dem System der Macht gegenüber hilflose Wissenschaftlerin und das, obwohl sie theoretisch alle Trümpfe in der Hand hält und ein wahres wissenschaftliches Genie zu sein scheint. Statt an dieser Stelle eine zumindest unterhaltsame Auseinandersetzung mit dem Genre-Thema der dunklen Seite der Macht zu entwickeln, gründet Zemeckis die Widersprüchlichkeit Ellies auf dem simpel-patriarchalen 'schwache Frau'-Klischee. Ellie wird zum Spielball, der nur deshalb davor bewahrt wird vorzeitig ausgetauscht zu werden, weil ihr Mentor aus dem Hintergrund und ihr Lover, Palmer Joss alias Matthew McConaughey, sie 'vor Schlimmeren beschützen'.
Palmer, der im Verlauf der Jahre zum spirituellen Berater des US-Präsidenten geworden ist, verkörpert im Film den fortschrittlichen Religiösen, der das New Age vertritt. Ihm zur Seite sind zwei andere Religiöse gestellt, um die Religionsstudie zu komplettieren. Der eine von ihnen ist ein konservativer religiöser Senator, der dermaßen veraltet daherkommt, daß es staubt, sobald er einen seiner kurzen Monologe spricht. Der zweite ist ein fundamentalistischer Terrorist, der wiederum so ausgeflippt ist, daß es völlig irreal erscheint, als diese Witzfigur die ganze Raumfahrtbasis in die Luft sprengt, um den Flug zu den Außerirdischen zu verhindern.
Nachdem die erste Raumfahrtbasis und mit ihr Ellies Konkurrent um den einzigen Flugplatz zu den Außerirdischen in die Luft gesprengt wurde, kann sich für einen Moment die vage Hoffnung entwickeln, daß der Film kurzweiliger wird. Statt einer interessanten Problemlösung wird jedoch wie aus einem Zauberhut eine zweite Basis präsentiert. Ellie darf in die Kapsel steigen und trifft nach einer Achterbahnfahrt durch ein Wurmloch tatsächlich auf eine fremde Lebensform, die die Gestalt ihres verstorbenen Vaters angenommen hat. Eine seit Beginn der Vorführung zu erahnende Situation, da Ellies Charakter im wesentlichen über ihre Kindheitserinnerungen an den Verlust ihrer Eltern entwickelt wird. Aus diesen Erlebnissen werden ihre Motivation zur Suche nach der Wahrheit - symbolisiert in der Figur des verstorbenen Vaters - als auch die Beziehungsängste gegenüber Palmer konstruiert. Ihre wissenschaftliche Arbeit wird hier zur Vergangenheitsbewältigung und Spiegel ihrer Gemütsverfassung.
Zurückgekehrt von ihrer Reise durchs Universum glaubt niemand Ellie, daß sie eine Begegnung mit einer fremden Art hatte. Während sie 18 Stunden durchlebte, verging auf der Erde gerade mal eine Sekunde. Da niemand auf die naheliegende Idee kommt dies einem Loch im Raum-Zeit-Gefüge zuzuschreiben, landet Ellie vor einem der Mc-Carthy-Ära nachempfundenen Untersuchungsausschuß und wird dort in die Enge getrieben. Letztlich bleibt ihr, der wissenschaftlichen Hardlinerin, nichts anderes übrig, als gestehen zu müssen, keinen wissenschaftlichen Beweis für ihr Erlebnis vorlegen zu können. Das Außerirdische läßt sich eben nicht beweisen.
Krönender und wirklich passender Abschluß des Films ist Palmers Statement nach Verlassen des Untersuchungsausschusses auf die Frage, ob denn er Ellie glauben würde. Woraufhin er sinngemäß antwortet, daß sie, wenn sie auch unterschiedlichen Berufszweigen angehören, dennoch beide auf der gleichen Suche nach der Wahrheit sind. So versöhnen sich New Age und Wissenschaft der Gegenwart und der Pater(nalist) hat das letzte Wort. Ellie sitzt bereits im Auto und wartet brav auf ihn.

Wie nachhaltig bin ich?

Der ultimative Nachhaltigkeitstest

? 1. Sie sehen eine leere Dose vor sich auf der Straße liegen? Was tun Sie?

a. Sie gehen weiter.
b. Sie kicken sie mit Genuß in den Rinnstein, vorausgesetzt es sieht Sie niemand.
c. Sie werfen Sie in den nächsten Papierkorb.
d. Sie nehmen sie mit, um sie zu Hause in den gelben Sack zu werfen.

? 2. für IHN:
Sie sehen Ihre Frau/Freundin beim Bügeln. Wie verhalten Sie sich?

a. Sie schließen die Tür.
b. Sie kaufen ihr einen Bügelautomat.
c. Sie organisieren für sie einen Nachmittagskreis "Gemeinsames Bügeln".
d. Sie bestehen auf ungebügelte Wäsche.

? 2. für SIE:
Sie möchten ausgehen, der Babysitter kommt gerade und Sie wollen in 10 Minuten los. Da signalisiert Ihr Kind unmißverständlich, daß es sägenden Hunger hat.

a. Sie schieben die Iglo-Schinken-Käse-Pizza ins Rohr, von denen Sie immer eine Handvoll im Gefrierfach haben.
b. Sie erklären Ihrem Kind, daß Hungern eine wichtige Erfahrung ist, die es mit vielen Menschen auf diesem Planeten teilt.
c. Sie drücken dem Babysitter 10 Mark in die Hand und erklären ihm, er soll sich was einfallen lassen.
d. Sie fragen das Kind, welche von den selbsteingemachten Köstlichkeiten es haben möchte, die Sie im Vorratsregal im Keller haben.

? 3. Ihr Arbeitsplatz ist bedroht.

a. Sie gehen freiwillig und freuen sich über die viele Freizeit, die Sie jetzt haben bzw. wo Sie sich jetzt ihren Kindern widmen können.
b. Sie organisieren sich und kämpfen für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.
c. Sie prozessieren, erstreiten eine Abfindung und legen sich erstmal auf die faule Haut.
d. Sie warten, bis Sie rausgeworfen werden, und schließen sich dann einer Arbeitsloseninitiative an.

? 4. Sie machen mal richtig Urlaub. Wie verbringen Sie den?

a. Urlaub? Sie? Für sowas haben Sie keine Zeit.
b. Sie fahren mit dem Fahrrad ins Umland und helfen der Mosterei Ihrer Wahl, die Ernte einzubringen.
c. Sie genehmigen sich den langersehnten Flug nach Lanzarote.
d. Sie stellen sich mit dem Daumen an die Autobahn, um zum Intergalaktischen Treffen in Spanien aufzubrechen, für das Sie sich seit einem halben Jahr angemeldet haben.

? 5. Sie haben Gäste aus Uruguay. Was haben Sie für das Wochenende geplant?

a. Sie haben eine Führung durch die städtische Kläranlage gebucht - das interessiert die bestimmt.
b. Sie leben an diesem Wochenende besonders eingeschränkt, um Ihre Solidarität mit den Lebensverhältnissen im Süden auszudrücken.
c. Sie nehmen sie mit in ihre Lieblingskneipen.
d. Sie zeigen ihnen Ihre Aufzeichnung der Bundestagsdebatten der letzten 15 Jahre.

? 6. Ihre Mutter wird krank. Was tun Sie?

a. Sie schicken ihr das Buch "Krankheit als Chance".
b. Sie fahren hin und pflegen sie Tag und Nacht.
c. Sie raten ihr, in eine private Krankenkasse zu wechseln.
d. Sie rufen Ihren Bruder an und deuten an, daß sie ihr Testament ändern will.

? 7. Für IHN:
Ihr Partnerin eröffnet Ihnen, daß sie ab sofort nicht mehr die Pille nimmt. Wie reagieren Sie auf diese Situation?

a. Sie kaufen sich sofort einen Hodenwärmstuhl.
b. Sie tun nichts. Irgendwas wird sie sich schon dabei gedacht haben.
c. Sie testen sofort, ob Sie gegen Latexkondome allergisch sind.
d. Sie lassen sich sterilisieren.

? 7. Für SIE:
Ihr Partner zeigt seit geraumer Zeit ein ausgesprochenes sexuelles Desinteresse an Ihnen und läßt keinerlei Reaktion auf dezente Signale erkennen. Wie gehen Sie damit um?

a. Die Ernährung. Es muß an der Ernährung liegen!
b. Wird Zeit für die alljährliche Kur im biogenetischen Tantra-Workshop.
c. Sex ist nicht so wichtig.
d. Vielleicht ist mein Partner nicht so wichtig.

? 8. Rio ist für Sie

a. ein Reiseziel.
b. eine Verpflichtung.
c. gutes Politmarketing
d. ein großer Künstler, der mich mit "Alles Lüge" tief beeinflußt hat.

Vor dem Umblättern

gilt es hier erst einmal entsprechend der Antworten die Buchstaben zu notieren. Wie oft wurde das A, B, C oder das D gewählt?

Frage	Antwort	Buchstabe
Frage 1	a)	D
	b)	B
	c)	C
	d)	A
Frage 2 (für IHN)	a)	B
	b)	D
	c)	A
	d)	C
Frage 2 (für SIE)	a)	B
	b)	A
	c)	D
	d)	C
Frage 3	a)	A
	b)	D
	c)	B
	d)	C
Frage 4	a)	D
	b)	A
	c)	B
	d)	C
Frage 5	a)	A
	b)	C
	c)	B
	d)	D
Frage 6	a)	A
	b)	C
	c)	D
	d)	B
Frage 7 (für IHN)	a)	C
	b)	D
	c)	A
	d)	B
Frage 7 (für SIE)	a)	C
	b)	A
	c)	D
	d)	B
Frage 8	a)	D
	b)	C
	c)	A
	d)	B

Und jetzt zur Typenlehre

Am meisten A: Der ökotechnokratische Typ

In Sachen Nachhaltigkeit macht Ihnen niemand etwas vor. Sie können dem Biobauern auf den Kopf zusagen, daß seine bauchigen, schwer zu schleppenden Milchflaschen auch keine bessere Ökobilanz haben als Tetrapack, wenn man den erhöhten Mineralölverbrauch durch das höhere Transportgewicht einbezieht. Sowas schütteln Sie aus dem Ärmel.
Sie habe eine große Karriere vor sich, und ein ruhiges, erschütterungsfreies Privatleben. Sie werden immer die richtige Therapie oder Beratungsgruppe für Ihre Mitmenschen empfehlen können. Sie wählen Ihre Kleidung nach dem CW-Wert aus und das Radioprogramm nach der optimalen ergonomischen Stimulanz. Man wird Ihnen die goldene Nadel der Nachhaltigkeit verleihen, und Sie werden jetzt schon als ganz heißer Tip für die Nachfolge von Ulrich Weizsäcker am Wuppertal Institut gehandelt.
Reden kann man mit Ihnen nicht. Aber wozu auch. Sie wissen ja eh' schon alles. Wir würden Ihnen gerne vorwerfen, daß Sie zuwenig Spaß im Leben haben, aber wir können es nicht. Denn Sie lieben es, 25 Stunden am Tag nachhaltig zu sein. Aus ganzer Seele.

Nachhaltigkeitsgrad: 101 %

Am meisten B: Der lustbetont-anarchistische Typ

Nicht, daß Sie gesellschaftlich besonders anerkannt wären. Manche Leute runzeln schon die Stirn, wenn Sie bloß Ihren Namen hören. Aber das stört Sie wenig, denn Sie haben etwas, was die anderen Typen nicht haben: Sie haben Spaß!
Sie retten nicht den Planeten oder die Wale, sondern erstmal sich. Sie weigern sich, Ihre Tage mit der Jagd nach dem einwandfreisten Ökogemüse der Stadt zu verschwenden. Sie verhüllen Ihre neuen CDs nicht schamhaft mit einem Staubtuch, wenn Besuch kommt. Und Ihre FreundInnen werden nie begreifen, warum ausgerechnet Sie für Ihre Projekte immer die tollen Öko-Anträge durchkriegen. Sie sind eben clever und kennen die Stichworte.
Es überrascht Sie vermutlich, wie nachhaltig Sie nach unserer Bewertungsskala sind. Aber Leute wie Sie sind das, was der Planet braucht. Sie machen keine wahnsinnigen Erfindungen, Sie würden nie eine Rakete bauen die zum Mond fliegt, Sie richten keinen Schaden durch technologischen Missionierungsdrang an. Ihr Auto hat atemberaubend miserable Abgaswerte, aber dafür kaufen Sie auch bloß eins in zehn Jahren. Und für die Menschen, die Sie zu schätzen wissen, sind Sie besser als jeder Konsumexzess. Rufen Sie uns mal an!

Nachhaltigkeitsgrad: 67 %

Am meisten C: Der ökomoralische Typ

Vorsicht! Sie sind möglicherweise ein Krebspatient. Auch für geheimnisvolle, medizinisch nicht greifbare Lähmungserscheinungen oder andere hypochondrische Beschwerden sind Sie wie geschaffen. Soviel, wie Sie an der Welt zu leiden haben, oder genauer: an der Unverantwortlichkeit und Ausschweifung Ihrer Mitmenschen. Wahrscheinlich führen Sie heimliche Dossiers über die Öko-Sünden Ihrer Bekannten.
Aber warum auch nicht. Werden Sie ruhig krank. Dann können die anderen mal sehen, was Sie angerichtet haben! Was Ihnen vermutlich viel unangenehmer ist: Sie sind bei weitem nicht so nachhaltig, wie Sie sich einbilden! Nicht nur, daß Sie die Welt mit Ihrem larmoyanten Querulantentum nicht ändern. (Natürlich nicht. Sie haben immer schon gewußt, daß Sodom zu Staub zerfallen wird.) Nein, vor allem wegen der verheerenden anti-nachhaltigen Effekte, die Sie auf Ihre Mitwelt haben. Menschen, die eine halbe Stunde bei Ihnen waren, können gar nicht anders, als sich anschließend in einen halbstündigen Kaufrausch zu stürzen, um die Beklemmung loszuwerden, die sie durch Sie empfunden haben. Und wie viele Leute treffen Sie am Tag? Na? Rechnen Sie das mal zusammen, was Sie da anrichten!

Nachhaltigkeitsgrad: 33 %

Am meisten D: Der fordistische Typ

Bei Ihnen wird das nichts mit der Nachhaltigkeit. Sie gehören einer aussterbenden Art an: jener schon totgeglaubten Spezies, wo die Männchen mit 45 einen dieser tonnenschweren Mercedesse der S-Klasse in der Garage haben, mit 55 glauben ihre Rente sei sicher und mit 65 an Herzinfarkt sterben, und wo die Weibchen ihr Brutverhalten am berühmten Drei-Phasen-Modell orientieren (Beruf-Kinder-Wiedereintritt). Ökologie ist für sie das, womit langhaarige Spinner versuchen, unseren Wohlstand zu untergraben.Aber das Schlimme ist: Spaß haben Sie auch keinen! Ihre Zukunftsperspektive ist jedenfalls düster: Mit der Zeit wird Sie niemand mehr verstehen; Sie werden wegrationalisiert und in einem Museum ausgestellt werden, und Ihre EnkelInnen werden sich schämen, wenn sie mit der Klasse bei den Führungen vorbeikommen.
Ihre totale Verweigerung gegenüber den Zeichen der Zeit könnte fast als innere Stärke mißverstanden werden, wenn wir nicht genau wüßten, daß es einfach bloß Ignoranz ist. Bestellen Sie am besten unsere 37-teilige Broschürenserie "Warum Rio auch Ihr Leben verändert hat, auch wenn Sie es bis jetzt noch nicht bemerkt haben." Das ist Ihre letzte Chance. Rufen Sie jetzt an!

Nachhaltigkeitsgrad: 0 %

alaska-TV

"Maskulinitäten"

In unserer Reihe "Zeitgenössische Maskulinitäten" zeigen wir heute:

Da war doch noch was?

... der "TERMIN-nator"!

Nochmal langsam: heute ist der siebenundzwanzigste

Morgens bei der Demo gegen Tierversuche ... Flugblätter abgeholt ... Vorbereitungstreffen `Kommt Strauß wieder´ ...

... Kaffeetrinken mit Julia, Blumengießen bei Susanne, Tamagotschi füttern bei Angelo ...

... Redaktionssitzung, Interview, Selbsthilfetreffen `männlicher Kinderwunsch´. Doch ich hab´ alles!

Übrigens ... heute ist Donnerstag!

Aaargh!

Die Entspannungsgruppe! Ich habe die Entspannungsgruppe vergessen!

The legend lives?

Deutschland im Jahr 2000: Während sich eine rot-grüne Regierungskoalition müht, der verblichenen schwarz-gelben in Sachen neoliberalen "Reform"-Eifers den Rang streitig zu machen, steckt die gesamte Linke in einer nun schon über ein Jahrzehnt andauernden tiefen Krise. Die gesamte Linke? - Eine kleine, aber größer werdende streitbare Schar von InternationalistInnen hat den auf lange Sicht gar nicht so aussichtslosen Kampf um die kulturelle Hegemonie im Land wieder aufgenommen. Sie stößt längst überfällige Debatten an, lehrt die Mächtigen durch phantasievolle Aktionen das Fürchten und zeigt der ganzen Welt, wie schön ein Leben jenseits des Kapitalismus sein könnte.

Die Weichen hierfür wurden drei Jahre zuvor gestellt, genauer vom 21. bis 23. November 1997: In der beschaulichen, heute aber fast vergessenen Stadt Bonn am Rhein tagte der Kleine BUKO. Sein Auftrag hieß, die Internationalismus-Bewegung durch neue inhaltliche Perspektiven und veränderte Strukturen wieder attraktiv und handlungsfähig zu machen. Das war nötig geworden, weil sich der BUKO als bundesdeutscher Dachverband der Bewegung ebenfalls in einer tiefen Krise befand. Auch wenn sich das heute kaum jemand mehr vorstellen kann: Die Krise war sogar so tief, daß viele bereits den Mut aufgegeben hatten und zunächst gar nicht anreisen wollten. Wer dann tatsächlich fernblieb, ärgert sich noch heute. Denn an besagtem Wochenende ereignete sich etwas, was viele damals allenfalls in ihren kühnsten Träumen zu hoffen wagten: Der "Ruck", von dem nach der markigen Ansprache des Bundespräsidenten im selben Jahr alle gedacht hatten, er würde durch die deutsche Wirtschaft gehen, ging durch den BUKO.

Wie es dazu kam? Nun, zum einen gaben sich alle Beteiligten große Mühe, zum anderen hatten sie sich für eine Methode entschieden, die zwar auch damals schon nicht mehr so ganz neu war, die ihre Mühe aber erst so richtig kreativ werden ließ: die Zukunftswerkstatt. Nach einer ausgiebigen Phase des Kennenlernens, in der sie sich gegenseitig erzählten, was sie mit dem BUKO verband, zählten sie all jenes auf, was ihnen an dem ganzen Laden stank, und überlegten, was wohl die Ursachen ihrer Unzufriedenheit sein könnten. Zur Sprache kam etwa, daß der BUKO nach außen hin kaum noch wirkungsvoll in Erscheinung trat, daß sich kaum Leute finden ließen, die zur Mitarbeit in seinen Gremien bereit wären, daß viele "Neue" nach ihrem ersten Kongreßbesuch dem BUKO wieder den Rücken kehrten und vieles mehr. Natürlich waren auch frühere Debatten ein Thema. Schließlich galt es, sich die eigene Geschichte zu vergegenwärtigen und die Besonderheiten der Situation in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu ergründen.

Das war die sogenannte "Kritikphase", der der Versuch folgte, der damaligen Situation positive Utopien gegenüberzustellen. Letzteres geschah frei von dem Zwang, die Realisierbarkeit der entwickelten Ideen nachweisen zu müssen. Der Phantasie wurde einfach freien Lauf gelassen, was sich als eine äußerst kreative Vorgehensweise erwies. In einem Wettlauf der Ideen steuerte jedeR ihren/seinen Teil zu den utopischen Modellen für den BUKO 2000 bei. Durch diese "Phantasiephase" hochmotiviert, machten sich die TeilnehmerInnen des Kleinen BUKO daran, in der "Verwirklichungsphase" Utopie und Realität einander anzunähern. Sie prüften ihre Ideen auf ihre Realisierbarkeit hin und stellten fest, daß vieles gar nicht so abwegig war: Selbst die kühnsten Gedankengebäude lieferten Anhaltspunkte für die weitere praktische Arbeit. So standen am Ende dieser Phase mehrere realitätstaugliche Struktur-Modelle, die den zahlreichen inhaltlichen Impulsen zu einer breiten Wirksamkeit zu verhelfen versprachen.

Damit war die Zukunftswerkstatt beendet, nicht jedoch der Kleine BUKO. Denn dieser war befugt, wegweisende Entscheidungen zu treffen, was er dann auch tat: Auf die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt zurückgreifend, setzte er inhaltliche Akzente und reformierte die BUKO-Struktur. Beim BUKO '98, dessen Zustandekommen vor dem Kleinen BUKO noch fraglich erschien, machte sich die Reform erstmals bemerkbar: statt zäher Debatten engagierte Diskussionen, statt mangelnden Engagements mehr KandidatInnen als Plätze in den Gremien, statt biederer Lokalzeitungskommentare zwei Sonderseiten in der TAZ. Der BUKO war wieder da und ist es bis heute. Wird er wohl der müden Linken neues Leben einhauchen?

Kleiner BUKO 1997

21.-23. November in Bonn

Hamburg, 13.10.1997

An alle BUKO-Mitgliedsgruppen

Liebe Leute aus den BUKO-Mitgliedsgruppen,

mit diesem Schreiben möchten wir Euch noch mal auf den im November in Bonn stattfindenden Kleinen BUKO hinweisen (vgl. hierzu BUKO-Rundbrief, Aug. 97 und die letzte Nummer der alaska).

Wie Ihr dem beiliegenden Aufruf entnehmen könnt, wurde auf einem Treffen der Vorbereitungsgruppe in Bochum entschieden, den Kleinen BUKO in Form einer Zukunftswerkstatt zu organisieren. Bisher ist die Resonanz aus den BUKO-Mitgliedsgruppen leider sehr bescheiden. In den letzten Jahren hat sich eine Abwarte- und Delegationshaltung verstärkt, die auf Vorgaben "von oben" oder "außen" wartet. Die Entscheidung darüber, wie es mit dem BUKO weitergehen soll und welche Strukturreformen gegebenenfalls geboten sind, sollte jedoch Sache aller sein. Auf dem Kleinen BUKO werden vermutlich Weichenstellungen gestellt, die für die weitere Zukunft des Zusammenschlusses von entscheidender Bedeutung sein können.

Deshalb unsere nochmalige, dringende Bitte an Euch, auf diesen Prozeß Einfluß zu nehmen und ihn in Euren Gruppen zu diskutieren. Schriftliche Stellungnahmen sind hochwillkommen. Die beste Form der Beteiligung bleibt natürlich die Teilnahme am Kleinen BUKO selbst.

Der Kleine BUKO wird vom 21. bis 23. November in Bonn stattfinden. Die Teilnahme ist kostenlos. Eine genaue Anreisebeschreibung schicken wir so bald wie möglich nach Eingang der Anmeldung zu. Gleiches gilt für vorbereitende Materialien. Reisekosten werden im Rahmen unserer Möglichkeiten anteilig erstattet.

Herzliche Grüße

Eure BUKO-Geschäftsstelle

Ablauf

Freitag, 21. November

18 Uhr Abendessen
19 Uhr ausgiebige Vorstellungsrunde
20 Uhr Zukunftswerkstatt I: Kritikphase

Samstag, 22. November

8.30 Uhr Frühstück
9.30 Uhr Zukunftswerkstatt II: Phantasiephase
12.30 Uhr Mittagessen
15 Uhr Zukunftswerkstatt III: Verwirklichungsphase
18.30 Uhr Abendessen

Sonntag, 23. November

8.30 Uhr Frühstück
9.30 Uhr Beschlußphase: inhaltliche Perspektiven, Strukturreform, ggf. Wahlen
12.30 Uhr Mittagessen

Der Kleine BUKO wird in Kooperation mit dem AKE Vlotho veranstaltet. Tagungsort ist Bonn. Wegen der Methode "Zukunftswerkstatt", deren Elemente aufeinander aufbauen, ist die dauernde Anwesenheit erforderlich. Die Teilnahme ist kostenlos. Fahrtkosten werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten anteilig erstattet.

Anmeldung:
BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg,
Tel.: 040/393156,
Fax: 040/3907520.

Wohin schwimmt der Fisch?

Treffen des Arbeitsschwerpunktes "Nachhaltigkeit und Herrschaft" (Schwertfisch) vom 26./27.9.97 in Wuppertal

Anwesend: Armin, Bernhard, Claudia, Heinz-Jürgen (Wuppertal), Christoph G., Claudia, Clemens, Kai (Bremen), Susanne (Osnabrück)

Nachdem die letzten Monate von einem Konflikt zwischen einzelnen Beteiligten des Arbeitsschwerpunktes überschattet waren und lange Zeit kein Treffen mehr stattgefunden hatte, hatten Armin und Bernhard im Vorfeld einen Fragebogen verschickt, um das Verhältnis der bislang Beteiligten zum "Schwertfisch" zu klären. Von den meisten Anwesenden wurde betont, für wie wichtig sie den Arbeitsschwerpunkt halten. Auch die überwiegende Zahl der schriftlichen Rücksendungen sprach sich dafür aus den Fisch zu erhalten: es würden dort Diskussionen geführt, wie es sie sonst nicht gibt.

Davon ausgehend nahm die Aufarbeitung der vergangenen Ereignisse die meiste Zeit der zwei Tage ein. Angesichts der verschiedenen Haltungen und Einstellungen zu Fragen der politischen Organisation, dem Verständnis von "Gegenmacht", des Verhältnisses zwischen Arbeitsschwerpunkt und BUKO, und der Darstellung in der Öffentlichkeit wurden das Bisherige reflektiert. Dabei wurden die beiden Pole "Machtpoker" contra "Beliebigkeit" als die jeweiligen Schreckgespenster charakterisiert und das Problem gewälzt, wie sich das Verhältnis von individueller Autonomie und kollektiver Widerständigkeit darstellt.

Darüberhinaus gab es von einigen die Einschätzung, daß es nach dem BUKO in Heidelberg dem "Fisch" nicht gelungen ist, das Thema "Gegenmacht" wie es für den BUKO in Paderborn formuliert worden ist, gemeinsam als Herausforderung zu sehen und diese zu bearbeiten. In Bezug auf die Sitzungen des vergangenen Jahres wurde festgestellt, daß die unterschiedlichen politischen Überzeugungen und Haltungen, wie sie sich auch in den Themen wie "Politisierung der Subsistenz", "Autonomie versus Ökologie", oder auch "Abwicklung des Nordens" wiederspiegeln, zwar angesprochen wurden, sich aber nicht wirklich offen damit auseinandergesetzt wurde.

Trotz aller Selbstkritik überwog ein positiver Bezug auf die bisherige Zeit und die Überzeugung auch weiterhin an den brisanten Themen dran zu bleiben, genannt wurden u.a.: Definition und Umsetzung von "Gegenmacht", die Bedingungen und Möglichkeiten von politischer Organisation, aktuelle feministische Kritik, Natur und Technik (bis hin zu Cyberspace).

Das nächste Fischtreffen wird am 1./2. November 1997 in Wuppertal stattfinden. Als Thema ist vorgesehen: Neuere Feminismen: Der Wandel des Geschlechterverhältnisses und die Auseinandersetzung um die Dekonstruktion.

Noch ein Nachhaltigkeitsreader?

"Nachhaltige Entwicklung" gehört inzwischen zu jeder Regierungserklärung, die sich nur im entferntesten mit Umwelt und/oder Entwicklung auseinandersetzt. Schon seit einiger Zeit versucht sich auch die Industrie, als Ökologisch korrekt zu verkaufen. Veröffentlichungen wie der Reader des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL) (2/96) und mehrere Bücher (Eblinghaus/ Stickler 1996, Spehr 1996, Schwertfisch 1997*) zeigen, daß auch auf einer anderen Ebene eine kritische Auseinandersetzung um den Begriff der "nachhaltigen Entwicklung", und den Inhalten die sich hinter diesem verbergen, stattfindet. Diese fortdauernde Auseinandersetzung hat auch 1996/1997 zur Veröffentlichung einer Unzahl an Texten geführt, von denen viele in dem Reader zusammengeführt werden. Die Fortführung der Diskussion soll damit nachvollziehbar und ein Einstieg in die Debatte möglich gemacht werden.
Der Reader beschäftigt sich weniger mit den Verlautbarungen von "offizieller" Seite, als mit der Diskussion, die im Zusammenhang mit der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" (BUND-/Misereor, Wuppertaler Institut 1995) und der allgemeinen Debatte um "Nachhaltige Entwicklung", die im intenationalistisch und entwicklungspolitisch orientiertem Umfeld geführt wurden. Entstanden ist der Reader, der von Merten Sievers zusammengestellt wurde, während eines Praktikums in der BUKO-Geschäftsstelle. Ergänzt wird er durch eine Literaturliste, die vor allem Zeitschriftenartikel der Jahre '95-'97 zu "Nachhaltiger Entwicklung" enthält.

*Diese Bücher sind auch über die BUKO-Geschäftsstelle zu beziehen: Schwertfisch (1997): Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie. Bremen; Eblinghaus, H.; Stickler, A. (1996):Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development. Frankfurt; Spehr, C. (1996): Die Ökofalle: Nachhaltigkeit und Krise. Wien.

Erhältlich ist der Reader (gebunden, 140 S., 15.-DM) bei der BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040/393156, Fax. 040/3907520, e-mail: buko@cl-hh.cl.sub.de

Bernd Hüttner

Goldhagen und die deutsche Linke

Im September 1996 erschien das Buch *Hitlers willige Vollstrecker - Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust* auf deutsch, nachdem die amerikanische Ausgabe schon vorher in den Medien für sehr viel Aufsehen gesorgt hatte. Goldhagen untersucht in seiner Doktorarbeit anhand der Todesmärsche bei der Auflösung der KZ in den letzten Kriegsmonaten, anhand der Massenerschießungen in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten und drittens der Arbeitslager den Holocaust und das Handeln der Täter.
Die beiden zentralen Thesen von Goldhagen über die Täter sind: Die antisemitischen Auffassungen der Deutschen waren die Triebkraft, die Jüdinnen und Juden zu töten. Zweitens: Der Vernichtungseifer, den die ganz gewöhnlichen Deutschen in den Mordinstitutionen und -situationen an den Tag gelegt hatten, war auch von anderen gewöhnlichen Deutschen, sofern sie die Möglichkeit zu töten erhielten, zu erwarten. Diese Thesen widerlegen das gängige Lügen-Bild vom Morden aus Unwissen oder gar aus Angst vor Repressalien. Nein, es war anders: Wie es auch schon in der "Wehrmachtsausstellung" genannten Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" des Hamburger *Institutes für Sozialforschung* zu sehen war, machte es den Tätern Spaß und sie waren mit Überzeugung, wenn nicht mit Lust dabei.
Hier setzt nun das Buch *Goldhagen und die deutsche Linke* ein. Es ist eine Gemeinschaftsarbeit von acht AutorInnen aus dem antinationalen Spektrum und kritisiert vehement, daß die deutsche Linke sich immer noch gegen diese beiden zentralen Thesen von Goldhagen sträube und damit hinter die Erkenntnisse des antifaschistischen Liberalen Goldhagen zurückfalle. Die Linke weigere sich durchgängig, und dies gelte sogar für Teile der antinationalen Linken, sich mit den Inhalten von "Hitlers willige Vollstrecker" auseinanderzusetzen. Ein Großteil lehne seine Thesen ab, da sie das eigene Selbstverständnis in Frage stellen würden. So sei es z.B. immer noch nicht Konsens, auch dies eine der wichtigen Thesen Goldhagens, daß der Holocaust das kennzeichnende Merkmal des Nationalsozialismus gewesen sei. Die Linke, verfolge auch wenn sie ihm zustimme, nur die Aufnahme der Studie in der Öffentlichkeit und thematisiere nicht ihre Inhalte.
Die Autoren von *Goldhagen und die deutsche Linke* untersuchen in ihrem Buch die inhaltlichen Zentralaussagen des Buches von Goldhagen und referieren diese. Ob dies die Lektüre des bislang nicht in einer Taschenbuchausgabe vorliegenden "Hitlers willige Vollstrecker" ersetzen kann, vermag ich nicht zu beurteilen. Dann kritisieren sie Goldhagen, untersuchen vor allem die Abwehrhaltung der Linken und diskutieren, warum die Linke der Konfrontion mit der Nazi-Vergangenheit und den deutschen Zuständen aus dem Weg geht. Was die Ursachen dafür sind, wird im dritten Abschnitt untersucht. Sie nennen vor allem das Aufwachsen im Sozialisationsgeflecht der postfaschistischen Demokratie, die nationalistische Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und den Mythos des "anderen, besseren Deutschland", der im Exil entstand und Generationen von Linken prägte. Der letzte Teil nennt Antisemitismus als wichtige Grundierung deutscher Politik - man denke nur an die Begriffe "Volk" oder "deutsche Qualitätsarbeit" - und diskutiert den spezifischen Charakter des Nationalsozialismus als "deutscher Revolution".

Rezensionen

Goldhagen und die postfaschistische Demokratie

Goldhagen und die deutsche Linke ist ein wichtiges und gutes Buch. Es kommt richtig, um all jenen Linken und AntifaschistInnen entgegenzutreten, die immer noch einem ökonomistischen Faschismusbegriff anhängen und einen Gegensatz zwischen "den Deutschen" und dem Nationalsozialismus, den sie dann meist "Faschismus" nennen, konstruieren. Es ist ein wirksames Mittel gegen die deutsche Linke, die immer zuerst deutsch und erst dann links war. Aber Goldhagen ist kein Antinationaler. Das beweist - neben anderem - *Aus der Geschichte lernen*, die Dokumentation der Verleihung des von der linksliberalen Zeitschrift mit traditionskommunistischer Vergangenheit *Blätter für deutsche und internationale Politik* verliehenen Demokratiepreises an Goldhagen im März 1997. Neben zwei relativ nichtssagenden Reden von Jürgen Habermas und Jan Philipp Reemtsma ist die (Dankes-) Rede von Goldagen abgedruckt, in der er die Bundesrepublik bis über den grünen Klee lobt. Nur ein Zitat: "Ich kenne kein anderes Land, das so offen und konsequent mit den unrühmlichen und schrecklichen Kapiteln der eigenen Vergangenheit umgeht". Zwar will Goldhagen nicht so verstanden werden, daß "nun ein Schlußstrich gezogen werden könne", aber die ganzen Grünen und Liberalen und viele andere werden doch mehr als aufgeatmet haben, als sie diese Rede hörten oder lasen. Es scheint, daß die gründliche Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus eine Annäherung an die heutige Demokratie zu befördern scheint. Goldhagen oder auch die MacherInnen der Vernichtungskrieg-Ausstellung (Reemtsma, Hannes Heer) sind dafür Beispiele. Sie laufen Gefahr mit zur Legitimation der postfaschistischen Demokratie beizutragen, die viel-

leicht gar nicht so "post-" ist, wie immer der Eindruck erweckt wird.
Dies aber als Vorwand zu nehmen, sich nicht mit den Erkenntnissen der genannten Wissenschaftler zu beschäftigen, ist Heuchelei oder Ignoranz. Der Nachholbedarf, was die Konfrontation mit Nationalsozialismus und Antisemitismus angeht, liegt eindeutig auf Seiten der Linken und AntifaschistInnen.

M. Küntzel, K. Thörner u.a.: Goldhagen und die deutsche Linke oder Die Gegenwart des Holocaust; Elefanten Press Verlag Berlin 1997, 192 S., 29,90 DM. - Aus der Geschichte lernen; Blätter-Verlagsges. Bonn 1997. 128 S., 20 DM. Bezug auch über Tel.: 0228/65 01 33.

SHORT CUT

Bernd Hüttner

Soziale Ökologie und Sustainable Development

Das **Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung** und das dieses herausgebende Frankfurter *Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)* ist auch nicht mehr das, was es nie richtig war: Ein Beitrag zu sozial-ökologischer Aufklärung und radikal antiherrschaftlicher Politik und Bewegung. Das Jahrbuch, das zuletzt 1992 erschienen war, versammelt Beiträge, die die Paralellen zwischen "Sustainable development" und dem vom *ISOE* wesentlich geprägten sozial-ökologischen Ansatz deutlichen machen sollen. Das *ISOE* will - noch mehr als bisher - mitreden und die Nachhaltig- und Zukunftsfähigkeit der Industriegesellschaft bestimmt nun mal den Diskurs in der Umweltforschung und -politik. Die Aufsätze sind durchweg sehr wissenschaftlich geschrieben und haben die LeserInnen, die beruflich in die Themen verwickelt sind, zur Zielgruppe. Für andere sind sie auch kaum ohne größeren Aufwand verstehbar. Im einzelnen geht es um die Geschichte und den Umbau der Wasserwirtschaft, Chemie(sierung) und Stoffstrommanagement und die Problematik der theoretischen Annahme, die "Raum" als Schnittstelle zwischen sozialen und ökologischen Systemen ansieht.
Der einzig weiterführende Aufsatz stammt von Irmgard Schultz. Sie setzt sich mit dem ihrer Meinung nach stattfindenden Übergang von zeitlich-historisch begründeten Begriffen von Entwicklung zu solchen mit räumlich-stofflichen Bezügen auseinander. Daran ist interessant, daß Vorstellungen von Emanzipation und eben "Entwicklung" bislang vorrangig immer mit der (Überwindung der) Vergangenheit verbunden wurden. Heute sei es nun so, daß "Entwicklung" mit den Gefahren und Beschränkungen der Zukunft verbunden wird: Der "Rückenwind der Geschichte" wird vom global-ökologisch begründeten "Zugzwang der Zukunft" abgelöst.
War die (feministische) Sozialökologie Ende der 80er Jahre mit ihrer Kritik des patriarchats und seiner Naturwissenschaft, ihrem Krisenbegriff und ihrer Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ein, wenn auch kleiner Teil einer zwar wissenschaftlichen, aber nicht nicht überakademisierten Theorie, die auf Befreiung zielte, so ist sie dies heute nicht mehr. Zu stark sind die immanenten Zwänge des Wissenschafts- und Forschungsbetriebes, denen das *ISOE* ausgesetzt ist. Sie schleifen kritische Forschung unweigerlich ab und wandeln sie in Beiträge zur besseren Verwaltung des Status Quo und seine systemerhaltende Transformation um.

Egon Becker (Hg.): Soziale Ökologie und Sustainable Development. Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 3, 156 Seiten, 29,80 DM, IKO Verlag Frankfurt/Main 1997.

SHORT CUT

Christoph Spehr

Noch ein Glas Sekt! Oder lieber eine Torte? Das Handbuch der Kommunikationsguerilla

Ein Buch wie eine Cocktailparty: Hast du schon gehört? Wußtest du eigentlich schon? Überall stehen Grüppchen herum und erzählen erstaunliche Geschichten, die vielleicht nicht einmal alle wahr sind, aber legendär. Dazwischen doziert jemand überm Sektglas ein paar absurde Theorien, über die man gar nicht richtig zum Nachdenken kommt, die aber irgendwie interessant klingen ... Immer wieder drängen sich Fragen auf wie: Was tue ich eigentlich hier? Wo führt das hin? Ist das nicht alles doch ein wenig ... fragwürdig? Aber es sind sooo tolle Geschichten! Und so coole Analysen, die man sich unbedingt für die nächste Party merken müßte ...
Am Nebentisch unterhalten sich zwei Frauen über die Aktion *lila Eier*, das riesige Stier-Denkmal in München-Giesing, dessen angeberischer Hodensack eines Tages in Pink erstrahlte, und dann in immer neuen Farben, zum Vergnügen der Passantinnen und zum Ärger der Passanten. Und wer plakatierte gleich wieder Litfaßsäulen mit dem Plakat "Ja zum Sex an Bayerns Schulen - Ihre CDU"? Luther Blisset erläutert derweil, wieso das Prinzip des kollektiven

Namens ("Wir sind alle Marcos") eine geniale Idee der zapatekischen Revolution war und in welcher Beziehung es zum Prinzip des *multiplen Namens* steht, dem sich auch Luther Blisset verschrieben hat ("Die Aktion muß durch Luther Blisset ausgerufen und legitimiert werden, aber ihr könnt dazu einfach mich, Luther, uns oder euch selber anrufen.") Und der absolute Brüller hinten an der Bar ist sowieso *Floraglittus veg. epidermica*, eine Entdeckung des *Büros für ungewöhnliche Maßnahmen*. Das *Büro* stellte für die BesucherInnen der Parkanlagen im Potsdamer Sanssouci Immun-Schutzbezüge für die Schuhe bereit, so daß Hunderte in Plastiksäckchen über die Grünanlagen schlurften - gewarnt von einer Anweisung der Parkverwaltung, der Pflanzenbazillus *Floraglittus veg. epidermica* werde bei heißem Wetter durch Straßenschuhe von der Bitumenschicht des Asphalts in die Parkanlagen geschleppt und könne dort die Pflanzen schädigen.

Ich gestehe: auch ich habe das Buch von unten und von oben gelesen. Unten stehen die Geschichten von Aktionen, oben die Geschichten von Gruppen, Ansätzen und VorläuferInnen, und im mittleren Drittel der Seiten schlängelt sich der eigentliche Textteil des Handbuchs, der zu ordnen, strukturieren und begründen sucht, was alles Kommunikationsguerilla ist und wozu sie gut ist. Die AutorInnen legen vor allem darauf Nachdruck, daß das unwahrscheinliche Universum von Fakes, Störungen, Irritationen, Mediensubversion und Torten-Anschlägen nicht einfach das Verfolgen konventioneller politischer Ziele mit unkonventionellen Mitteln darstellt - sozusagen eine hübsche Verpackung fürs Flugblatt. Kommunikationsguerilla besteht nach ihren Aussagen darin, *nicht* andere Inhalte zu verbreiten, "Gegenöffentlichkeit" zu machen usw., sondern das Konzept von Öffentlichkeit, Vermittlung etc. selbst zu *erschüttern*. Die Dekonstruktion herrschender Codes schafft Freiräume, "offene Situationen"; "was daraus wird, was die Beteiligten mit dieser Situation machen, kann nicht exakt vorherbestimmt werden". Für die Verbreitung alternativer, emanzipativer Codes müsse dann aber auch gelten, daß sie "nicht mehr geschlossen und eindeutig sein und zu einem anerkannten Sinn beitragen (dürfen)". Ja, das kann man vom Tortenwerfen sagen. Und die Autorinnen sagen auch deutlich, daß das keine soziale Utopie ersetzt. Ersetzt es denn klassische Inhalte, politische Vorschläge? Wo sind die Grenzen zwischen offenen Codes, raffinierten Sabotageakten und bloßer Clownerie? Schließlich wurde, wie wir auf S.33 erfahren, die gesamte deutsche Sektion der Situationistischen Internationale 1962 "wegen Neigung zu billigem Klamauk" aus der SI ausgeschlossen - die bei ihrer Auflösung 1972 dann auch nur noch zwei Mitgieder hatte ...

Entschuldigung, Sie wissen immer noch nicht, was Kommunikationsguerilla ist? Ja, das tut mir leid für Sie, aber die Party geht weiter, ich werde da hinten am Tisch verlangt. Nehmen Sie doch noch ein Glas Sekt ...

autonome a.f.r.i.k.a. gruppe, Luther Blissett, Sonja Brünzels: Handbuch der Kommunikationsguerilla. Verlag Libertäre Assoziation, Verlag Schwarze Risse/Rote Strasse, Hamburg/Berlin/Göttingen 1997, 240 Seiten, DM 29,80.

SHORT CUT

Bernd Hüttner

Der Fall Jugoslawien

Das hier vorliegende Buch analysiert die historische Entwicklung Jugoslawiens vom Anfang dieses Jahrhunderts bis in die Gegenwart und stellt es in den internationalen machtpolitischen Zusammenhang. Der historische Teil stammt von Klaus Thörner, der gerade an der Universität Oldenburg seine Dissertation zu Kontinuitäten deutscher Politik in Südosteuropa schreibt. Thörner geht auf die wichtige Bedeutung des jugoslawischen PartisanInnenkamopfes gegen die deutsche Besatzung sowie auf den eigenständigen antikapitalistischen und antiimperialistischen Weg der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien von 1945 bis 1991 ein. Er erläutert die ArbeiterInnenselbstverwaltung und die federführende Rolle Jugoslawiens bei der Bewegung der Blockfreien. Thörner geht aber auch auf das innergesellschaftliche Nord-Süd-Wohlstandsgefälle und die unzureichernden Bemühungen zu seiner Überwindung ein. Er tritt der weitverbreiteten Auffassung entgegen, der Krieg und die Auflösung Jugoslawiens seien mit ethnischen, quasi naturgegebenen Konflikten zu erklären oder resultierten aus dem allgemeinen Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems. Thörner legt den Schwerpunkt seiner Analyse demgegenüber auf die gezielte imperialistische Einflußnahme und kommt zusammengefasst zum Ergebnis, die Zerschlagung Jugoslwiens sei wesentlich Ergebnis der Einflußnahme von außen, in erster Linie Deutschlands, Östereichs und des Vatikan. Darüberhinaus wird die unter anderem durch die IWF-Programme ausgelöste Wirtschaftskrise in den achtziger Jahren in ihrer Wirkung für Jugoslawien dargestellt.

Der dritte Teil stammt von dem Politikwissenschaftler Rüdiger Göbel, der Mitarbeiter des Jugoslawien-Bulletin (Heidelberg) war. Göbel erzählt die Geschichte des Krieges und seiner Eskalation von 1991 bis Ende 1995 minutiös nach und analysiert die verschiedenen Akteure und ihre Strategien. Das Buch wird mitherausgegeben von dem linken Imperialismustheoretiker Karam Khella, der im Golfkrieg durch antiisraelische Äußerungen auffiel und den Band mit einem Einleitungsbeitrag versehen hat, dessen Sinn mir leider verschlossen blieb. Eine politische Bewertung nehmen die Autoren leider nur beim Verhalten der beteiligten Staaten vor, eine solche über das (Nicht) Handeln der Linken hierzulande unterbleibt leider, hätte aber wohl ein weiteres Buch erfordert. Die Anforderungen einer empirischen Untersuchung erfüllt "Der Fall Jugoslawien" aber gut.

Rüdiger Göbel, Karam Khella, Klaus Thörner: Der Fall Jugoslawiens(s), Theorie und Praxis Verlag, Eimsbütteler Strasse 45a, 22769 Hamburg, 376 S., 36 DM.

Susanne Reichinger

Narben

Die Autorin Alice Walker und die Filmemacherin Pratibha Parmar haben 1993 zusammen einen Film über Genitalverstümmelung in Afrika gedreht, - mit dem Anspruch, Bilder für eine Vision zu finden, in der Frauen nie mehr Gewalt angetan wird. Parallel dazu haben sie ein Buch mit der Entstehungsgeschichte des Films, persönlichen Reiseeindrücken und Gedichten veröffentlicht.
Walker und Parmar beschreiben die Schwerigkeiten, einen Film zu einem so komplexen und tabuisierten Thema wie weibliche Genitalverstümmelung zu drehen. Die so ausgelöste Auseinandersetzung mit einer brutalen Wirklichkeit lässt weder die Schöpferinnen des Films noch die LeserInnen bei der Lektüre unberührt. Die Autorinnen gehen dabei auf sensible Weise mit diesem Körper und Seele verletzenden Ritual um. Sie stellen Bezüge zu anderen an Frauen begangenen psychischen und körperlichen Verletzungen her, und bringen weibliche Genitalverstümmelung in Zusammenhang mit patriarchalischer Kontrolle. Das Buch zeichnet sich dadurch aus, daß die Autorinnen sich mit den sexuell verstümmelten Frauen auf eine Ebene stellen, nicht über sie.
Sie lassen darüberhinaus genital verstümmelte Mädchen, ihre Mütter sowie die mutigen, gegen diese schwerwiegende Menschenrechtsverletzung ankämpfenden AktivistInnen zu Wort kommen, ohne es zu versäumen, die (Mit-)Täterinnenschaft von Frauen beim Namen zu nennen. Diesem lebendigen, sich aus vielfältigen Reflektionen, Gedanken und Textformen zusammensetzenden Gewebe sind nicht nur viele LeserInnen, sondern auch eine rege Resonanz bei den Medien zu wünschen.

Alice Walker, Pratibha Parmar: Narben oder Die Beschneidung der weiblichen Sexualität. Rowohlt Verlag 1996, 383 S., 36 DM.

SHORT CUT

Bernd Hüttner

Antinational? - last action hero

1995 veranstalteten antinationale und antideutsche Gruppen anläßlich des fünfzigsten Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai 1995 ein Aktions- und Diskussionswochenende in Berlin. In der dazugehörigen Dokumentation sind die Redebeitrage der relativ schlecht besuchten Demonstration und der Konferenz nachzulesen. Die Broschüre bildet den damaligen Stand der Diskussion gut ab und enthält Reden zum völkischen Konsens, zur besonderen Agressivität des deutschen Imperialismus und Konferenztexte zum Verhältnis von Nationalsozialismus und postfaschistischer Demokratie, und zur nicht weniger spannenden Frage ob Antideutsche eben zu "Deutschland" bzw, Nationalsozialismus politisch agieren, wie andere Linke zu AKWs oder Lateinamerika, oder ob das Selbstverständnis ein anderes sein muss.. Die Auseinandersetzung über diese Frage war, neben theoretischen Differenzen, einer der Gründe dafür, daß diese Konferenz die letzte größere gemeinsame Aktion dieses Spektrums war. Weiterer Grund dürfte der patriarchal verengte Blickwinkel der Antinationalen und die damit zusammenhängende magere kulturelle Ausstrahlungskraft des antinationalen Spektrum sein. Irgendwie strahlen die Antinationalen - trotz vieler richtiger Erkenntnisse - immer den Hauch von "großer" Männerpolitik aus.

Dokumentation zum antinationalen Aktionswochenende 1995, 52 S., 7,50 DM incl. Porto. Bezug: antinationales Büro, Postfach 30 62 37, 20 328 Hamburg.

Alltagsforschung

Claudia Bernhard

Nur für Männer!

Im Bereich der Männerzeitschriften gibt es eine neue Perle, nach *Men's Health*, die eher den Flair von Schweiß und kalorienreduzierter Ernährung verströmte, kam vor wenigen Monaten GQ (Gentlemen Quarterly) auf den Markt.
Diese Neuschöpfung spricht den Mann der 90er Jahre in seiner gesamten schillernden Persönlichkeit an und wirft entlarvende Blicke auf die aktuell angesagten Maskulinitäten.
Vom Gesamteindruck her an den gängigen Frauenzeitschriften orientiert, bietet sie einen Blick auf die (post-)modernen Absurditäten der Männlichkeit, die sich offensichtlich (immer noch?) zwischen sinnlosen Survivaltraining ("Freeclimbing extrem: Mit bloßen Händen gegen den Tod"), und narzistisch überzogenen Körperkult ("Tips gegen rotgeränderte Augen, Pickel und Selbstbräunerflecken" oder "Her mit dem Knackarsch") festmachen.
Mal abgesehen davon, daß sich mann einen Hauch mehr quälen sollte, um nicht völlig abzuschlaffen, kann er sich in allthergebrachter Machomanier austoben. Der einzige Unterschied ist, daß das Ganze ein klein wenig lächerlich daherkommt. Wenn Jacques Villeneuve (seines Zeichens Formel-1-Fahrer) gesteht: "Mein Traum ist es, einmal auf den Mars zu fliegen und ein Monster zu töten." wirkt das eher infantil als interessant. Auch Gerhard Schröder kommt mit seinem Spruch: "Politik ist für Millionen und nicht für Millionäre" nicht gerade intelligent rüber. Geistesblitze und ein gewisser selbstironischer Schmelz scheinen nicht das Repertoire der heutigen Männer zu gehören.
Da muß ihm schon wieder haarklein erklärt werden, wie die erogenen Zonen der Frau funktionieren, woran er den besten Duschkopf erkennt und was gegen Blasenentzündung zu tun ist. Zu einem bedauernswerten Tropf und kläglichem Opfer des Zeitgeistes mutiert er dann auf den Modeseiten. Der rubinrote Murmeltiermantel mit gewachsenem Fell, ist modisch (wie tierrechtlich) eine Entgleisung, aber die "trendigen Beinkleider" sind schlicht würdelos. Dort werden riesige Baumwollsäcke notdürftig mittels Schnüren im Tunnelbund auf den Hüften gehalten, und dazu hochgeknöpfte zu eng sitzende Rippenjerseyhemden getragen. Eigentlich könnte frau das fast beruhigend bis amüsant finden, wenn sich nicht die Sexismen bis hin zum playmatelike inszenierten Modell des Monats ("Die blonde Versuchung") durch das Blatt ziehen würden. Gesamturteil: weder besonders originell noch kreativ, aber vielleicht gefällt es ja Männern.

SHORT CUT

Christoh Spehr

Gestatten, Alte Feministin!

Den GRÜNEN verdanken wir eine aufregende stilistische Neuerung im Bereich Veranstaltungsmarketing. Warb doch jüngst in Bremen ein Veranstaltungsplakat in großen Lettern: "Junge Frauen treffen alte Feministinnen". Gut, das wirkt auf den ersten Blick wenig einladend; und man fragt sich unwillkürlich, wer sich wohl freiwillig auf ein Podium hinter das Schild "Junge Frau" oder "Alte Feministin" setzt. ("Wann haben Sie damit angefangen, in Ihre Visitenkarte die Berufsbezeichnung 'alte Feministin' aufzunehmen? Ist es für Sie mehr eine Frage des Alters oder der inneren Haltung?")
Aber auf den zweiten Blick beginnt man plötzlich die entwaffnende Offenheit dieses Plakats zu schätzen und wünscht sich, es möge Schule machen. Wie viele überflüssige Veranstaltungen hätten wir uns vielleicht erspart, hätte das Plakat uns nicht mit großen Namen verführt, sondern geradeheraus angekündigt: "Junge Männer treffen alte Regulationstheoretiker". Oder: "Junge Menschen treffen Bewegungsgreise". Oder "Sechzehn trifft Sechzig".
Und überhaupt käme man für etwa 85 % aller Politveranstaltungen mit dem Einheitsplakat aus: "Junge Naive treffen alte Besserwisser". Das ließe sich dann gleich zentral in riesigen Auflagen drucken und müßte von den VeranstalterInnen nur noch mit einem Zeit-und-Ort-Stempel versehen werden. Oder es könnte gleich hängen bleiben und hätte einen Kalender zum Einstellen. Spart Kosten. Rettet Bäume.
So gut geklappt hat es dann aber doch nicht im Bürgerhaus Weserterrassen. Es waren nämlich keine jungen Frauen gekommen. Aber man hat's trotzdem durchgezogen.

SHORT CUT

Neue Medien

Bernd Hüttner

LA 21, Prokla, LN, Z, Marburg Virus

Die Agenda 21 und Versuche ihrer Umsetzung in den Kommunen heißt eine Broschüre der *Bürgerinitiative Umweltschutz* Hannover, die schon 1996 erschien. In ihr wird die Agenda 21 vorgestellt ("Was steht eigentlich drin?") und einer kritischen Würdigung unterzogen ("Der Minimalkonsens von 179 Regierungschefs kann nicht das Idealziel der Umweltbewegung sein"). In dieser sehr guten und kompakten Broschüre hätten die klügeren und kritischeren Agenda-AktivistInnen ihre heute formulierte Kritik an den ach so plötzlich auftretenden Schwierigkeiten und Fallen im Agenda-Prozeß schon damals nachlesen können. Wer auch heute noch vom eigenen rein instrumentellen Bezug auf die LA 21 redet, ist entweder einE NärrIn oder politisch unlauter ... Gegen 7 DM in Briefmarken bei BIU, Stephanusstrasse 25, 30449 Hannover.

Landwirtschaft ist das Thema der neuen **Prokla**. Prokla war bis vor einigen Jahren die Abkürzung für *Pro*bleme des *Kla*ssenkampfs, hat heute aber den Untertitel 'Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft'. Und nicht mal der ist bei dieser Ausgabe gerechtfertigt, vom ehemaligen ganz zu schweigen. Der Schwerpunktteil enthält fünf Beiträge, die irgendwie die Sachlage nicht ganz treffen. So wird z.B. ein Gegensatz zwischen der Entwicklungslogik von Gen-Landwirtschaft und ökologischem Landbau aufgemacht. Dabei ist doch zunehmend deutlich, daß nicht nur in Niedersachsen *beides* parallel propagiert wird. Ein andere Autorin will, wie leider die Agraropposition zunehmend auch, die EG sozial und ökologisch regulieren. Kein einziger Beitrag, vom Editorial abgesehen, ist breiter und grundsätzlich angesetzt und untersucht den Zustand und die Perspektiven von Landwirtschaft im heutigen Kapitalismus und der beteiligten Akteure. Weitere Beiträge zu Vermarktung von Biodiversität, zum "feministischen Blick auf Wasser" in Indien, und zu Landwirtschaft und Ökologie im "Kapital" von Marx. 172 Seiten, 18 DM, Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstrasse 26a, 48145 Münster.

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung vom September zu *Globalisierung* bringt im Hauptteil Beiträge zu drei Themen: Ökonomie, Ökonomie und Ökonomie. Globalisierung wird nur als ökonomische wahrgenommen, kulturelle Fragen spielen keine Rolle. Der Stil der Autoren, neben einer Frau allesamt Männer, verrät ihre wirtschaftswissenschaftliche Herkunft und ihren linksgewerkschaftlichen Standort. Ist die Linke nicht am Ende, wenn sie als politische Perspektive nur noch die *bessere* Regulierung des Kapitalismus anzubieten hat und sich damit als Souffleur von rot-grün dünkt? Die Bereitschaft der Z. zur Erneuerung nimmt in letzter Zeit wieder ab. Nennenswert in dieser Z.-Ausgabe sind die Beiträge zu Postmoderne, zum Begriff "Entwicklungsländer" (ein Vorabdruck aus dem "Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus" des Argument-Verlages) und eine Darstellung der bisherigen Rezeption der Ausstellung "Vernichtungskrieg". 248 S., 18 DM, Z., Kölner Strasse 66, 60327 Frankfurt.

Die Nr. 279/280 der **Lateinamerika-Nachrichten** hat *Frauen bewegen Lateinamerika* zum Titel. Die Beiträge: Frauenquoten in Lateinamerikas Parlamenten, Lesbenbewegung in Lateinamerika, Frauenbewgung in Nicaragua, Brasiliens Prostituierte werden aktiv und ein Interview mit der peruanischen Gewerkschafterin Delia Zamudio. Ansonsten wie immer ein solider und umfangreicher Kulturteil und die ebensolche Länderberichterstattung. 80 S., 8,50 DM. LN, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

Die aktuelle Ausgabe der linken Stadt- und Unizeitung **Marburg Virus** hat den Schwerpunkt *Neuer (?) Antifeminismus*, u.a. mit Artikeln zu Anti-Feminismus als rechter Populismus, Pamela Anderson und das Patriarchat, Backlash allgemein (in den USA) und im speziellen (in Marburg) und das Plädoyer mit den Paradoxien und Schwächen des Feminismus bewußter umzugehen. Wie dem Vorwort zu entnehmen ist, stammen alle (!) aus der Redaktion kommenden Beiträge dieses *Virus* von Männern. Die demnächst erscheinende Ausgabe 4/97 hat den Schwerpunkt "Wehrmachtsaustellung" und will sich auch an einer linken Kritik dieser Ausstellung versuchen. 5 DM, Marburg Virus, GBAL im ASTA, Erlenring 5, 35037

SHORT CUT

Impressum

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.
Herausgeber: Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit e.V.,
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg,
Tel.: 040-39 31 56

Redaktionsanschrift: alaska,
Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen,
Tel/Fax: 0421-72034
RedakteurInnen: Claudia Bernhard, Iris Bockermann, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Christoph Spehr, Katharina Vogelmann
Anzeigen: Bernd Hüttner
Cover: design by markovits
Fotos: Britta Biesterfeld; aus zwei Serien, die in New York und Berlin gemacht wurden.
Druck: Gegendruck,
Dragonerstr. 57, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen:
alaska erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 55,- DM
Institutionen 80,- DM
Ermäßigt 44,- DM
Soli 80,- DM
Ausland-EU 85,- DM
Ausland-Übersee 120,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.
Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209
bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.
Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden soweit redaktionell möglich abgedruckt.
V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

12/ 99/ 1/216/ 836

Infoladen
Koburger Straße 3

04277 LEIPZIG

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673 F
alaska
Auf der Kuhlen 22
28203 Bremen